Deutsche Post AG
Postvertriebstück
D 6134 E
Gebühr bezahlt

express

Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Nr. 2/2011, 49. Jahrgang ■ www.express-afp.info ■ www.labournet.de/express ■ ☎ (069) 67 99 84 ■ ISSN 0343-5121 ■ Preis: 3,50 Euro

Ethischer Ungehorsam

Neue Formen des Widerstands gegen »Reformen« im Öffentlichen Dienst Frankreichs / Von Marc Zitzmann

Guttenberghaus, Dachstein

»Der kommende Aufstand« und das »Empört Euch!« von Stéphane Hessel werden seit einiger Zeit auch hier in Deutschland bis in die bürgerlichen Medien hinein diskutiert. Weniger hört man hierzulande von berufsspezifischen Widerstands- und Empörungsformen aus Frankreich. Marc Zitzmann hat einen Überblick über die Formen »Ethischen Ungehorsams« geschrieben, den wir hier gerne dokumentieren.* Wir haben aber auch weiter geforscht und noch ein paar andere Berufsgruppen gefunden, denen es reicht.

Mehr dazu auf den Seiten 2, 4, 6 ... und im Rest des express.

Frankreich gilt seit je als ein streikfreudiges Land. Erst letzten Herbst demonstrierten wieder Millionen von Menschen über Wochen hinweg gegen eine tiefgreifende Änderung des Rentensystems. Diese wurde letzten Endes aber doch vom Parlament verabschiedet – und ähnlich ergeht es in jüngerer Zeit vielen Streikbewegungen: viel Lärm um Nichts (oder jedenfalls bloß wenig Konkretes). So experimentiert der Widerstand gegen »Reformen« neben dem zunehmend wirkungslosen Ritual der Massen- und Straßenumzüge vermehrt mit alternativen Formen. (Das Wort »Reform« meint eigentlich eine Veränderung zum Besseren hin, Kritiker werfen vielen »Reformen« aber gerade das Gegenteil vor, weshalb der Begriff hier – ohne Parteinahme für die eine oder andere Seite – in Anführungszeichen gesetzt sei.)

Insbesondere die hiesigen Forscher haben sich in einem über zweijährigen Konflikt mit dem Forschungsministerium zwischen 2007 bis 2009 mit einer Fülle von maliziösen Aktionen hervorgetan: Sie bewarfen das Ministerium symbolisch mit »Hirnen«, gaben kostenlos Unterricht auf dem Trottoir vor der Sorbonne, veranstalteten wissenschaftliche Vorführungen in Bahnhofshallen, öffentliche Lesungen des (Präsident Sarkozy verhassten) Romans *»La Princesse de Clèves«*[1] und fiktive Abschiedszeremonien für falsche Forscher mit Pappkarton-Koffern vor dem Eurostar in der Pariser Gare du Nord, um den Braindrain in Richtung London (sprich: das englischsprachige Ausland) zu geißeln. Ihre symbolträchtigste, sprechendste Aktion war jedoch die stumme *»Ronde infinie des obstinés«* (Unendliche Runde der Hartnäckigen, Red. *express*), die im Frühling 2009 auf dem Pariser Rathausplatz (früher »Place de Grève« genannt – *»grève«* heißt heute unter anderem »Streik«) 42 Tage und Nächte lang ohne Unterbrechung ihre unendlich sturen Kreise drehte.

Doch auch solche Initiativen haben ihre Grenzen: Die betreffende Universitäts-»Reform« (die sogenannte *»Loi LRU«* oder *»Loi Pécresse«*) wurde in ihren Hauptzügen trotz allem eingeführt. So hat sich in den letzten Jahren eine Form von Widerstand gegen »Reformen« verbreitet, die hierzulande wo nicht unbekannt, so zumindest ungewohnt ist. Ihre Entstehung lässt sich symbolisch datieren: Am 6. November 2008 schickte der Grundschullehrer Alain Refalo aus dem Städtchen Colomiers bei Toulouse einen Brief an den zuständigen Schulinspektor, der so begann: »Ich schreibe Ihnen diesen Brief, weil ich aus Gewissensgründen heute nicht mehr schweigen kann. Aus Gewissensgründen weigere ich mich zu gehorchen«. Diese Form des Widerstands nannte die Publizistin Elisabeth Weissman in ihrer gleichnamigen Studie zum Thema *»désobéissance éthique«*.

Der »ethische Ungehorsam« trägt zwar einen etwas anderen Namen, ist aber ein klassischer ziviler Ungehorsam, der sich – völlig orthodox – auf Henry David Thoreau, John Rawls und Jürgen Habermas, auf Mahatma Gandhi und Martin Luther King beruft. Ziel ist, durch einen öffentlichen Akt des Ungehorsams auf eine Unrechtssituation aufmerksam zu machen und so deren Beseitigung zu bewirken. Etwaige Strafen werden bewusst in Kauf genommen. Zwar gab es auch hierzulande schon ein paar (wenige) Präzedenzfälle – etwa das 1971 von Simone de Beauvoir verfasste *»Manifeste des 343«*, auch als »Manifest der 343 Schlampen« bekannt, in dem 343 prominente Frauen bekannten, abgetrieben zu haben, und sich so strafrechtlichen Verfolgungen aussetzten. Doch ging es damals darum, einen Fortschritt zu erwirken, während heute die Verhinderung von Regressionen das Ziel ist.

Da Refalos Brief von vielen »Ungehorsamen« als eine Art Gründungsmanifest angesehen wird, will ich hier etwas näher auf ihn eingehen. Der Grundschullehrer legt in seinem Schreiben auseinander, weshalb er sich weigert, die »Reformen« des damaligen Erziehungsministers (aber dessen Nachfolger liegt heute genau auf derselben Linie) zu applizieren. Erstens stellten die »neuen« Lehrprogramme von 2008, von denen man nicht wisse, wer sie entworfen und verfasst habe, einen beispiellosen Rückschritt dar. Mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Büffeln und Auswendiglernen seien sie geprägt von einer »mechanischen und rückständigen Vision des Unterrichtens«: Sie wendeten sich von einer Pädagogik des Projekts ab, welche es den Schülern ermögliche, beim Lernen motiviert zu sein und ihrem Tun einen Sinn abzugewinnen. Einziges Ziel dieser Programme sei es, »quantifizierbare, leicht publizierbare und miteinander vergleichbare« Ergebnisse hervorzubringen.

Auch weigere er sich, so Refalo, eine »›moralische und staatsbürgerliche Unterweisung‹ mit vorgestrigem Beigeschmack« zu dispensieren. Es sei eine Beleidigung für die Lehrer wie für die Schüler zu glauben, man könne das Verhalten von Letzteren auch nur irgendwie dadurch beeinflussen, dass man

Fortsetzung auf Seite 2 oben

GEWERKSCHAFTEN INLAND

»Exzellenz-Initiative«, ver.di und GEW koordinieren tarif- und hochschulpolitische Forderungen S. 6

Anton Kobel: »Einzelhandel in Deutschland«, über Fakten, ImPressionen und DePressionen, Teil I S. 13

BETRIEBSSPIEGEL

Charly Brown: »Von der Selbstverwaltung in die Insolvenz«, Lehrerkooperative in Frankfurt/Main vor dem Aus S. 6

INTERNATIONALES

Marc Zitzmann: »Ethischer Ungehorsam«, neue Formen des Widerstands gegen »Reformen« im Öffentlichen Dienst Frankreichs S. 1

NR/KH: »Die Roben hinwerfen...«, zum Streik der Justizbeamten in Frankreich S. 2

Eckardt Johanning: »Privatsache«, zur US-amerikanischen Gesundheitsreform S. 4

»Wir widersetzen uns«, Manifest der solidarischen Ärzte in Frankreich S. 4

»Seifenoper«, gewerkschaftliche Kritik an der Gesundheitsreform in den USA S. 5

Cecil Arndt/Christian Frings: »Regeln brechen«, Quellen der Macht – ein Gespräch mit Frances Fox Piven S. 8

Frances Fox Piven: »Mobilisierung der Arbeitslosen«, ein Anlass zum Anstoß S. 9

REZENSION

Wolfgang Völker: »Zahltag als Alltag« S. 11

Frank-Uwe Betz: »Geschichte eines Überlebens«, Wladyslaw Kostrzenski überstand Arbeitserziehungslager und KZ S. 16

PARDON:

Aufgrund einer unterlassenen Umstellung der Frankierung (Portoverteuerung ab 1.1.11) unserer Auslandsauflage des express durch unsere Druckerei/Vertrieb wurden die ins Ausland verschickten Exemplare leider erst erheblich verspätet versandt. Außerdem kam es beim Versand der Inlandsauflage nicht nur zu unerklärlichen Doppelbelieferungen, sondern auch zu vereinzelten Lieferausfällen.

Wir möchten uns bei Ihnen/Euch für diese Pannen entschuldigen und versuchen selbige in Zusammenarbeit mit Druckerei/Vertrieb und Deutscher Post AG abzustellen.

Auf Kosten des Arbeitgebers

Der *express* liegt viel zu wenig in den **Betriebsratsbüros** aus.

Betriebsräte können das ändern, einige machen's auch schon länger:

Der *express* kann als **Arbeitsmittel** auf Beschluss des Betriebsrates bezogen werden, sofern es für die Arbeit erforderlich ist. Die Kosten hat der Arbeitgeber nach § 40, Abs. 2 BetrVG zu tragen.

Fortsetzung von Seite 1

ihnen eine Morallehre auf die Tafel schreibe und sie diese dann auswendig lernen lasse. Was es brauche, sei vielmehr eine das Verantwortungsgefühl fördernde Pädagogik, die es den Schülern ermögliche, im Dienste eines besseren Zusammenlebens ihr kreatives und emotionales Potenzial zu entdecken.

Zweitens seien die neuen Maßnahmen zur angeblichen Förderung von »Lernschwachen« nichts als demagogische Feigenblätter, die in Tat und Wahrheit einen realen Leistungsabbau kaschierten. So wird für alle Grundschüler die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden von 26 auf 24 reduziert, mit zwei zusätzlichen Stunden für Kinder mit Lernschwierigkeiten. Für Refalo – und viele seiner Kollegen – ist das ein »Vergehen gegen den Geist und die Pädagogik«. Nicht nur bildeten die spezifischen Zusatzstunden für »Lernschwache« eine gleichsam medizinische Herangehensweise an das solcherweise aus seinem Kontext herausgelöste Problem – wo es doch gelte, dieses im Rahmen der Klasse als Ganzes zu beheben. Die Dispensierung dieser Zusatzstunden durch das gewöhnliche Lehrpersonal statt wie bisher durch die auf »Lernschwache« spezialisierten Kräfte der *»réseaux d'aides spécialisées aux élèves en difficulté«* (Netzwerk für spezialisierte Hilfen für Schüler in Schwierigkeiten, Red. *express*) sei überdies eine schwere Regression. Diese Kräfte werden nämlich schlicht und einfach abgeschafft: Von den 3 000 betreffenden Posten existiert die eine Hälfte bereits nicht mehr, das Verschwinden der anderen ist vorprogrammiert.

Seit 2008 wurden im öffentlichen Schulwesen hierzulande 40 000 (!) Stellen abgebaut. Die durchschnittliche Schülerzahl in den Klassen steigt, kleinere Klassen und sogar Schulen sollen dagegen geschlossen werden. Erfahrene, vollamtliche Lehrer werden immer häufiger durch Hilfskräfte, wo nicht gar durch Studenten ersetzt: »Die Nicht-Titulare bilden eine flexiblere Ressource, deren Ertrag an die 100 Prozent heranreicht«, heißt es im Jargon des Ministeriums. Verständlich, dass sich viele Lehrer gegen einen »Reformprozess« wehren, den sie als eine systematische Zerschlagung der Schule und ihres eigenen Berufs empfinden. Etliche sind den gleichen Weg gegangen wie Bastien Cazals, ein ehemaliger Ingenieur, dem das Streben nach Rentabilität der Unternehmenswelt zuwider wurde und der deshalb in den Lehrerberuf überwechselte.

In seiner Broschüre *»Je suis prof et je désobéis«*[2] schreibt Cazals über die »Schulreformen«: »Ich sehe, wie unter dem Mantel der Modernisierung dieselben Wirtschaftsprinzipien und Management-Werkzeuge Einzug halten wie in der Unternehmenswelt, aus der ich ausgestiegen bin, angewidert durch die Vorstellung, dass menschliche Leben weniger zählen als finanzielle Interessen. Ich habe die Unternehmenswelt verlassen, um in jene der Schule überzuwechseln – und muss jetzt miterleben, wie die Schule sich in ein Unternehmen verwandelt. Indem man die Schule abbaut, zerstört man meine Berufung. Anfang November 2008 wurde diese Realität für mich unerträglich. Ich nahm Kontakt mit einer Gewerkschaft auf, um zu wissen, ob ich von heute auf morgen kündigen könne. Die Antwort lautete: ›Nein‹... Was konnte ich da noch tun? Dies: aus Gewissensgründen den Gehorsam verweigern!« Die Entdeckung von Refalos Brief Ende November 2008 wirkte auf Cazals wie eine Befreiung. Ähnlich erging es über 3 000 Lehrern, die ihren Widerstand publik machten – und knapp 3 000 weiteren, die im Internet eine *»Charte de la résistance pédagogique«* (Charta des pädagogischen Widerstands, Red. *express*) unterzeichneten.

Viele, die dafür bestraft wurden, wurden es weniger für ihren Ungehorsam als dafür, dass sie diesen öffentlich gemacht hatten. »Seien wir nicht naiv, es gibt seit je Lehrer, die den Gehorsam verweigert haben«, erklärt eine Schulpsychologin. »Nur haben sie es nicht gesagt ... Den Schulinspektoren sind diese maskierten Befehlsverweigerungen nicht entgangen; viele jedoch schlossen die Augen ... Was vor allem zählte, war, die Illusion aufrechtzuerhalten, die Obrigkeit sei mächtig genug, um von ihren Untergebenen eine dienstbeflissene Ausführung ihrer Weisungen zu erwirken.« Die *»désobéisseurs«* (Die Ungehorsamen, Red. *express*) – eine Wortschöpfung der jüngsten Zeit, die zeigt, dass das Phänomen hierzulande relativ neu ist – machten dieses Lügengebäude einstürzen. Und wurden dafür wie Refalo mit einer Herabstufung ihres Dienstgrads – und also einem niedrigeren Gehalt – bestraft oder wie Cazals mit einer Abberufung von ihrem Direktorenposten.

»Ethischer Ungehorsam« findet sich allerdings nicht nur im Erziehungssektor, auch wenn er dort am stärksten strukturiert ist. Mit Hilfe von Weissmans Buch möchte ich im Folgenden ein paar Beispiele aus sehr verschiedenen Berufszweigen anführen, die veranschaulichen, wie einschneidend Sarkozys »Reformen« in den diversesten Bereichen sind und was für einen entschiedenen Widerstand sie jeweils hervorrufen. Am 2. Dezember 2008 hielt Frankreichs Präsident eine Rede über die stationäre Behandlung von psychisch Kranken. Diese wurde im betreffenden Milieu mit Bestürzung aufgenommen und zeitigte als Gegenreaktion den *»Appel des 39«*, der die Prinzipien einer Psychiatrie mit menschlichem Antlitz bekräftigte. Aufhänger beziehungsweise Vorwand der präsidentiellen Rede war, wie so oft bei Sarkozys »sekuritären« Initiativen, ein *Fait divers:* Ein Geisteskranker war aus einer psychiatrischen Anstalt entflohen und hatte einen Mord begangen. Daraufhin stigmatisierte der Präsident alle Geisteskranken als potenzielle Verbrecher, die es nach Möglichkeit vom (gesunden) Rest der Bevölkerung abzusondern gelte. 70 Millionen Euro wurden seitdem in die »Sicherung« von spezialisierten Spitälern und in die Schaffung von *»Unités pour malades difficiles«* (Einheiten für schwierige Kranke, Red. *express*) investiert. Parallel dazu wurden Hunderte von Pfleger-Stellen abgebaut.

Weißes Haus, Washington

Ein älterer Pfleger beschreibt die Entwicklung in seinem Berufszweig wie folgt: »Das Gros der Ausbildung eines psychiatrischen Pflegers betrifft unserer Tage die Isolierung. Also gewöhnen sich die jungen Pfleger an diese, sie sind standardisiert, durch den vorherrschenden Diskurs formatiert und davon überzeugt, dass ein unruhiger Patient potenziell aggressiv oder gar gefährlich ist, also notwendigerweise weggesperrt werden muss, um sich vor ihm zu schützen. Wo es doch darum ginge, Worte zu finden, um ihn zu öffnen, und nicht darum, ihn zu frustrieren! Wo es doch Pfleger an seiner Seite brauchte!« »Ungehorsame« Pfleger weigern sich, ihre Patienten systematisch mit Medikamenten ruhigzustellen; sie sprechen mit ihnen, erlauben ihnen, eine Zigarette zu rauchen, behandeln sie wie vollgültige Menschen – in Frankreichs psychiatrischen Anstalten sind das heute bereits Akte des Widerstands.

Ein anderes Beispiel betrifft *Pôle Emploi*. Dieses für die Arbeitsverwaltung zuständige Etablissement ist Ende 2008 aus der Fusion der Strukturen hervorgegangen, die vordem für die Auszahlung der Arbeitslosengelder und die Eintreibung der betreffenden Sozialabgaben beziehungsweise für die Unterstützung der Arbeitslosen bei ihrer Suche nach einer Anstellung zuständig waren. Die Fusion hat ein kafkaeskes Durcheinander bewirkt – zumal die beiden fusionierten Einheiten sehr heterogene Statuten aufwiesen und ihre Mitarbeiter nur eine drei- bis fünftägige Schulung erhielten, um den jeweils anderen Beruf zu erlernen, den sie nun zusätzlich zu ihrem ursprünglichen ausüben müssen. Die für 2011 angekündigte Streichung von 1 800 (von insgesamt 49 000) Posten dürfte dem Organisations- und Kompetenzenwirrwarr sowie der chronischen Überlastung der Mitarbeiter schwerlich abhelfen.

Eine Beraterin zählt die «Sechs Gebote des Ungehorsams» auf, die sie sich selbst auferlegt hat: »1) Entscheide ich nicht bloß nach einem Telefongespräch, ob ein Bittsteller ein Anrecht auf Arbeitslosenhilfe hat oder nicht. 2) Empfange ich weiterhin Leute in meinem Büro. 3) Mache ich keine ›Karteikarten-Putzaktionen‹. 4) Spiele ich nicht die Polizistin, indem ich Sans-Papiers denunziere. 5) Verirre ich Arbeitssuchende nicht absichtlich im Wald, wie die Eltern von Hänsel und Gretel ihre Sprösslinge. 6) Werfe ich Arbeitssuchende nicht aus der Kartei, um die Arbeitslosenstatistiken sinken zu machen.« Der Umkehrschluss lässt erahnen, wie die »Norm« bei *Pôle Emploi* aussieht...

Doch auch in der Polizei regt sich Widerstand. Im Rahmen der seit der Machtübernahme des rechten Lagers 2002 gewaltig angekurbelten Ausschaffungspolitik (die Zahl der sogenannten *»reconduites à la frontière«* (Abschiebungen, Red. *express*) hat sich auf durchschnittlich 30 000 im Jahr verdreifacht)

Die Roben hinwerfen ...

Zum Streik der Justizbeamten in Frankreich

Stéphane Hessel schreibt in »Empört Euch«: »Die Résistance forderte, ›dass alle französischen Kinder die effektive Möglichkeit haben sollen, die bestmögliche Erziehung zu erhalten‹, ohne Diskriminierung. Die 2008 vorgeschlagenen Reformen sind nicht damit in Einklang zu bringen. Jungen Lehrerinnen und Lehrern, sie sich – was ich unterstütze – weigerten, diese Reformen umzusetzen, wurden zur Strafe die Gehälter gekürzt. Sie haben sich aufgelehnt, den Gehorsam verweigert, weil sie diese Reformen nicht im Einklang mit dem Ideal der republikanischen Schule sahen, die zu sehr einer Gesellschaft des Geldes dient und nicht genügend Raum für Kreativität und kritisches Denken gibt.

Dieses gesamte Fundament der sozialen Errungenschaften der Résistance ist heute in Frage gestellt. (...) Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld fehlen, da doch der Wohlstand so viel größer ist als zur Zeit der Befreiung, als Europa in Trümmern lag? (...) Das Grundmotiv der Résistance war die Empörung. Wir, die Veteranen der Widerstandsbewegung und der Kampfgruppen des *Freien Frankreich*, rufen die Jungen auf, das geistige und moralische Erbe der Résistance, ihre Ideale mit neuem Leben zu erfüllen und weiterzugeben. Mischt Euch ein, empört euch! Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es so weit gebracht hat, den Frieden und die Demokratie zu gefährden.«[1]

Unabhängig davon, dass man diese Analyse sicher auch als holzschnittartig und einseitig auf die Finanzmärkte bezogen kritisieren könnte, kann man das kleine Manifest des 93-jährigen Stéphane Hessel durchaus als eine Zusammenfassung all der Manifeste aus den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen lesen, die in den letzten Jahren und Monaten den Protest, das Unbehagen und die Unzufriedenheit der Lohnabhängigen und Erwerbslosen in Frankreich ausgedrückt haben (siehe den Artikel von Marc Zitzmann oben). Das aktuellste Phänomen ist die spontane Empörung und Bewegung der Justizbeschäftigten. Sie machen ihre Überlastung öffentlich und drehen damit gegenüber Präsident Sarkozy den Spieß um.

Was war passiert?

Der Mord an Laetitia Perrais (18) aus Nantes erschütterte Anfang des Jahres ganz Frankreich. Der Tat dringend verdächtig ist ein 31 Jahre alter Mann, der bereits 15 Mal verurteilt wurde, unter anderem wegen Vergewaltigung, sexueller Nötigung und schwerer Körperverletzung. Dieser Mann ist vor einem Jahr auf Bewährung aus dem Gefängnis entlassen worden – und zwar ohne dass die Justiz seine ersten Schritte in Freiheit überwacht hätte.[2] Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, wie die Öffentlichkeit, die Medien und die Rechten darauf reagierten. Anscheinend schon auf Wahlkampf und, unter anderen, auf die Auseinandersetzung mit der rechtsradikalen Marine Le Pen gepolt, attackierte Präsident Nicolas Sarkozy die Justiz in Nantes scharf, indem er den Richtern eine Mitschuld am Tod der jungen Frau gab: »Wenn man jemanden wie den mutmaßlichen Schuldigen aus dem Gefängnis entlässt, ohne ihn zu überwachen, ohne Bewährungshelfer, dann ist das ein Fehler. Diejenigen, die diesen Fehler gemacht und zugelassen haben, werden bestraft werden.«[3]

Daraufhin warfen die Richter – die in Frankreich ebenso wenig streiken dürfen wie in Deutschland – in Nantes ihre Roben in die Ecke und begannen einen Streik, der sich schnell auf andere Städte ausweitete. In vielen Gerichten fielen Anfang Februar die Verhandlungen aus, stattdessen fanden Vollversammlungen statt. Die Richter und Beschäftigten in der Justiz fangen nun ihrerseits öffentlich an, unzumutbare Zustände – von den maroden Gebäuden bis zur zunehmenden Überlastung und dem fehlenden Personal – aufzudecken, die Resultat der rigorosen Sparpolitik Sarkozys sind. In kaum einem anderen Land in Europa ist die Justiz bezogen auf die Einwohnerzahl finanziell so schlecht ausgestattet wie in Frankreich unter Sar-

stehen die Ordnungshüter zunehmend unter Druck. Ein unlängst pensionierter Polizist aus Metz klagt über ein Rundschreiben des Zentraldirektors der *Police de l'air et des frontières* (Flughafen- und Grenzpolizei, Red. *express*): »Dieser schrieb schwarz auf weiß, wir würden nicht genug leisten. Wir waren schon bei 1 100 Festnahmen [von Sans-Papiers] im Jahr, aber nun sollten wir deren 2 000 machen, einfach so, wie durch Zauberhand ... Wir wussten schon gar nicht mehr, wohin mit all den Leuten. Sie sollten einmal die Räumlichkeiten [für die »administrative Verwahrung« von Sans-Papiers über einen Zeitraum von maximal 32 Tagen hinweg] in Metz sehen: Die sind für 12 Personen gedacht, aber wir steckten da deren 40 hinein, Frauen, manchmal Kinder, ohne Dusche, total verdreckt. Eine Schande!«

Ab 2004 mussten sich die Polizisten auf Weisung des damaligen Innenministers, Nicolas Sarkozy, auf die Festnahme ganzer Familien verlegen. »Sich eine ganze Familie ›machen‹, das ist gut für die Statistiken, das können sechs Personen auf einen Schlag sein und ebenso viele Kreuzchen in den Registern. Das war gut für Sarkozy, der schon damals hinter den Stimmen von Le Pen her war [dem Führer des rechtsextremen *Front national*].« Für den pensionierten Polizisten bildete diese Weisung den Auslöser für seinen Eintritt in den Widerstand. »Oft benachrichtigte ich die Familien am Vorabend. Ich wollte sie nicht um vier Uhr morgens überraschen, unmöglich, das erinnert mich zu stark an die *›rafles‹* [die Judenrazzien während der Besatzungszeit] ... Wir diskutierten miteinander, ich erklärte ihnen die Lage, oft diente der Bub als Übersetzer. Dann ließ ich ihnen ihre Chance: Sie hatten die ganze Nacht, um sich auf ihre Festnahme vorzubereiten oder um zu fliehen, wenn sie das wollten.«

»Ich erinnere mich an eine Familie aus Jugoslawien [sic], als ich denen sagte, sie müssten gehen, sie müssten alles verlassen, sah ich den Buben seine Tasche packen. Und wissen Sie, was er mitgenommen hat? Seine Schulhefte. Er hat alles dagelassen: seine Spielkonsole, seinen Fußball – aber er hat seine Bücher und seine Schulhefte mitgenommen! Als ich nach Hause zurückgekehrt bin, habe ich zu meiner Frau gesagt: ›Was für ein Scheißjob!‹ Wissen Sie, solche Sachen, das kann man nicht vergessen, das kann einen nicht unberührt lassen, andernfalls ist man kein Mensch mehr! Wenn ich Sarkozy höre, dass er die Leute integrieren will – und da sind welche, die haben ihrem Buben beigebracht, er solle alles daransetzen, in der Schule möglichst gut zu arbeiten, das macht mich verrückt!«

Widerständler findet man auch unter den Mitarbeitern des Elektrizitätsunternehmens EDF: Die sogenannten »Robin Hoods« stellen zahlungsunfähigen Menschen den Strom wieder an, wenn dieser abgeschaltet wird. Man findet welche in der Post, wo sie sich weigern, den Nutzern (der Begriff »Kunden« ist ihnen ein Gräuel) stets die teuersten Dienste als Erstes anzubieten oder sie direkt an den Automaten zu schicken. Und man findet welche im *Office national des forêts* (Staatliches Forstamt, Red. *express*), die der Politik der Direktion, Frankreichs Wälder aus Gründen der Geldbeschaffung über ihre Erneuerungsfähigkeit hinaus abzuholzen, Knüppel zwischen die Beine zu werfen suchen.

Gemein ist all diesen Widerständlern, dass sie nicht für ihre Statute, ihre Arbeitszeiten, Renten oder sonstwas kämpfen, was man für »Privilegien« halten könnte. Sondern für ihre Berufsethik. Und auffällig ist, dass sie sich alle in einstmals starken *Services publics* (Öffentlicher Dienst, Red. *express*) finden, die mehr oder weniger schleichend, wo nicht gar heimlich, (teil)privatisiert werden sollen. Hohe und höchste Staatsvertreter hegen solche Hintergedanken ja sogar für Kernkompetenzen der öffentlichen Hand wie das Gesundheitswesen oder die Polizei. Über deren Sinn oder Unsinn zu diskutieren, ist hier nicht der Ort. Festgehalten sei jedenfalls, dass diese *»Services publics«* aus dem im März 1944 aufgesetzten Regierungsprogramm des *Conseil national de la Résistance* (Nationaler Widerstandsrat, Red. *express*) hervorgegangen sind. Ein Programm, auf das sich die Nummer Zwei des Arbeitgeberverbands Medef kurz nach Sarkozys Wahl 2007 in einem Interview zum Thema »Reformen« bezog: »Die Liste der Reformen? Ganz einfach: Nehmen Sie alles, was zwischen 1944 und 1952 eingeführt wurde, alles ohne Ausnahme. Da haben Sie die Liste. Es geht heute darum, ... das Programm des *Conseil national de la Résistance* methodisch aufzulösen.«

Vor dem Hintergrund dieses »Reformprogramms«, das man deutlicher nicht darlegen könnte, wird der reißende Absatz einer Broschüre mit dem Titel *»Indignez-vous!«* (Empört Euch!, Red. *express*) verständlicher, die der 93-jährige Résistant Stéphane Hessel im Oktober veröffentlichte. Hessels Verlegerin, Sylvie Crosman, schrieb mir am Freitag, die Erstauflage von 8 000 Exemplaren sei, von Nachdruck zu Nachdruck, auf stattliche 950 000 Exemplare gestiegen (mit einem weiteren, im Gang befindlichen Nachdruck von 300 000 Exemplaren). Die Verkaufszahl betrage mindestens 700 000 Exemplare. Und aus fast allen europäischen Ländern sowie aus Japan, Südkorea, der Türkei und den USA seien Anfragen für die Übersetzungsrechte eingetroffen ...

Hessels Aufruf zur Empörung ist nicht weiter revolutionär – er rennt großteils sogar offene Türen ein. Aber anscheinend ist das Textchen mit dem im ganzen Land wachsenden Widerstandsgeist in Resonanz getreten. Die Zahl der erklärten »Ungehorsamen« liegt eher in der Größenordnung von Tausenden als von Hunderttausenden. Doch der beispiellose Erfolg von Hessels Appel zum kreativen Widerstand legt nahe, dass die *»désobéisseurs«* bloß die Spitze des Eisbergs bilden...

** Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung, wo der Text am 11. Januar 2011 erschienen ist, siehe: NZZ-Blog »Leben wie zit. in Frankreich«: »Ethischer Ungehorsam in Frankreich« , vgl. www.nzz.ch*

Anmerkungen:

1) *»Die Prinzessin von Clèves« ist ein historischer Roman von Marie-Madeleine de La Fayette. Er wurde 1678 in Paris anonym veröffentlicht und gilt als eine der Grundlagen des modernen, psychologischen Romans. (Red. express)*
2) *Ich bin Lehrer und verweigere den Gehorsam. (Red. express)*

Geneigte Leserinnen und Leser,

»[F]ür diese Stellungnahme bedurfte es keiner Aufforderung, und sie gab es auch nicht« – doch KT soll hier kein Thema, höchstens eine Marginalie sein. Statt uns über Titelgewinne oder -verluste auf Nebenkriegsschauplätzen zu empören, interessiert uns in dieser Ausgabe die Empörung in und über nur vermeintlich triviale(n) Alltagsroutinen, denn: Alltag ist Zahltag, und Grund für Empörung gibt es genug. Den etwas abstrakten Aufruf Stéphane Hessels aufnehmend, haben wir bei den Ärzten, den Juristen, den Beschäftigten in Wissenschaftsbetrieben, auf den Ämtern der ArGen und Optionskommunen und im Einzelhandel genauer hingeschaut, wie es um die Empörungen und Widersetzungen steht.

Was hingegen die Aufstände, die schneller als erwartet kamen, betrifft, waren wir nicht schnell genug, um uns ins Bild zu setzen. Aus gegebenen Anlass haben wir jedoch diese Ausgabe genutzt, um uns ein Bild zu machen vom steinernen Zeugnis, das die Herrschaften aus aller Herren Länder von ihrem Herrschaftsverständnis abgelegt haben. Wie es aussieht, hat sich Büchners Diktum erfüllt, und die Herrschaftszeiten sind vielerorts vorbei. Doch was kommt nach den Aufständen, die gekommen sind? Wir werden uns schlau machen und auf die Höhe weltgesellschaftlicher Entwicklungen begeben müssen, wenn wir wissen wollen, worin die Emanzipation besteht. Mehr dazu in den nächsten Ausgaben.

Ps.: Das von uns verfasste Editorial ist kein Plagiat, und diesen Vorwurf weisen wir mit allem Nachdruck von uns. Es ist über etwa vier Wochen neben unserer Berufstätigkeit als junge Familienväter, alleinerziehende Mütter etc. in mühevollster Kleinarbeit entstanden, und es enthält fraglos Fehler, und über jeden einzelnen dieser Fehler sind wir selbst am unglücklichsten. Was uns aber unterscheidet von den Confessions jeglicher Herrschaften und, das sagen wir hier mit allem Nachdruck, auf was wir Wert legen: Kein einziger Text, kein einziger express ist das Werk eines einzelnen. Ohne Kooperation ist alles nichts: mit AutorInnen, Gesprächspartnern, DruckerInnen, Weinbauern und -händlerInnen sowie all den anderen, hier nicht Genannten – und letztlich mit Euch, den LeserInnen. Das zu wissen und zuzugeben ist das Mindeste.

Weißes Haus, Moskau

---

kozy. In Nantes z.B. betreuen drei Richter und 17 Bewährungshelfer 3 300 Fälle. Diesen Zustand prangern die Richter als einen Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz an[4] und geben umgekehrt Sarkozy und seiner Sparpolitik, die in manchen Fällen nicht einmal mehr Bewährungshelfer erlaube, die Schuld am Tod von Laetitia. Immer wieder würden neue Gesetze gemacht, aber keine Mittel zur Verfügung gestellt, diese auch umzusetzen. Ironisch nennen nun die Richter und Justizangestellten Sarkozy den »Wiederholungstäter«.

Die verschiedenen Gewerkschaften der Justizangestellten unterstützen das Aussetzen von Verhandlungen und die Arbeitsniederlegungen landesweit – ein Vorgang, den es in der Richterschaft in diesem Ausmaß noch nie gab. Am 15. Februar haben viele Gewerkschaften unterschiedlicher politischer Couleur einen öffentlichen Aufruf verabschiedet, der an den Justizminister adressiert ist: »Immer aktiv für eine qualitativ hochwertige Justiz«[5], in der sie auf den Untersuchungsbericht im Fall Laetitia reagieren. Der Bericht bestätige die schlechte Ausstattung der Justiz. Die Vertreter der unterzeichnenden Organisationen, von Richtern über Anwälte, Verwaltungsbeamte und Bewährungshelfer, erklären sich solidarisch mit den Beamten in Nantes, wo sich ein Bewährungshelfer um 130, statt wie im landesweiten Durchschnitt um 108 Personen kümmern müsse und die man deshalb für diese Mängel nicht verantwortlich machen könne.

Sie wollen weiter mobilisieren und für eine qualitativ hochwertige Justiz kämpfen – alle dort Beschäftigten sind eingeladen mitzumachen. Gegenüber den Argumenten von Sarkozy und der Regierung, dass die Bevölkerung das nicht verstehe und auch nicht unterstützen könne, legen sie dar, dass diese Verbesserung des Öffentlichen Dienstes im Interesse der Justiz, der Opfer und der Bürger sei.

Der Aufruf endet mit einem Appell,

- noch vor Ende März Sachstandsberichte zu erstellen über die Schwierigkeiten, Dysfunktionalitäten, die Arbeitsbelastung und die Mittel, die nötig wären, sich diesen Problemen zu stellen;
- Parlamentarier, lokale Abgeordnete, Medien und Bürger einzuladen, um die Realität des Strafvollzugs in Augenschein nehmen zu können;
- die Bewegung auszuweiten
- vorgeschriebene Arbeitszeiten und Prozessdauer einzuhalten usw.

Zum Schluss rufen sie einen nationalen Aktionstag für Ende März aus.[6] Wir werden die Geschehnisse im *express* weiter verfolgen...

Unter vergleichbaren Bedingungen haben übrigens auch Richter in Deutschland zu arbeiten. Wir erinnern an die Richter-Proteste gegen die geforderte Verschärfung des (Jugend-) Strafrechts anlässlich der U-Bahn-Attacken von Jugendlichen Anfang 2008. Schon damals wehrte sich der Deutsche Richterbund gegen eine populistische Politik, die auf höhere Strafen und schnelleren Vollzug setze, während sie dem Justizsystem zugleich immer mehr Ressourcen, insbesondere im Bereich Prävention, entziehe. An der personellen Unterbesetzung und ihren Konsequenzen für eine seriöse Verfahrensführung hat sich nichts geändert – im Gegenteil: Ohne die Mittel aufzustocken hat die Bundesregierung nach erneuten Rügen der EU wegen zu langer Verfahrensdauern ein Gesetz beschlossen, das Geldstrafen für Fristüberschreitungen vorsieht. Und ausgerechnet die in Sicherheitsfragen gerne martialisch auftretende hessische Landesregierung propagiert Stellenabbau und Schließungen in der Justiz sowie eine Fusion von Verwaltungs-, Sozial- und Arbeitsgerichten als Formen »intelligenten Sparens«. Spezialisten für Atom- und Baurecht dürften sich demnach künftig mit der Angemessenheit von Hartz IV-Regelsätzen oder Tarifregelungen befassen. Immerhin schriftlich hatten sich darüber die Neue Richtervereinigung, der Deutsche Richterbund und ver.di in einer gemeinsamen Erklärung empört. Zum Streik hat es bislang aber nicht gereicht.

NR/KH

Anmerkungen:

1) *Stéphane Hessel: »Empört Euch!«, Berlin 2010, S. 8ff.*
2) *Christoph Wöß: »Richter streiken nach Präsidenten-Schelte«, in: www.tagesschau.de (22. Februar 2011); Gerd Niewerth: »Mordfall Laetizia: Sarkozy gibt Justiz Mitschuld an Mord«, Der Westen, 4. Februar 2011, in: www.derwesten.de*
3) *Christoph Wöß: »Richter streiken nach Präsidenten-Schelte«, a.a.O.*
4) *Vgl. »Les magistrats, en colère contre Sarkozy, se mobilisent«, Le Monde, 7. Februar 2011 (www.lemonde.fr)*
5) *»Toujours mobilisés pour une justice de qualité«, in: www.union-syndicale-magistrats.org*
6) *Vgl. »Toujours mobilisés pour une justice de qualité«, a.a.O.*

JE ME SYNDIQUE

Privatsache

Eckardt Johanning* zur US-amerikanischen Gesundheitsreform

Während nach der jüngsten Gesundheitsreform in Deutschland nur Wenige protestierten, um das Solidarprinzip in der Krankenversicherung zu verteidigen, protestieren in den USA Konservative und Tea-Party-Patrioten lautstark und medieneffektiv gegen eine staatliche Ausweitung der Krankenversicherung. Eckardt Johanning erklärt (auf dem Kenntnisstand von Januar 2011), warum der Systemwechsel in den USA auf so großen Widerstand trifft. Inzwischen erlitt die Reform allerdings einen Rückschlag, denn am 31. Januar hatte ein Bundesrichter in Florida das gesamte Gesetz für verfassungswidrig erklärt. Ein von den Republikanern initiierte Abstimmung im Senat am 2. Februar über die Rücknahme der Gesundheitsreform scheiterte mit 51 demokratischen zu 47 republikanischen Stimmen. Nun kündigte Obamas Regierung eine Anfechtung des Urteils von Florida an. Es bleibt also spannend.

Als »Sicko«, der Dokumentarfilm von Michael Moore über die Not und Ungerechtigkeiten im US-amerikanischen Gesundheitssystem, 2007 zum ersten Mal gezeigt wurde, saß ein Mitglied eines geheimen Krisenteams des US-amerikanischen Krankenversicherungsverbandes (*American Health Insurance Plans,* AHIP) im Saal. Die großen US-amerikanischen Krankenversicherungen – United Health Care, Wellpoint, Aetna, Humana und CIGNA, die zusammen 2009 eine Rekord-Profitsteigerung von 12,2 Milliarden Dollar aus den Beiträgen und Leistungseinschränkungen erwirtschaftet haben[1] – befürchteten, dass Moore mit seinem Film die Bevölkerung gegen sie aufbringen könnte und sie auch Probleme in Washington bekämen.

Lobbyarbeit enthüllt

So jedenfalls berichtet es der Whistleblower und Autor Wendell Potter, ehemaliger Public-Relations-Chef der größten privaten Krankenkasse CIGNA, in seinem soeben erschienenen Buch »Deadly Spin«.[2] Alle PR-Register sollten, vor der Öffentlichkeit verborgen, vom *»Strategic Communication Advisory Committee«* von AHIP gezogen werden, um die US-amerikanische Bevölkerung davon abzubringen, ein steuerfinanziertes und staatlich gesteuertes Krankenversicherungssystem für alle in Erwägung zu ziehen.[3] In der Öffentlichkeit und in den Medien sollten die Vorzüge des freien markwirtschaftlichen Gesundheitsversorgungs- und Krankenversicherungssystems der USA gepriesen werden. Wäre der Film erfolgreicher gewesen und hätten die Bürger tatsächlich ein besseres Gesundheitssystem gefordert, war man vorbereitet, Moore persönlich zu diffamieren. Doch das war nicht nötig. Als die Regierung von Barack Obama zur Reform der Krankenversicherung ansetzte, gingen die Bürger vielmehr auf die Straße, um gegen eine Krankenversicherung für alle zu protestieren.

Reform der Krankenversicherung

Was dann als Reform der Krankenversicherung durch die Obama-Regierung (*Patient Protection and Affordability Care Act of 2010, PPACA*)[4] verabschiedet wurde, hätte nach Potter auch »Krankenversicherungs-, Profitsicherungs- und Verbesserungsgesetz« heißen können. Klar ist nämlich, dass die privaten, profitorientierten Krankenversicherungen in den nächsten Jahren durch die Reform gewinnen werden, da nun jeder verpflichtet ist, einer Krankenversicherung beizutreten. Zudem werden diese zum Teil auch noch mit staatlichen Geldern unterstützt.

Positiv ist sicherlich, dass nun weit mehr Geringverdienende sich eine der privaten Krankenversicherungen leisten können, und dass auch *»Medicaid«*, die staatliche Krankenversicherung für die Armen (s. Kasten, Anm. d. *express*), gleichzeitig erweitert wird. Auch sollen vorbestehende Erkrankungen oder Unfälle nicht mehr als Ablehnungsgrund bei Versicherungswechsel oder Neuantrag genannt werden können. In kleinen und mittleren Betrieben sollen Steuervergünstigungen dafür sorgen, dass diese Betriebe ihren Angestellten billigere Krankenkassentarife anbieten können, als sie auf dem offenen Markt erhältlich sind. Und die berühmtberüchtigte Nichterstattung der Medikamentenkosten im *Medicare*-Programm (Krankenversicherung für Rentner ab 65 Jahre) soll ebenfalls verschwinden. Diese hatte dazu geführt, dass Rentner gegenwärtig circa 500 bis 3 600 Dollar pro Jahr zusätzlich als Eigenbeteiligung für Medikamente ausgeben müssen.

Mit dem neuen PPACA-Gesetz ist das von Progressiven und Liberalen bevorzugte System eines *»Public National Health Program for All«* vom Tisch.[5] Die Regierung wollte keinen großen Konflikt mit den Schlüsselfiguren im Gesundheitssystem eingehen. Die großen Privatversicherungen wurden so zu Mitspielern in der Reformdiskussion. Doch selbst das war den konservativen Republikanern und großen Teilen der Bevölkerung schon zu viel, und Obamas Reform wurde als »schneller Marsch in den Sozialismus« und »Klassenkampf von oben« charakterisiert. Dahinter stand unter anderem eine geheime und perfide Kampagne der US-amerikanischen Versicherungskonzerne (siehe AHIP), die Reform und ihre Fürsprecher zu denunzieren und die rechten Oppositionskräfte zu mobilisieren, damit sie selbst am Ende doch im Spiel bleiben – so jedenfalls beschreibt es der ehemalige Öffentlichkeitsarbeiter Potter.[6]

Meinungen über die Reform gehen auseinander

Die Wahlen im November 2010, die stark durch die *Tea Party Patriots* beeinflusst wurden (eine populistische Protestbewegung mit rechtslibertären Zügen, die den Republikanern nahe steht und sich nach der *»Boston Tea Party«* benannt hat), haben zu einer weiteren Eskalation und zu demagogischer Verklärung und Verwirrung geführt. So wird nun mit *»Stop the Goverment Takeover of Health Care«* vor der *»Tyranny of Government«* gewarnt.

Die Republikaner und Tea-Party-Patrioten wollen Obamas Gesundheitsreform durch Bürgerversammlungen, Nachbarschaftstreffen, Telefonaktionen, Gerichtsverfahren und Gesetzesinitiativen wieder rückgängig machen.[7] Die landesweite Einführung der allgemeinen Krankenkassenpflicht wird jedoch verfassungsrechtlich nicht aufzuhalten sein, auch wenn einzelne Bundesstaaten schon (teilweise) erfolgreich gegen das Gesetz geklagt haben.

Zwischen April und November 2010 äußerten etwa 40 Prozent der Bürger Zustimmung für die Gesundheitsreform, genau so viele waren dagegen, und 20 Prozent blieben unentschieden. Die negativen Meinungen haben viele Gründe. »Big Government« sagen die meisten: Ihnen ist die Regierung zu ausufernd, korrupt, teuer und ineffizient.

So ist die Realität

Dabei sind die Zahlen und Fakten zum US-amerikanischen Gesundheitssystem ernüchternd:

- Die *»Centers for Disease Control and Prevention«* schätzen, dass 2006 circa 54,6 Millionen Menschen in den USA nicht krankenversichert waren. Und die Zahlen steigen in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Viele der Nichtversicherten sind Arbeiter und Ange-

»Single Payer« vs. PPACA (Obama-Reform)

Im Folgenden eine Gegenüberstellung der »Single-Payer-Krankenkassenversicherung für alle« der Initiative Physicians for a National Health Program (PHNP) und der verabschiedeten Gesundheitsreform in den USA: Patient Protection and Affordable Care Act (PPACA).

National Health Program (PHNP)

Mitgliedschaft:

- uneingeschränkte, garantierte Krankenkassenmitgliedschaft
- alle US-Bürger (einschließlich Immigranten) eingeschlossen
- weder individuelle Krankenkassenbeiträge noch Eigenbeteiligung
- freie Arzt- und Krankenhauswahl

Finanzierung und Kosten:

- steuerlich finanziert
- keine erhöhten Kosten im Vergleich zum bestehenden System
- Einsparungen durch geringere Verwaltungskosten, die den Nichtversicherten zugute kommen
- Kostenkontrolle durch zentrale Haushaltsführung der Krankenhäuser und durch Kapitalinvestitionen
- Betonung der Grundversorgung durch die Allgemeinmedizin

PPACA

Mitgliedschaft:

- kein Krankenkassenausschluss wegen vorbestehender Erkrankungen/Unfälle
- Verpflichtung, einer der privaten Krankenversicherungen anzugehören
- staatliche Unterstützung bei den Krankenkassenbeiträgen bzw. bei der Eigenbeteiligung abhängig vom Einkommen
- Verpflichtung zur Arztwahl innerhalb eines eingeschränkten Krankenversicherungs-Netzwerks

Finanzierung und Kosten:

- Erhöhung der Medicare-Beiträge für Einkommen über 200 000 Dollar
- mehr Geld für benötigte Leistungen durch vermehrte Aufnahme junger, gesunder Versicherter
- Krankenkassenversicherung durch Arbeitgeber bleibt unverändert
- Kosten orientieren sich am Markt
- Einsparungen durch Medicare-Reform/Reduzierung der Arztkosten-/Krankhauserstattungen
- Einsparung durch technologische Fortschritte, z.B. elektronische Krankenblätter u. Kostenabrechnung, Reduktion des Versicherungsbetrugs

Medicaid und Medicare

Medicaid als Krankenversicherung ist eine sozialhilfeartige Leistung und setzt eine signifikante Verarmung des Bedürftigen voraus. Medicaid wird von den Bundesstaaten und der Bundesregierung paritätisch finanziert. Das Programm wird weitgehend aus Steuermitteln betrieben und ist an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpft. 2001 versorgte das Programm 46 Millionen Bürger mit Gesundheitsleistungen.

Medicare ist eine Basis-Rentenversicherung, die durch den Staat verwaltet und durch Lohnsteuerbeiträge finanziert wird. Sie ist zum Teil mit der deutschen Pflegeversicherung vergleichbar. Jeder US-Bürger ab dem Alter von 65 Jahren und Bürger mit einer Behinderung können katalogisierte Grundleistungen zu bestimmten Tarifen in Anspruch nehmen. Die Versicherung umfasst eine Mindesterstattung für die Krankenhausbehandlung und für die ambulante Versorgung. Daneben können ergänzend freiwillige Versicherungen für ambulante Behandlungen und Medikamente abgeschlossen werden.

Die Kosten beider Systeme sollen durch die Reform deutlich gesenkt werden.

Wir widersetzen uns

Manifest der solidarischen Ärzte in Frankreich

Als Ärzte sind wir damit betraut, die Krankheiten unserer Patienten zu behandeln, zu diagnostizieren, zu verhüten; wir können nicht indifferent bleiben gegenüber der Zunahme von Maßnahmen, die den Zugang zur kostenlosen Versorgung einschränken und die soziale Sicherheit privatisieren.

Wir lehnen die immer wiederkehrenden ideologischen Kampagnen ab:

- Wir lehnen es ab, den Anstieg der Kosten für Gesundheit in einem der reichsten Länder der Welt zu beklagen. Fortschritte in der Medizintechnik wie in der Chirurgie sind ein Merkmal der Zivilisation und sollen für alle zugänglich sein. Weit entfernt, diese Entwicklung positiv zu würdigen, liefert die Obrigkeit unter dem Vorwand des Anstiegs der Gesundheitsausgaben das Solidarsystem den privaten Versicherungen aus.
- Wir lehnen die Analyse ab, dass das Defizit der Sozialversicherung vor allem auf die Mehrausgaben und nicht auf die Ressourcenknappheit zurückzuführen sei, die, wie allseits bekannt, mit dem Rückgang der Masseneinkommen – was die Ungleichheit noch verschärft – und den unbezahlten Schulden zusammenhängt.
- Wir sind empört über die ideologische Kampagne der Schuldzuweisung an die Ärzte und die Kranken, denen man zu hohe Ausgaben, mangelnde Risikobereitschaft, Freibiermentalität und aufwändige Untersuchungen vorwirft, obwohl der Verzicht auf medizinische Leistungen massiv zunimmt.

stellte, die sich eine Versicherung wegen der hohen Mitgliedsbeiträge nicht leisten können. Doch auch wenn der Anteil der Nichtversicherten auf 15 Prozent der Bevölkerung gestiegen ist – immerhin an die 43 Prozent der Nichtversicherten haben ein überdurchschnittliches Einkommen von 50 000 Dollar und mehr (Institut für deutsche Wirtschaft Köln).

- Die durchschnittlichen Kosten für eine Familienkrankenversicherung beliefen sich 2009 auf 13 375 Dollar pro Jahr, während das durchschnittliche Jahreseinkommen bei Mindestverdienern gerade bei 11 500 Dollar (2008) lag.
- Die USA sind eines der Länder mit den höchsten Gesundheitskosten, liegen aber in der Public-Health-Statistik weit hinter anderen Industrienationen. In manchen Bereichen (Gesundheit auf dem Land, Einwandererge-sundheit, Säuglingssterblichkeit etc.) sind sie nur mit Entwicklungsländern vergleichbar.
- Die Gesamtkosten (circa 8 160 Dollar) der Gesundheitsversorgung in den USA pro Kopf sind höher als die von acht europäischen Ländern zusammen genommen – aber die Regierung nimmt nur wenig Einfluss auf die Kostenentstehung und -entwicklung (das wird sich durch das PPACA wahrscheinlich ändern).
- Die Gesundheitsreform lässt weiterhin 23 Millionen Menschen in den USA in den nächsten neun Jahren unversichert. Das führt zu 23 000 vermeidbaren Todesfällen pro Jahr – so die Physicians for a *National Health Program* (PHNP)[8].
- Millionen von Mittelklasse-Amerikanern werden gezwungen, bis zu 9,5 Prozent ihres Einkommens für eine private Krankenversicherung auszugeben, diese deckt jedoch nur bis zu 70 Prozent ihrer Gesundheitskosten ab.[8]
- Die Bürokratiekosten bei den privaten Versicherungsgesellschaften machen zur Zeit circa 31 Prozent der Beiträge aus.[8]

Individualismus und Freiheit

Victor Fuchs von der Stanford University weist in einem Artikel im *New England Medical Journal* darauf hin, dass in den USA in den vergangenen 50 Jahren der Anteil der staatlichen Gesundheitskosten stetig gestiegen sei (auf fast 50 Prozent 2007) und wahrscheinlich mit der Gesundheitsreform den privaten Anteil übersteigen wird. Länder mit einer staatlichen Gesundheitsversicherung, zum Beispiel Dänemark und Frankreich, geben weit weniger pro Kopf aus, haben aber dennoch bessere Gesundheitsindikatoren.

Warum die US-amerikanische Öffentlichkeit die Gesamtvorteile einer besseren Verteilung von Ressourcen und geringerer Kosten nicht annehmen kann, liegt nach Fuchs wohl auch an der besonderen Rolle des Individualismus und der Revolutionsgeschichte in den USA, mit ihrer Betonung von »life, liberty, and the pursuit of happiness«; und daran, dass es jahrhundertelang keine gemeinsame Sprache, Geschichte und Kultur gab[9].

Krankheit soll Privatsache sein

Trotzdem stößt die Aufregung, die in den USA wegen der Reform herrscht, in Deutschland auf Befremden. Während das steuerfinanzierte Versicherungssystem für alle aus deutscher Sicht erstrebenswert erscheint, ist für die US-Bürger die nun kommende staatliche Regelung der Versicherung bei privaten Krankenkassen bereits der Abstieg in den Sozialismus. Man möchte bei der Finanzierung und Kontrolle von Behandlungskosten nicht auf den Staat vertrauen, um dessen Einmischung in Fragen von Leben und Tod zu entgehen – wann und in welchen Fällen wird zum Beispiel eine teure Behandlung bewilligt?

Da ist es einfacher, auf die eigenen Kräfte zu vertrauen, Krisen zu meistern. Krankheit ist Privatsache, und das eigene Leben ohne staatliche Bevormundung zu führen, bedeutet Freiheit.

** Eckardt Johanning, geb. 1953, ist Arbeits- und Umweltmediziner und arbeitet als niedergelassener Arzt in New York, USA, www.johanningmdpc.com*
(Der Beitrag wurde verfasst für die Zeitschrift Dr. Med. Mabuse, Nr. 189, 1-2/2011. Wir danken für die freundliche Nachdruckgenehmigung.)

Anmerkungen:

1) *www.jimhightower.com/node/7064*
2) *Wendell Potter: »Deadly Spin: ›An Insurance Company Insider Speaks Out On How Corporate PR Is Killing Health Care And Deceiving Americans‹«, Bloomsbury Press 2010*
3) *www.pnhp.org*
4) *www.kaiserhealthnews.org*
5) *www.demsfightinwords.com*
6) *www.huffingtonpost.com*
7) *www.teapartypatriots.org, »Vital Signs: Reaction to Walker demand that Doyle freeze health reform early«, The Capital Times 12/11/2010 (http://host.madison.com); S. Rosenbaum: »A ›Broader Regulatory Scheme‹ – The Constitutionality of Health Care Reform«, NEJM 27, Nr. 10/2010*
8) *http://pnhp.org*
9) *V.R. Fuchs: »Government Payment for Health Care – Causes and Consequences«, NEJM 1, Nr. 12/2010*

Seifenoper

Gewerkschaftliche Kritik an der Gesundheitsreform in den USA

In der Gewerkschaftslandschaft der USA haben sich die Positionen zur Gesundheitsreform der »Demokraten« seit 2008 nicht wesentlich geändert[1]: Während die Koalition »Healthcare for America Now«, der der AFL/CIO und die größte Gewerkschaft der Gesundheitsbeschäftigten SEIU angehören, Obamas Reform vehement unterstützt, gibt es andere Gewerkschaften, wie z.B. die California Nurses Association/National Nurses Organizing Committee, die nicht nur die konservativen Kritiker der Reform, sondern auch die Reform selbst kritisieren, weil sie ihnen nicht weit genug geht. Sie sind zusammengeschlossen in der Koalition: www.GuaranteedHealthcare.org. Wir haben im Folgenden eine Stellungnahme dieser Koalition[2] vom Januar diesen Jahres zusammengefasst: »Zehn Gründe, warum es unsinnig ist, für die Zurücknahme der Gesundheitsreform zu stimmen« von Rose Ann DeMoro*.

In einer Zeit, in der immer noch so viele US-Amerikaner durch die Ritzen des Gesundheitssystems rutschen, kann man sich nur schwer eine unnützere Debatte in Washington vorstellen, als das ›Affentheater‹ um die Bestrebungen der »Republikaner«, Obamas Gesetz zur Gesundheitsreform zu Fall zu bringen.

Ein paar Informationen vorneweg:

- Die Zahl der Nichtversicherten hat offiziell die 50-Millionen-Grenze überschritten.
- Schätzungsweise die Hälfte der US-Amerikaner hat Vorerkrankungen und ist deshalb mit willkürlichen Verweigerungen von Versicherungsleistungen konfrontiert (auch wenn das Gesetz so bleibt, werden die großen Versicherer in Zukunft Wege finden, das System zu missbrauchen).
- Arizona verweigert armen Menschen, die bei »Medicaid« versichert sind, lebensrettende Transplantationen.
- Die Krankenversicherung »Blue Shield« ignoriert Proteste und setzt in Kalifornien Beitragssteigerungen von bis zu 59 Prozent pro Person durch.
- In einem UNICEF-Bericht rangieren die USA bei der Kinder-Gesundheit auf dem erbärmlichen Platz 22.

Dennoch veranstaltet der Kongress eine ›Seifenoper‹, die weder zu einer Zurücknahme der Reform noch zu umfassenden Lösungen für die anhaltende Krise im Gesundheitssystem führen wird.

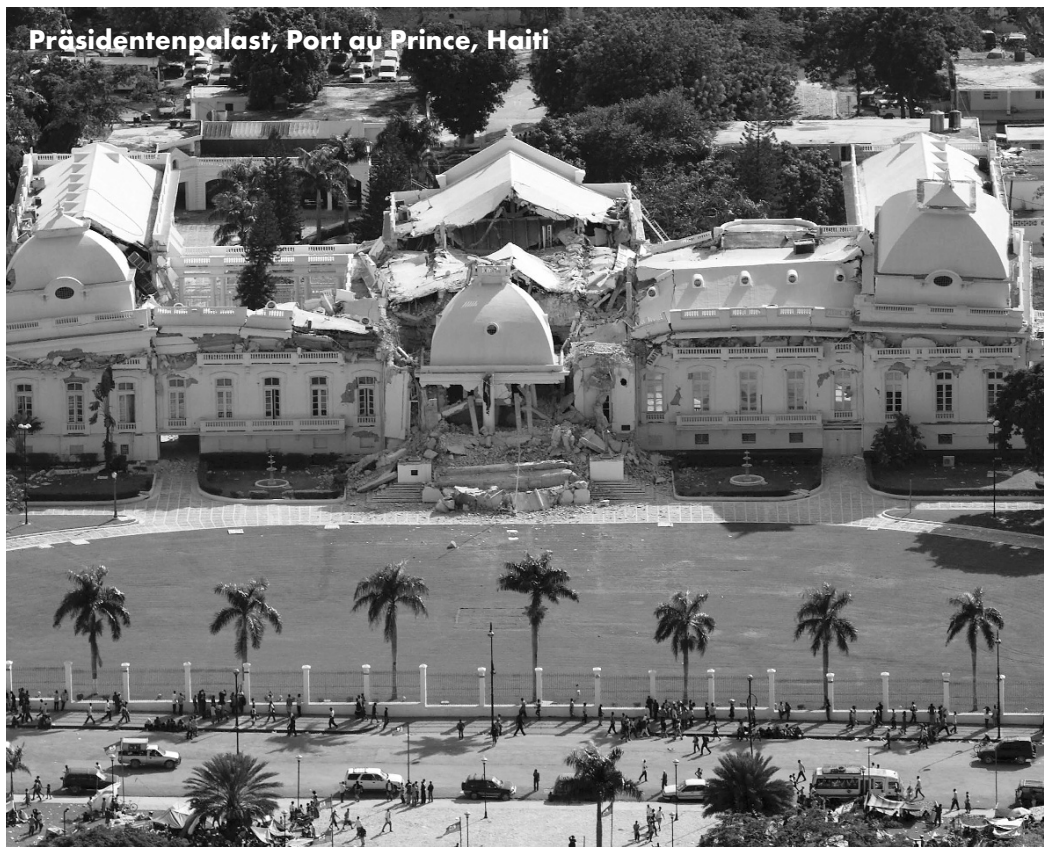
Hier ist eine Auflistung der zehn größten Sinnlosigkeiten der Debatte über die Zurücknahme der Gesundheitsreform:

1. Die Öffentlichkeit ist schon reichlich verwirrt. Eine Umfrage der »Kaiser Family Foundation« (eine private Non-Profit Stiftung) ergab letzten Monat, dass fast genauso viele Menschen (20 Prozent) eine Ausweitung des Gesetzes wollen wie die komplette Zurücknahme (26 Prozent). 43 Prozent der Befragten sagen bezeichnenderweise, dass sie immer noch »verwirrt« sind über das Gesetz.

2. Entgegen der rechten Rhetorik bedeutet dieses Gesetz weder eine »Machtergreifung durch die Regierung« noch »verstaatlichte Medizin«. Faktisch hilft es, ein kaputtes privates System zu stützen und vor einer grundsätzlicheren Reform zu bewahren, wie sie etwa in einem Single-Payer-System[3] oder der Ausweitung von »Medicare« auf Alle gegeben wäre. Das erinnert an die Einführung der HMOs[4] als Alternative zu einem »Single Payer System« vor 40 Jahren unter Nixon.

3. Viele Republikaner kümmern sich nicht wirklich darum, ob die Menschen versichert sind, sondern darum, dass die Wirt-

Fortsetzung auf Seite 6 oben


Präsidentenpalast, Port au Prince, Haiti

- Wir sind gegen die Maßnahmen, die »Übertragung von Verantwortung« (Eigenverantwortung) genannt werden, die sich aus dem oben genannten ergeben und vermehrt dazu führen, dass jeder für seine Versorgung individuell bezahlen muss.
- Wir prangern die soziale Kontrolle der Bevölkerung an: Die Krankenversicherungskarte erlaubt eine schnellere Rückerstattung der Kosten, dient aber auch dazu, diese zu individualisieren und zu verschleiern. Das Foto des Kranken auf dem Ausweis verwandelt ihn in den Augen der Versorger in einen potentiellen Betrüger. Wir weisen diese Verunglimpfung zurück. Wir versorgen Menschen, denen wir respektvoll begegnen, die aber eingezwängt sind in eine gewinnorientierte und ungleiche Gesellschaft. Wir lehnen es ab, dass die Krankenversicherungskarte ein Instrument für ein medizinisches Register der Bevölkerung wird, eine unmittelbare Gefahr für unsere Freiheiten.
- Wir protestieren gegen die maßlose Macht, den autoritären Charakter der Führungsspitzen der Sozialversicherung und der regionalen Gesundheitsämter, deren gemeinsames Charakteristikum darin besteht, dass sie nicht von der Bevölkerung demokratisch gewählt wurden.

Im Namen einer rentablen Gestaltung der Medizin, auf die die Prinzipien der Privatwirtschaft übertragen werden,

- fördern die Führungsspitzen der Sozialversicherung die Praxis des Überschreitens der Gebührenordnung (Ärzte nehmen für eine Leistung mehr, als die Kasse dem Patienten dann zurückerstattet, NR), die das Prinzip der regulären und egalitären Kostenrückerstattung im Rahmen des gesetzlichen Leistungskatalogs zerstört;
- verlangen sie von Ärzten und Pflegekräften, bei der Einschränkung des Zugangs zu medizinischer Versorgung mitzuwirken, so wenig wie möglich erstattbare Medikamente zu verschreiben, Untersuchungen anzuordnen und Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen auszustellen;
- während sie immer noch öffentliche Krankenhäuser schließen, die damit für die Patienten in größere Entfernung rücken, drücken sie dort eine »Fließband«-Arbeit beim Personal durch, das dann versuchen muss, die Lücken in der Versorgung und der menschlichen Betreuung der Kranken mit seiner Selbstlosigkeit zu kompensieren.

Wir lehnen die Bevormundung der Ärzte und der Pflegekräfte ab, die belohnt oder bestraft, sogar bewertet werden, in Konkurrenz zueinander gesetzt, um Rentabilitätsziele zu erfüllen, die auch noch »gute medizinische Praxis« genannt werden.

Wir sind zutiefst verpflichtet

- dem Prinzip einer Medizin von hoher Qualität, für alle gleich, und einer solidarischen Sozialversicherung;
- einem notwendigen Vertrauen in die Qualität der Versorgung, das davon bedroht wird, dass die Gesundheit der Menschen der wirtschaftlichen Prosperität der Gesundheitsbranche und der sozialen Sicherungssysteme gegenübergestellt wird;
- der Möglichkeit, die Kranken nach bestem Wissen und Gewissen zu versorgen;

Wir erklären, dass wir uns den Vorschriften widersetzen wollen, die den Zugang zu medizinischer Versorgung erschweren.

Dezember 2010

(Der Text ist im Original zu finden unter: http://www.petitions24.net/manifeste_des_medecins_solidaires, Übersetzung aus dem Französischen: Nadja Rakowitz/Lind Wagner)

Fortsetzung von Seite 5 oben

schaft Geschäfte machen kann. Die »Alternativen«, die von der Stoppt-die Reform-Meute diskutiert werden, würden genau die »Zauberkräfte« des Marktes entfesseln, die zu den Problemen bei Zugang, Kosten und Qualität des jetzigen Systems geführt haben.

4. Demokraten und Liberale sind – Ironie der Geschichte! – zu Vorreitern des *»individual mandate«* geworden, einem Konzept, das zuerst von den Republikanern vorgeschlagen wurde und von dem republikanischen Senator in Massachusetts übernommen wurde (mit einem Gesetz, das immer deutlicher gemacht hat, dass die Kosten steigen und der Staat die Ansprüche und die Leistungen reduziert.) Dennoch werben die Demokraten für die Illusion, dass die private Pflichtversicherung ein »universales« Gesundheitssystem schaffe, während die Republikaner wiederum jammern, dass diese – von ihnen einstmals geliebte Idee – verfassungswidrig sei.

5. Obwohl die Republikaner in der Öffentlichkeit sagen, dass sie gegen das Gesetz stimmen, weil es der Wirtschaft schade, befürworten es fast alle großen Konzerne der Gesundheits-Industrie.

6. Ungeachtet dessen, dass eine grundsätzliche Veränderung dringend notwendig wäre, werden Befürworter einer weit reichenden Gesundheitsreform abgetan als »naiv« oder »nicht seriös«. Nur denjenigen, die an dem unhaltbaren Status Quo der Kontrolle unserer Gesundheitsversorgung durch die Konzerne festhalten, wurde ein Platz am Tisch mit den Demokraten eingeräumt – und wenig mehr als eine symbolische Berichterstattung in den Medien.

7. In einer Umgebung, in der »Objektivität so verstanden wird, dass beide Seiten zu Wort kommen dürfen – so lange man innerhalb des für dieses Thema von den Medien abgesteckten Rahmens bleibt –, gewinnt die Seite, die bereit ist, mit den größeren Lügen aufzuwarten. So wurde die Debatte entstellt durch Lügengeschichten von »Totentafeln«, von Rentnern, die aus »Medicare« rausgeworfen werden, und anderen Phantastereien.

8. Die Wirksamkeit von warenförmiger Gesundheitsversorgung zu bestreiten, ist vom Tisch – egal, wie viele Leben damit aufs Spiel gesetzt werden. Folglich haben wir ein Gesetz, das nicht für alle gilt und wenig dazu beiträgt, die Kosten bei steigenden Beiträgen und unbezahlbaren Arztrechnungen zu kontrollieren, die Qualität zu verbessern oder die Ungleichheiten zu verringern. Und die Anhänger der Zurücknahme des Gesetzes wollen, dass noch weniger getan wird.

9. Nur wenige diskutieren, dass die Krise des Gesundheitssystems sich verschärfen wird, wenn das Gesetz zurückgenommen wird oder es so bleibt, wie es ist. Versicherungen, Pharmaindustrie und Anbieter werden den Preisbetrug fortsetzen, die Versicherer werden mit der Rosinenpickerei unter den gesünderen Kunden weitermachen und Ausreden finden, um notwendige Leistungen zu verweigern; die Medizintechnik, die von beiden Seiten als Patentlösung gepriesen wird, wird mehr Patienten gefährden, indem sie das professionelle Urteil von Pflegekräften untergräbt; lange Wartezeiten in der Versorgung werden bestehen bleiben, und die anhaltende Rezession wird das ohnehin rissige Sicherheitsnetz weiter durchlöchern, zumal immer mehr öffentliche Krankenhäuser und Kliniken gezwungen sind zu schließen.

10. Während jeder über die globale Wirtschaft spricht, machen sich die Politiker oder die Medien keine substanziellen Überlegungen, wie andere industrialisierte Länder eine medizinische Versorgung mit niedrigeren Kosten und besseren Ergebnissen durch ein nationales oder *Single-Payer*-System gewährleisten. Sie schaffen es nicht, diejenigen anzugreifen, die fälschlicherweise reklamieren, dass »wir das beste Gesundheitssystem der Welt haben« (das haben wir nicht!).

Lasst uns den Kongress zwingen, das Gesetz – statt es zurückzunehmen – auszuweiten zugunsten eines kosteneffizienten, universellen Medicare-Programms für Alle!

** Rose Ann DeMoro ist Geschäftsführerin der California Nurses Association/National Nurses Organizing Committee.*

Übersetzung: Nadja Rakowitz

Anmerkungen:

1) *Vgl. Nadja Rakowitz: »Kotau vorm Kapital? Gewerkschaften & Gesundheitsreform im US-Wahlkampf«, in: express Nr. 10/2008*
2) *Vgl. http://guaranteedhealthcare.org/blog/colette-washington-cna-nnoc/2011/01/19/top-10-reasons-why-health-repeal-vote-inane*
3) *Mit »Single Payer« ist ein System gemeint, das in Kanada und anderen Ländern existiert und dessen Kern darin besteht, dass eine zentrale Instanz in öffentlicher Hand allein für die Verteilung der Gelder zuständig ist.*
4) *Health Maintenance Organization (HMO) bezeichnet eine private Sonderform eines bestimmten Krankenversicherungs- und Versorgungsmodells in den USA. Sie werden nach dem Health Maintenance Organization Act von 1973 durch die US-Regierung finanziell und rechtlich gefördert.*

La Habana, Kuba

Santo Domingo, Dom. Republik

Von der Selbstver-Insolvenz / Lehrerkooperative

Anfang Dezember streikten MitarbeiterInnen der Frankfurter Lehrerkooperative zum wiederholten Mal für einen Tarifvertrag. Mitten in die Planungen für einen Erzwingungsstreik hinein meldete die Geschäftsführung zu Weihnachten Insolvenz an. Wir dokumentieren den folgenden Beitrag über den Werdegang eines ehemals selbstverwalteten Betriebs.

Vom selbstverwalteten Betrieb ...

Die Lehrerkooperative startete vor 25 Jahren als Selbsthilfeprojekt arbeitsloser LehrerInnen. Der Verein organisierte Sprachkurse für MigrantInnen, war in Frauenprojekten und in der Flüchtlingsarbeit aktiv. In den 90er-Jahren wuchs der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die Trägerschaft von Kitas und Horten, durch vermehrte Aktivitäten in der Familien- und Lernhilfe sowie in der Berufsqualifizierung von SchulabbrecherInnen. Die »Lehrerkoop« bot im Unterschied zu vielen anderen Trägern auch so manchem Menschen ohne bürgerlichen Werdegang die Chance auf einen Arbeitsplatz, nicht zuletzt MigrantInnen, deren im Herkunftsland erworbene Berufsqualifikationen in Deutschland nicht anerkannt werden.

... zum mittelständischen Bildungsunternehmen ...

Mit dem ökonomischen Wachstum des Vereins Lehrerkooperative schwanden die Elemente der Selbstverwaltung. Aus dem Verein einer Handvoll LehrerInnen wurde der Arbeitgeber eines Unternehmens, bei dem, verteilt auf circa 40 Projekte im Frankfurter Stadtgebiet, inzwischen über 400 Festangestellte, in der Regel ErzieherInnen, SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen, und rund 250 Honorarkräfte beschäftigt sind. Plena, die in Diskussionen nicht nur Fragen der Pädagogik und der Betriebsorganisation behandelten, sondern auch mal eine Solidaritätsadresse für hungerstreikende politische Gefangene verabschiedeten, gehören längst der Vergangenheit an. 1998 bewirkte der damalige Vorstand eine Satzungsänderung, wonach MitarbeiterInnen des Vereins Lehrerkooperative nicht mehr stimmberechtigte Vereinsmitglieder sein konnten. Der ehemalige Einheitslohn, der sympathischerweise keinen Unterschied zwischen Geschäftsführer und KüchenhelferInnen machte, wurde abgeschafft und durch eine mit dem 1998 gewählten Betriebsrat abgeschlossene Betriebsvereinbarung zur Gehaltsstruktur abgelöst.

... mit eigener Privatschule

Seit 2006 betreibt die Lehrerkooperative zudem die private Erasmusschule im Frankfurter Westend. Faktisch eine Privatschule für die Kinder von Beschäftigten der KFW-Bank (Kreditanstalt für Wiederaufbau), markierten dieses Projekt und seine Durchsetzung gegen den Willen zahlreicher Beschäftigter die endgültige Abkehr von der bisherigen Betriebsidentität. Die mit der Vorfinanzierung der Privatschule verbundenen Kosten spitzten die ökonomischen Probleme des Vereins zu, was wiederholt mittels Gehaltskürzungen auf die Beschäftigten abgewälzt wurde.

Der Strukturwechsel vom selbstverwalteten Betrieb hin zum mittelständischen Unternehmen, dessen Geschicke in den Händen eines geschäftsführenden Vorstands liegen, der – von immer weniger Vereinsmitgliedern bestimmt – in autokratischer Weise seine Interessen verfolgte, trieb viele engagierte Beschäftigte aus dem Betrieb. Opposition und Organisierung von Widerständigkeit formierten sich innerbetrieblich um den Betriebsrat herum. Etwa 30 bis 40 Leute, MitstreiterInnen der Gründungsjahre, aber auch später dazugestoßene, nicht selten mit politischen Erfahrungen aus den Kämpfen der sozialen Bewegungen versehene AktivistInnen, bildeten und bilden weiterhin einen engagierten Kern der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten.

2010: Arbeitskämpfe für mehr Kohle und gegen den autoritären Chef

Den materiellen Ausgangspunkt des Kampfes um einen Tarifvertrag, der seit Frühjahr 2010 innerhalb der Lehrerkoop ausgetragen wurde, bildeten die Erfolge der KollegInnen im öffentlichen Dienst. Dort hatten ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen 2009 spürbare Gehaltserhöhungen erstreikt. Die erreichten Lohnabschlüsse schlugen sich auch in erhöhten Zuschüssen an »freie« Träger, wie die Lehrerkoop, nieder. Sie wurden aber an die Beschäftigten der Kooperative nicht weitergegeben. Im Gegenteil: Es kam zu Lohnkürzungen. Denn eine »Notfallklausel« ermöglicht der Geschäftsführung bei »wirtschaftlicher Notlage« den Einbehalt von 50 Prozent des Weihnachtsgeldes. Der Notfall wurde Alltag, die Beschäftigten der Lehrerkoop guckten seitdem in die Röhre. Der Frust über die materielle Schlechterstellung (der Gehaltsunterschied zu den städtischen KollegInnen beträgt für langjährig Beschäftigte mehrere hundert Euro) wurde verstärkt durch die bemerkenswerte Ignoranz der Geschäftsleitung. Dieser gelang es, zielsicher in jedes selbst aufgestellte Fettnäpfchen zu treten: miese Informationspolitik bis hin zur offenen Lüge, zur Schau gestelltes Desinteresse an den Interessen der Beschäftigten, willkürliche Per-

Exzellenz-Initiative

ver.di und GEW koordinieren tarif- und hochschulpolitische Forderungen

Mal keine Tarifkonkurrenz, sondern tous ensemble: Bei der laufenden Tarifrunde der Länder für den Öffentlichen Dienst haben ver.di und GEW beschlossen, im hochschulpolitischen Bereich gemeinsame Sache zu machen. Eine weitere Rarität: Mit der Forderung nach einem Sockelbetrag von 50 Euro (zzgl. drei Prozent Lohnerhöhung) wird die alte, aber selten praktizierte Festgeldforderung auf die Verhandlungsbühne gehoben. Und noch eine Besonderheit: Mit ihrem von rund 6 000 WissenschaftlerInnen unterzeichneten »Templiner Manifest« im Rücken ruft die GEW zu Streiks in den Wissenschaftsinstitutionen auf. Begründung: Für die Wahrnehmung der wachsenden Anforderungen, u.a. die Gewährleistung des Rechts auf Bildung, fänden die dort Beschäftigten »keine aufgabengerechten Bedingungen« mehr vor (Templiner Manifest, September 2010). Zu den Hintergründen dieser längst überfälligen ›Empörung‹ und den tarifpolitischen Forderungen im Einzelnen:

Die Zahl der Studierenden steigt: Im Wintersemester 2010/2011 lag sie mit rund 2,2 Millionen um fünf Prozent über dem Stand des vorhergehenden Wintersemesters (PM des Statistischen Bundesamtes, 24. November 2010). Auch für das kommende Semester werden, u.a. wegen der doppelten Abiturjahrgänge, wiederum steigende Zahlen erwartet. Trotz des für 2015 prognostizierten vorübergehenden Rückgangs von Studierendenzahlen aufgrund geburtenschwächerer Jahrgänge geht die GEW davon aus, dass die Hochschulen bis 2025 rund »30 000 Beschäftigte im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich, davon gut 16 000 ProfessorInnen« einstellen müssten, allein um den Status Quo der Betreuungsrelation von Lehrenden und Studierenden zu halten, so das Ergebnis einer Studie am Wissenschaftszentrum Berlin (GEW-Pressemitteilung vom 21. Januar 2010). Noch gar nicht berücksichtigt seien dabei die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Betreuungsrelation, die einen darüber hinaus weisenden »nachhaltigen Einstellungsbedarf« an Wissenschaftlern rechtfertigen würden (ebd.).

Vor diesem Hintergrund setzt sich die GEW für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen insbesondere des wissenschaftlichen Lehrpersonals ein. Dabei geht es nicht nur um die Höhe der Löhne und tarifliche Entgeltsteigerungen, sondern auch um qualitative Dimensionen von Tarifpolitik: Viele Beschäftigte werden vom Tarifvertrag der Länder gar nicht erfasst – hier sind erstmalige Tarifierungen einer Reihe von Lehrkräften (u.a. wissenschaftliche Hilfskräfte, studentische Beschäftigte, Lehrbeauftragte) und eine entsprechende Entgeltordnung gefordert. Darüber hinaus soll die Situation durch eine sogenannte »Entfristungsoffensive« verbessert werden. Laut einer Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) vom November 2010 ist die berufliche Situation von NachwuchswissenschaftlerInnen durch ein hohes Maß

waltung in die

in Frankfurt/Main vor dem Aus

sonalmaßnahmen, Jähzorn und persönliche Diffamierung aufmüpfiger KollegInnen.

Im März 2010 kam es zu einer ersten Kette von Warnstreikaktionen. Einzelne Projekte streikten tageweise, am abschließenden gemeinsamen Streiktag demonstrierten rund 100 Streikende vor der Geschäftsstelle im Ökohaus in Frankfurt-Bockenheim. Die Lokalpresse berichtete, und die Elternschaften der bestreikten Kitas drangsalierten die Geschäftsstelle mit Solidaritätsbekundungen zum Arbeitskampf. Die Geschäftsleitung sah sich schließlich gezwungen, Tarifverhandlungen aufzunehmen, brachte in diese allerdings nur eine demonstrative Hinhaltetaktik ein und versuchte so die Dynamik des Konflikts zu brechen. Dem Ziel der Streiks (Tarifvertrag statt Betriebsvereinbarung zur Gehaltsstruktur, Wegfall der Gehaltskürzungsmöglichkeiten, höhere Einkommen auf dem Niveau des Öffentlichen Dienstes) war man somit auch nach zehn Verhandlungsrunden nicht näher gekommen. Die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen – Mitglieder von GEW und ver.di, die bei der Lehrerkoop erfreulicherweise aufs Engste kooperieren – beschlossen daraufhin, mit erneuten Warnstreiks noch vor Weihnachten nachzulegen.

Im Unterschied zur ersten Streikwelle wurden nun auch die städtischen Geldgeber, vor allem das Schuldezernat, deutlicher in die Proteste miteinbezogen. Die abschließende Kundgebung am 10. Dezember vor dem Frankfurter Stadtschulamt stellte dort auch die Forderung nach einem Tarifvorbehalt bei der Auftragsvergabe in den Fokus. Die Stadt als Zuwendungsgeber solle Aufträge nur an diejenigen freien Träger vergeben, die auch tarifgerecht entlohnen. Die Schuldezernentin Ebeling (Grüne) erklärte sich zwar für nicht zuständig, begann sich aber erstmals öffentlich von der Geschäftsführung der Lehrerkoop zu distanzieren: Auskömmliche Löhne seien durch die städtischen Zuwendungen ermöglicht, das Unternehmen werde nur chaotisch geführt.

Insolvenz und Bilanzschwindel

Dann überschlugen sich die Ereignisse, und noch am 23. Dezember erklärte die Geschäftsführung die Insolvenz wegen drohender Zahlungsunfähigkeit. Es habe sich herausgestellt, das die Bilanz des Jahres 2008 um rund eine Million Euro geschönt worden sei, eine Buchhalterin trage die Verantwortung. Der Verein sei überschuldet, und es drohe die Zahlungsunfähigkeit.

Damit verlor die Tarifauseinandersetzung schlagartig an Bedeutung. Unsicherheit und Angst vor Arbeitsverlust beherrschten viele Beschäftigte. Diese Ängste traten für die Masse der Festangestellten jedoch zunehmend in den Hintergrund, je klarer wurde, dass die deutliche Mehrheit der Projekte keineswegs von Schließung bedroht ist. Unter den 250 Honorarkräften, die im Unterschied zu den Festangestellten kein Insolvenzgeld beanspruchen können und deswegen auch Hauptleidtragende der Insolvenz sind, entstand eine Selbstorganisierung, die ihren öffentlichen Ausdruck bisher in einer kleinen Demo auf dem Frankfurter Römer fand.

Die Insolvenz beschleunigte zuallererst den vollständigen Legitimitätsverlust des Geschäftsführenden Vorstands. Auf einer Betriebsversammlung wurden Rücktrittsforderungen von weit über 200 Beschäftigten heftigst beklatscht. Städtische VertreterInnen betonten zudem wiederholt, dass eine Restrukturierung des Vereins nur ohne die bisherige Führungsriege denkbar sei. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich mit Sicherheit nur sagen, dass die alte Geschäftsführung in der Zukunft keine Rolle mehr spielen wird. Ansonsten ist die Situation als reichlich unübersichtlich zu bezeichnen: Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Unterschlagung; die Buchhaltungsunterlagen einer Service-Tochtergesellschaft der Lehrerkoop haben sich in Luft ausgelöst; unklar ist, welche weiteren Ungereimtheiten noch auftauchen bzw. aufgeklärt werden.

Zusammenbleiben & Zusammenhalten!

Bis Ende Februar dauert das Insolvenzeröffnungsverfahren noch an. Am 1. März wird der vorläufige Insolvenzverwalter zum Geschäftsführer und wird sodann in kurzer Zeit den Betrieb entweder als Ganzes oder aufgeteilt an Interessenten übertragen. In dieser Lage versuchen einige Leute, Teile des Betriebes auszulösen und in eigener Regie weiterzuführen. Die Leitungen der zwei größten Bereiche (Kitas und Familienhilfe) betreiben eine Politik der Abspaltung und setzen sich so in Widerspruch zum Votum »Zusammenbleiben & Zusammenhalten!« der oben erwähnten Betriebsversammlung. Auch der Elternverein der privaten Erasmusschule versucht seine Schäfchen ins Trockene bringen und propagiert die Ausgründung. Warum auch nicht? Schließlich ist die dreijährige Phase der Vorfinanzierung auf Kosten der Koopbeschäftigten abgeschlossen, mit der daraus mitverursachten Insolvenz will man nichts mehr zu tun haben.

Betriebsrat und gewerkschaftliche Betriebsgruppen favorisieren unterdessen einen Neuanfang, der alle Einrichtungen umfasst. Eine transparente Rechtsform soll erarbeitet werden, in der die Gesamtheit der Projekte in einem Betrieb weitergeführt werden kann. Diese neue Betriebsstruktur soll größtmögliche Kontrolle einer in Zukunft professionellen Geschäftsführung gewährleisten. Kein Zurück zu den Anfängen der Selbstverwaltung bei der Lehrerkoop, da deutlicher an Delegierung orientiert. Wohl aber ein Schritt hin zum Ziel, die Gesamtheit der Projekte zu erhalten, somit weniger gut finanzierte Einrichtungen vor Kürzungen oder gar Schließungen zu bewahren und die Zukunft des Unternehmens wieder mehr in die eigenen Hände zu nehmen. Eine der ersten Aufgaben dieses Unternehmens bestünde darin, mit einem Tarifvertrag zu ermöglichen, dass nicht nur besser bezahlt wird, sondern auch eine Ankoppelung an die Arbeitskämpfe im Öffentlichen Dienst stattfindet.

An die Stadt wird die Forderung gestellt, sich an einem solchen Modell zu beteiligen oder es anderweitig zu unterstützen und somit auch Verantwortung für das eigene Versagen zu übernehmen. Schließlich wurde die aberwitzige Finanzpolitik der Vereinsspitze nicht unterbunden und tatenlos zugesehen, wie die Beschäftigten, die in Kernaufgaben städtischer Infrastruktur arbeiten, um ihr Geld gebracht wurden. Der Schuldezernentin ist das Thema im Vorfeld der Kommunalwahlen Ende März reichlich unangenehm. Das erhöht die Gefahr einer schnellen »Lösung« per Betriebszerschlagung und Aufteilung der Projekte an andere Träger. Es ermöglicht andererseits aber auch Handlungsoptionen, die momentane öffentliche Aufmerksamkeit zu nutzen und einen größeren Druck auszuüben.

Perspektivisch wird es darüber hinaus auch darum gehen müssen, verallgemeinerbare Forderungen zu entwickeln und zu vertreten, die auf eine Verbesserung für die Beschäftigten der freien Träger insgesamt abzielen. Eine zentrale Bedeutung könnte dabei der bereits erwähnten Forderung eines Tarifvorbehalts zukommen. Von vielen KollegInnen und Betriebsräten anderer Träger erfuhren die Streikenden der Lehrerkoop im letzten Jahr Solidarität und Ermutigung. Eine engere, regelmäßige Vernetzung auf Betriebsräteebene verschiedener Träger deutet sich inzwischen an und könnte ein wichtiger konkreter Schritt in Richtung gemeinsamer betriebsübergreifender Diskussion und Aktion sein.

charly brown

** Der Beitrag ist der swing, Nr. 167, vom Februar 2011 entnommen. Wir danken für die freundliche Nachdruckgenehmigung*

Regierungsgebäude, Kapstadt, Südafrika

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

www.graswurzel.net

Probeheft kostenlos. Abo: 30 Euro (10 Ausgaben)
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim. Tel.: 02440/959-250, Fax: -351, abo@graswurzel.net

GWR Nr. 356, Feb.: Umwälzung in Tunesien; Griechenland: Kein Geld, keine Müllabfuhr, keine Fähre – aber Lob vom IWF; Nachrichten-Dienste für die Atomindustrie; Zensus 2011, Die schönste politische Idee, die je erdacht wurde: Anarchie; Antimilitaristische Strategien; WikiLeaks-Diskussion, u.v.m.

von Unsicherheit gekennzeichnet: Einer Zunahme von Projektförderung statt Grundfinanzierung korrespondiert demnach eine Zunahme von befristet Beschäftigten (etwa 70 Prozent im universitären Mittelbau). Deren Vertragslaufzeiten liegen im Schnitt bei 27 Monaten – bei einer absoluten Beschränkung befristeter Verträge auf zwölf Jahre gemäß Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Nur 56 Prozent der Beschäftigten arbeiten auf Vollzeitstellen, der Rest auf nominellen Teilzeitstellen, für die nur in Ausnahmefällen klare Arbeitszeitregeln vereinbart sind (vgl. »Wissenschaftliche Karrieren«, Hannover 2010, S. 2f., 13) All diese Elemente sollen in der Tarifrunde 2011 Gegenstand sein – wir dokumentieren im Folgenden den Forderungsstand der GEW:

Am 14. Dezember 2010 haben die Gewerkschaften für den Öffentlichen Dienst ihre gemeinsamen Forderungen zur Tarif- und Besoldungsrunde 2011 vorgestellt. In den anstehenden Verhandlungen geht es um die Gehälter von ca. 700 000 ArbeitnehmerInnen im Bereich des Tarifvertrages für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) – außer in Berlin und Hessen [beide Länder sind aus der Tarifgemeinschaft ausgestiegen; Anm. d. *express*] –, darunter die Beschäftigten der Hochschulen sowie der überwiegend von den Ländern finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Die Gewerkschaften fordern auch die Übertragung des Tarifergebnisses auf die BeamtInnen der Länder und Kommunen. Die GEW hatte die Forderungen bereits am 6. Dezember 2010 beschlossen und in die gemeinsamen Beratungen mit den anderen Gewerkschaften im Bereich des Öffentlichen Dienstes eingebracht.

Spürbare Einkommensverbesserung

Die Gewerkschaften wollen das Tabellenentgelt um einen Sockelbetrag in Höhe von 50 Euro und drei Prozent erhöhen. Das entspricht einer durchschnittlichen Erhöhung über alle Entgeltgruppen und Stufen hinweg von 5,1 Prozent – und folgt damit dem Beschluss der Bundestarifkommission der GEW. Von dem geforderten Sockelbetrag würden die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen mehr profitieren als die in den oberen. Für eine/n Erzieher/in in der Entgeltgruppe 6 (Stufe 3) bedeutet dies eine Erhöhung des Bruttoeinkommens um 5,3 Prozent. Dagegen würde die Erhöhung für eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in der Entgeltgruppe 13 je nach Stufe zwischen 4,2 und 4,7 Prozent betragen.

Einkommen von Beamten erhöhen

Die Gewerkschaften haben die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses auf BeamtInnen gefordert. Betroffen davon wären an den Hochschulen insbesondere ProfessorInnen, JuniorprofessorInnen sowie verbeamtete Lehrkräfte für besondere Aufgaben und Akademische Räte.

Lehrkräfte für besondere Aufgaben: Entgeltordnung durchsetzen

Die Gewerkschaften fordern, in der Tarifrunde 2011 eine Entgeltordnung zum TV-L zu vereinbaren.

Bis heute gibt es keine Länder-Entgeltordnung, die Beschäftigten werden auf Basis der alten Vergütungsordnung zum BAT (Anlage 1a) eingruppiert. Das betrifft auch die angestellten Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Hochschulen, deren Eingruppierung nicht tariflich geregelt ist, sondern wie die der angestellten LehrerInnen an Schulen einseitig durch den Arbeitgeber (sogenannte Lehrer-Richtlinien der Länder) festgesetzt wird.

Die GEW-VertreterInnen haben sich in der Bundestarifkommission von ver.di erfolgreich für die Forderung nach Abschluss einer Entgeltordnung – mit der erstmaligen Tarifierung der Eingruppierung von Lehrkräften an Schulen und Hochschulen – eingesetzt.

Im Rahmen einer Entgeltordnung für Lehrkräfte an Schulen und

Fortsetzung auf Seite 8 unten

Regeln brechen

Quellen der Macht – ein Gespräch mit Frances Fox Piven

In den letzten Jahren sind die Arbeiten von Frances Fox Piven (geb. 1932) und Richard A. Cloward (1926-2001) vor dem Hintergrund der globalen Krise wieder auf mehr Beachtung gestoßen. Insbesondere ihre 1977 veröffentlichte Studie »Poor People's Movements: Why They Succeed, How They Fail«, die 1986 auf Deutsch unter dem Titel Aufstand der Armen *erschien, stößt auf Interesse, weil sie in historisch-analytischer Weise auf zentrale Fragen der Entstehung, des Verlaufs und möglichen Erfolgs sozialer Bewegungen eingeht, die ab 2008 eine neue Aktualität erhalten haben.[1] Im Juni 2009 war Frances Fox Piven in Deutschland und sprach auf der Konferenz »Class in Crisis. Das Prekariat zwischen Krise und Bewegung«, die am 19./20. Juni von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin durchgeführt wurde, zum Thema »Gewerkschaftskämpfe zwischen Entsolidarisierung und neuer Solidarität«.[2] Am 22. Juni 2009 kam sie auf Einladung der »Stiftung W.« nach Wuppertal, und im Anschluss an ihren Vortrag über »Armutspolitik in Krisenzeiten« hatten wir, Cecil Arndt (CA) und Christian Frings (CF), Gelegenheit ein Interview mit ihr zu führen.*

In den USA ist Frances Fox Piven zur Zeit einer regelrechten Hetzkampagne durch den rechtsextremen Propagandisten Glenn Beck ausgesetzt, der in den Fox News *als Sprachrohr der* Tea-Party *wirkt. Nachdem Beck und andere Konservative schon seit Jahren in verschwörungstheoretischer Manier die »Piven-Cloward-Strategie« für den ökonomischen Niedergang der USA bis hin zum Wahlsieg Obamas verantwortlich machen, lieferte ein kurzer Artikel von Piven im linken Magazin* The Nation *vom 22. Dezember 2010 zu den Perspektiven einer Arbeitslosenbewegung in den USA[3] (siehe die Übersetzung unten) den Anlass für Beck und* Fox News*, die Angriffe auf sie zu intensivieren. Die Folge war eine zunehmende Flut von Morddrohungen, die vor dem Hintergrund des Anschlags auf die Abgeordnete Gabrielle Giffords vom 8. Januar 2011 ein neues Gewicht bekommen. Die Herausgeber von* The Nation *haben sich in der Ausgabe vom 7. Februar 2011 demonstrativ hinter Frances Fox Piven gestellt und die Drohungen gegen sie öffentlich gemacht.[4] Obwohl sie Frances Fox Piven Angst machen, sieht sie auch die gute Seite daran: In den letzten Tagen konnte sie Zeitungen Interviews geben und im Fernsehen auftreten, um ihren Standpunkt zu vertreten. »Immerhin haben wir jetzt ein Megaphon« sagte sie dem* Guardian.[5]

***CA:** Könntest du dich einem Publikum vorstellen, das noch nicht von dir gehört hat?*

Frances Fox Piven (FFP): Ich unterrichte an der New Yorker Graduiertenfakultät in den Fächern Soziologie und politische Wissenschaft und betreue StudentInnen, die ihre Doktorarbeit schreiben – eine Arbeit, die mir sehr gefällt. Außerdem schreibe ich Bücher, die meisten über soziale Bewegungen, über Sozialpolitik und über das Wahlsystem, insbesondere darüber, wie die gesetzlichen Regeln in den USA dazu führen, dass die arme Bevölkerung und Minderheiten bei den Wahlen unterrepräsentiert sind. Außerdem bin ich seit Beginn meines Arbeitslebens auch eine Aktivistin gewesen. In den 1960er-Jahren habe ich zunächst mit Mieterbewegungen zusammengearbeitet und dann für längere Zeit mit den Bewegungen, die von Müttern ausgingen, die Sozialhilfe bezogen. Diese Frauen waren extrem arm, die meisten von ihnen – nicht alle – waren schwarz oder Latinas.

***CF:** So weit ich deine Schriften kenne, enthalten sie einen grundlegenden Optimismus. Erst kürzlich hast du in einem Aufsatz die Frage »Kann die Macht von unten die Welt verändern?« durchaus positiv beantwortet.[6] Was sind die theoretischen und praktischen Quellen dieses Optimismus?*

FFP: Nun, ich denke, es gibt eine herkömmliche und vorherrschende Theorie der Macht, also dazu, wie einige Leute andere Menschen selbst gegen deren Widerstand dazu bringen können, sich gemäß ihren Zielen zu verhalten. In dieser Theorie beruht Macht auf Ressourcen: Einige Leute haben bestimmte persönliche Eigenschaften wie Überzeugungskraft oder eine dominierende Persönlichkeit, oder sie verfügen über Vermögen, haben die Kontrolle über Arbeitsplätze, können Profit machen oder sind im Besitz der Gewaltmittel, der Maschinengewehre, und können damit andere Menschen dazu bringen, das zu tun, was sie wollen. Auf diese Weise wird normalerweise in der Soziologie Macht betrachtet. Ich denke, in vielen Fällen trifft das zu und kann ganz gut erklären, warum einige Menschen andere herumstoßen können. Aber diese Erklärung von Macht funktioniert nicht immer! Es gibt Beispiele in der Geschichte, in denen Leute, die über nichts von all dem verfügen, trotzdem in der Lage waren, die über ihnen Stehenden dazu zu bringen, ihre Forderungen wahrzunehmen und auf diese einzugehen. Seit Menschengedenken hat es solche Situationen gegeben. Sie sind selten, und es ist wichtig zu verstehen, warum sie so selten sind – aber wir müssen auch verstehen, wie es überhaupt zu ihnen kommen kann. Ich denke, es liegt daran, dass es noch eine ganz andere Art von Macht gibt. Und diese andere Art von Macht hat etwas mit den Systemen der Kooperation zu tun, die letzten Endes Gesellschaft ausmachen. Gesellschaft ist ein komplexes kooperatives Unterfangen. Fast jede und jeder in der Gesellschaft ist in diese komplizierte Anordnung von Kooperationssystemen eingebunden.

Normalerweise profitieren einige wenige von diesen Systemen der Kooperation – so hat die Kirche ihre Priester und Prediger; *und* sie hat Gläubige, die in die Kirche gehen und ihren Obulus in die herumgereichten Spendenteller legen. Das Wichtigste aber, was sie beisteuern, ist ihre Ehrfurcht und ihr Glaube. Wenn sie diesen Glauben verweigern, steckt die Kirche in ernsthaften Schwierigkeiten – niemand kommt mehr am Sonntag. Dann gibt es keine Kirche mehr. Andere Beispiele der Kooperationsverweigerung sind dramatischer: Verweigerung der Bauern, die Felder zu bestellen, oder die Verweigerung von ArbeiterInnen, an die Maschinen oder das Fließband zu gehen, oder die Verweigerung von SchülerInnen, ihre Rolle zu spielen, die darin besteht, zur Schule zu gehen, zuzuhören und »ja, ja, ja« zu sagen.

Es fällt den Leuten schwer, diese Art von Macht überhaupt wahrzunehmen und zu erkennen, dass sie selber eine wichtige Rolle spielen. Es ist sehr schwierig für sie, diese Form der Macht zu nutzen/auszuüben, weil diese Macht von unten – ich nenne sie die Macht der wechselseitigen Abhängigkeit (*»interdependent power«*) – nur kollektiv mobilisiert werden kann. Eine Schülerin alleine kann die Schule nicht dichtmachen. Außerdem steckt jede und jeder von uns in vielfältigen Beziehungen. SchülerInnen gehen zur Schule und haben Beziehungen zu ihren Lehrern, der Schulverwaltung usw. Aber zugleich gehören sie zu einer Familie, sind vielleicht in einer Kirchengemeinde aktiv oder Mitglied einer politischen Partei ... Und diese anderen Einflüsse verhindern normalerweise offenen Ungehorsam, wie er für die Nutzung/Ausübung dieser auf wechselseitiger Abhängigkeit beruhenden Macht erforderlich ist. Ein Beispiel, das mir dazu immer einfällt, ist die Rolle der methodistischen Kirche in England zur Zeit der ersten Streiks in der Textilindustrie: Die Priester weigerten sich, die im Verlauf dieser Streiks getöteten ArbeiterInnen auch nur zu beerdigen – was damals für die Leute bedeutete, dass ihre Seelen der ewigen Verdammnis preisgegeben waren. Das heißt, ihre Beziehung zur Kirche untergrub ihre Fähigkeit, die Macht zu nutzen, die sich aus ihrer Beziehung zu den Unternehmern ergab. Ein weiterer Grund, warum es schwer fällt, diese Macht zu aktivieren, sind natürlich die familiären Beziehungen. Sie halten die Menschen ständig davon ab, ihr Beschäftigungsverhältnis zu stören, weil sich das negativ auf das Familieneinkommen auswirken könnte.

Aber der allerwichtigste Grund dafür, warum es so schwer fällt, diese Art von Macht auszuüben oder sie überhaupt zu erkennen, besteht meiner Ansicht nach darin, dass die Menschen in einem System von Regeln leben.[7] Viele dieser Regeln sind einfach notwendige Momente eines kollektiven Zusammenlebens: Du sollst das Auto anhalten, wenn die Ampel rot ist, oder du solltest etwas zu einer bestimmten Zeit machen, damit es mit anderen Leuten koordiniert werden kann. So denken Soziologen über Regeln nach. Aber es gibt eine Menge von Regeln, bei denen es nicht einfach darum geht, kollektives Leben und Kooperation möglich zu machen, sondern darum, die Kooperation von subalternen Gruppen zu erzwingen. Am deutlichsten ist das in der Geschichte des Arbeitsrechts zu erkennen, das in England und den USA von den Gerichten lange Zeit als das Recht eines Dienstverhältnisses, eines Verhältnisses von Herr und Knecht, im Sinne des bürgerlichen Rechts interpretiert wurde. So wurde auch die Monopolgesetzgebung in den USA an der Wende zum 20. Jahrhundert nicht als ein Mittel zur Kontrolle von Großunternehmen betrachtet, sondern als ein weiteres rechtliches Instrument zur Zerschlagung von Gewerkschaften und zur Verhinderung von Streiks.

***CF:** Aber wenn es so schwierig ist, die Regeln zu brechen und diese latente Macht der Abhängigkeit zu mobilisieren, warum bist du dann immer noch optimistisch, dass diese Macht eingesetzt werden kann?*

FFP: Weil es manchmal doch passiert.

***CF:** Ich habe den Eindruck, es beruht nicht nur auf deinen theoretischen Überlegungen, sondern auch darauf, dass du dein ganzes Leben mit solchen Bewegungen in Kontakt warst ...*

FFP: Ja, das stimmt! Ich habe immer mit Bewegungen zusammengearbeitet, und manchmal habe ich versucht, sie in Gang zu bringen. Lange Zeit habe ich nicht so sehr an einer Bewegung, sondern an einer Kampagne zur Reform des Wahlrechts mitgearbeitet. Denn ich denke, es gibt da eine Menge Unterströmungen, die angezapft werden können, wenn das politische Regime auf die Unterstützung großer Gruppen aus den Unterschichten angewiesen ist. In der modernen Zeit besteht eine Wechselwirkung zwischen dieser Macht von unten und dem Wählerverhalten. Es ist für die Leute dadurch viel leichter zu sehen, dass sie einen wichtigen Beitrag leisten. Außerdem denke ich, dass es fast völlig verborgene Kulturen unter den Menschen gibt, in denen *ihre* Beiträge zur

---

Fortsetzung von Seite 7 unten

Hochschulen fordert die GEW auch die gleiche Bezahlung von Lehrkräften an ost- und westdeutschen Fachhochschulen. Es ist nicht hinzunehmen, dass 20 Jahre nach der staatlichen Einheit Lehrkräfte für besondere Aufgaben an Hochschulen in den neuen Ländern deutlich niedriger eingruppiert werden als ihre KollegInnen in den alten Ländern.

Im gemeinsamen Forderungsbeschluss der Gewerkschaften sind auch die Forderungen der GEW, die den Hochschulbereich betreffen, aufgenommen worden:

Ausweitung des Geltungsbereichs
Die Gewerkschaften fordern, den persönlichen Geltungsbereich des TV-L auf die künstlerischen Lehrkräfte an Kunst- und Musikhochschulen und auf die wissenschaftlichen Hilfskräfte auszudehnen. Diese Gruppen sind bisher aus dem Geltungsbereich des TV-L ausgeschlossen.

Befristungsunwesen eindämmen
Weiter fordern die Gewerkschaften, dass die Tarifvertragsparteien dem Anstieg von befristeten Arbeitsverhältnissen in Hochschule und Forschung wirksam gegensteuern. Der Anteil der befristet Beschäftigten unter den wissenschaftlichen Angestellten steigt stetig an. Kamen 2005 bei den wissenschaftlichen Angestellten an Hochschulen auf einen unbefristet Beschäftigten vier befristete Beschäftigte, betrug das Verhältnis 2009 schon 1:7. Dabei haben die Tarifpartner bei Abschluss des TV-L 2006 dafür bereits Vorkehrungen getroffen. In einer Niederschriftserklärung zu den von den Gewerkschaften durchgesetzten Sonderregelungen für Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen (§ 40 TV-L) heißt es: »Die Tarifvertragsparteien erwarten eine verantwortungsbewusste Handhabung der Befristungen im Wissenschaftsbereich.«

Die GEW meint: Wann, wenn nicht jetzt, sollten die Arbeitgeber auf diese Vereinbarungen zurückkommen und wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Befristungsunwesens ergreifen?

Damit haben die Gewerkschaften eine zentrale Forderung des von der GEW vorgelegten »Templiner Manifests« zur Reform von Personalstruktur und Berufswegen in Hochschule und Forschung in die Tarifrunde eingebracht (siehe www.templinermanifest.de). Daueraufgaben müssen auf Dauerstellen erfüllt werden, der Wissenschafts-Nachwuchs braucht verlässliche berufliche Perspektiven. (...)

Unterstützen Sie diese Forderungen der GEW und unterzeichnen Sie das Templiner Manifest unter www.templiner-manifest.de

Quelle: GEW-Tarifinfo Nr. 12, Januar 2011

Sprache kommen. Wenn Frauen untereinander reden, dann sprechen sie trotz ihrer untergeordneten Stellung darüber, was *sie* alles »für den Hurensohn« getan haben. In meinem Vortrag habe ich etwas über die Arbeiterlieder erzählt. Da findest du immer wieder diese Aussage: »Wir haben es getan, wir haben dieses Land aufgebaut«. Oder James Scott, der Autor von »Weapons of the Weak« – ich glaube im Moment arbeitet er in Birma –, schreibt darüber, was Frauen, arme Bäuerinnen (in Malaysia) in der Küche reden. Hinter dem Rücken des reichen Bauern erzählen sie sich Witze und Geschichten, die davon handeln, was *sie* alles tun.[8]

Du sagst, ich sei optimistisch. Ich bin auch pessimistisch. Wer könnte nicht pessimistisch sein angesichts der Tatsache, dass dermaßen viel erforderlich ist, damit normale und vor allem arme Menschen den Einfluss ausüben können, der ihnen angeblich durch die demokratischen Normen garantiert wird.

CF: *Ja, aber aus deinen Schriften spricht ein gewisses Vertrauen in die Fähigkeit der Armen, dieses Störpotential einzusetzen.*

FFP: Dieses Vertrauen habe ich tatsächlich. Aber zugleich ist mir klar, dass es enormen Mut und Willensstärke braucht und mit einem nicht zu unterschätzenden Risiko verbunden ist, diese Macht einzusetzen.

CF: *In* »Aufstand der Armen« *von 1977 habt Ihr Euch sehr kritisch mit der weit verbreiteten Vorstellung auseinandergesetzt, durch Massenorganisationen könne diese Macht mobilisiert werden. In einer Erwiderung auf Kritik an dem Buch habt ihr 1984 dargelegt, warum Ihr das Buch geschrieben habt.*[9] *Ein Grund sei gewesen, dass Ihr in den Bewegungen gesehen habt, dass viele Leute sich anders verhielten: Sie wollten keine Massenorganisationen aufbauen, sondern stützten sich auf direkte Aktionen, Unruhe auf der Straße usw. Aber Ihr hattet den Eindruck, dass sie das nicht theoretisch ausdrücken konnten, und habt daher diese Studie geschrieben. Ich denke, das hatte einigen Einfluss und hat Leute darin bestärkt, eine Alternative zu formellen Massenorganisationen zu formulieren, oder?*

FFP: Genau das haben wir versucht. »Aufstand der Armen« entstand aus unserer Arbeit mit *»Organizern«* in der Mieterbewegung Ende der 1960er-Jahre und in den Kämpfen um Sozialhilfe. Eine Zeitlang haben wir mit diesen *Organizern* zusammengearbeitet, zuerst bei Mieterkämpfen und dann vor allem in der Bewegung der SozialhilfeempfängerInnen. Wir hatten eine »Krisentheorie«, wie sich das Einkommenssystem in den USA verändern lassen könnte – damals, als die Demokraten an der Macht waren und die Städte von Riots erschüttert wurden.[10] Die *Organizer*, mit denen wir zusammenarbeiteten, waren der Auffassung: Wenn wir erst einmal die Organisation aufgebaut haben, dann können wir die Massenmobilisierung herbeiführen, um sowohl im System der Sozialleistungen wie im politischen System auf regionaler und auf Bundesebene und in der demokratischen Partei Störungen herbeizuführen. Am Anfang waren wir uns nicht sicher und arbeiteten auch daran mit, die Organisation aufzubauen. Aber dann wurde uns klar, welche Rolle die Organisation spielte. Schon auf der lokalen Ebene wurde das zum Problem. Denn die Leute, die zu Angestellten der kleinen lokalen Organisationen geworden waren, wollten nicht noch mehr neue Leute. Sie sahen darin eine Gefahr für sich. 1971 hatten wir ein bundesweites Treffen der *welfare-rights*-Organisationen, und zu dem Treffen luden die Frauen, die es organisierten, viele Präsidentschaftskandidaten ein, kümmerten sich um einen Abschlussball usw. (lacht). Aber während dessen redete niemand mehr von der lokalen Organisierung. Da war es uns klar. Du konntest es regelrecht sehen, Tag für Tag, wie der Versuch, die Organisation aufzubauen, direkte Aktionen verhinderte. Bei den direkten Aktionen ging es zunächst um ganz unmittelbare Dinge, die Sozialhilfeschecks usw. Aber wir dachten, dass durch diese Aktionen auch politische Reformen angestoßen werden könnten, Reformen eines wirklich schrecklichen Systems! An einigen Punkten kam es auch zu Reformen, denn zumindest für die alten und behinderten Menschen, die in Armut lebten, gab es Verbesserungen. Es kam also zu einigen Reformen – aber nicht für diejenigen, von denen die Unruhe ausgegangen war!

CF: *Hatte* »Aufstand der Armen« *einen Einfluss auf die Bewegung selbst? Hier in Deutschland war das Buch für einige Gruppen von Aktivisten in den 1980er-Jahren geradezu ein Schulungstext. Und der Einfluss des Buchs ist auch heute noch sichtbar, hier wie in den USA. Habt Ihr damals, als es erschien, Diskussionen dazu organisiert?*

FFP: Nein. Sicher, wir hatten es geschrieben, um die *Organizer* zu beeinflussen. Aber auf die damaligen hatte es keinen Einfluss, weil sie sich schon zu sehr dem Aufbau der Organisation verschrieben hatten. Auf die neuen Aktivisten hat es einen gewissen Einfluss gehabt.

CF: *Auf der Konferenz in Berlin, an der du teilgenommen hast, war auch »Organizing« ein Thema. Hier in Deutschland wird gerade sehr viel darüber diskutiert, und manche sehen in den Organisierungskampagnen der SEIU (Service Employees International Union) in den USA eine vorbildhafte Strategie, die die Gewerkschaften auch hier verfolgen sollten. Warst du auch an dieser Diskussion über das Organizing beteiligt?*

FFP: Nein, an dieser Diskussion war ich nicht beteiligt. Ich habe auf der Konferenz der Luxemburg-Stiftung über neue Quellen der Macht gesprochen, die der Arbeiterklasse zur Verfügung stehen. Denn ich kann der These nicht zustimmen, dass die Macht der ArbeiterInnen durch die Globalisierung und postfordistische Produktionsmethoden bedeutungslos geworden sei – im Prinzip hat sich ihre Macht dadurch verstärkt. Es haben sich sehr komplexe Formen der Arbeitsteilung entwickelt, und die Produktionssysteme, die Handelswege und der über das Internet koordinierte Transport sind extrem anfällig geworden. Die auf der wechselseitigen Abhängigkeit beruhende Macht ist heute größer als je zuvor, auch wenn sie nicht in der alten Weise mobilisiert werden kann, weil es nicht mehr diese Massenproduktion gibt.

CF: *Ich frage auch deshalb, weil du dich selber in den Streit um die Politik der SEIU eingemischt hattest. Du warst eine der über hundert WissenschaftlerInnen, die im Mai 2008 den offenen Brief an Andy Stern, den (damaligen) Vorsitzenden der SEIU, unterschrieben hatten, um die drohende Zwangsverwaltung der kalifornischen Krankenhausgewerkschaft UHW zu verhindern.*[11] *Aber darüber hast du in der Konferenz nicht gesprochen?*

FFP: Nein. Das was kein Thema. Viele der Leute in der SEIU kommen aus derselben Tradition der *welfare-rights*-Bewegung. Es gibt dort sogar noch einige, mit denen wir schon in der damaligen Bewegung zusammengearbeitet und mit denen wir uns gestritten haben. Mir gefällt es an der SEIU, dass sie geschickt und aggressiv auftritt. Aber mir gefällt nicht, dass sie ihren Schwerpunkt darauf legt, alles nur Erdenkliche zu tun, um die Organisation zu stärken. Denn das tun sie, egal was es ist: Wenn es ein Deal mit Wal-Mart ist, dann ist es eben ein Deal mit Wal-Mart. Mit ihrem Konzept der Firmenrecherche (*»corporate research«*) wollen sie herauskriegen, wer Druck auf diese Firma ausüben kann: Es können die Investoren sein, es können ihre Partnerfirmen sein, es können Geschäftskunden sein – aber es sind nicht ihre ArbeiterInnen. Wie kann dann dieser Druck im Sinne der ArbeiterInnen genutzt werden? Er kann genutzt werden, um die SEIU zu stärken und die Organisation aufzubauen ...

CF: *In den USA gibt es einflussreiche kritische Positionen zum Organizing, wie das letzte Buch von Kim Moody*[12] *oder das Buch von Dan Clawson* »The Next Upsurge«. *Mir ist aufgefallen, dass sich alle dabei auf* »Aufstand der Armen« *beziehen – es scheint eine Art Klassiker oder Standardwerk der Bewegungsliteratur geworden zu sein.*

FFP: Das wäre schön (lacht). Nun, es ist da, und wir werden sehen, welchen Einfluss es

Fortsetzung auf Seite 10 oben

Parlamentsgebäude, Bukarest

Mobilisierung der Arbeitslosen

Ein Anlass zum Anstoß – von Frances Fox Piven

Der folgende Artikel, im Dezember in der US-Zeitschrift »The Nation« erschienen, provozierte einen ›Aufstand anderer Art‹. Glenn Beck von Fox News sah darin einen Aufruf zur Gewalt und zur Ruinierung des Landes. Beck's verbalen Attacken folgte die Androhung physischer Attacken gegen die Autorin. Wir dokumentieren:

Zum Jahresbeginn 2011 sind in den USA fast 15 Millionen Menschen offiziell arbeitslos; weitere 11,5 Millionen haben sich entweder mit einem Teilzeitjob abgefunden oder die Suche nach einer Arbeitsstelle aufgegeben. Um wieder auf eine Arbeitslosenquote von fünf Prozent wie im Dezember 2007 zu kommen, müssten mehrere Jahre lang monatlich etwa 300 000 neue Jobs geschaffen werden. Nichts deutet darauf hin, dass es dazu in absehbarer Zeit kommen wird. Außerdem trifft die Arbeitslosigkeit die Menschen heute härter, denn sie folgt auf Jahrzehnte stagnierender Löhne und hoher privater Verschuldung, von ausgeschlachteten Pensionskassen und Einschnitten ins Netz der sozialen Sicherheit.

Wo bleiben die wütenden Menschenmengen, die Demonstrationen, Sit-ins und rebellierenden Massen? Nur allzu offensichtlich ist doch die Ungerechtigkeit. Arbeitende Menschen verlieren ihre Häuser und Rentenansprüche, während die Raubritter in den Vorstandsetagen schon wieder Profite und satte Boni einstreichen. Sollten die Arbeitslosen nicht längst auf der Straße sein? Warum verlangen sie nicht bessere soziale Absicherungen und massive Arbeitsplatzprogramme?

Nicht dass es keine politischen Lösungen gäbe. Linke Akademiker mögen über das Ende des US-amerikanischen Imperiums und vielleicht sogar das Ende des neoliberalen Kapitalismus grübeln und könnten damit auf lange Sicht – wer weiß – sogar Recht haben. Aber bevor die Lichter endgültig ausgehen, haben wir sicher noch etwas Zeit, um durch massive Investitionen im Öffentlichen Dienst das von der Großen Rezession verursachte Elend abzumildern; oder um mit dem Einfluss und den Mitteln der Regierung neue Infrastrukturprogramme und ökologische Energieprogramme auf den Weg zu bringen, die vielleicht sogar den Weltuntergang verhindern könnten.

Nichts davon scheint auf der Tagesordnung zu stehen. Stattdessen wird der nächste Kongress auf eine Alice-im-Wunderland-Politik fixiert sein, die mit Steuer- und Ausgabenkürzungen das Haushaltsdefizit verringern soll. Was die Arbeitslosen angeht, kramen rechtsgerichtete Kommentatoren und republikanische Abgeordneten wieder das alte Klischee hervor, die Arbeitslosigkeit werde durch eine zu großzügige Arbeitslosenunterstützung verursacht, mit der fehlende Arbeitsdisziplin und unverantwortliches Verhalten noch belohnt würden. Währenddessen lädt Präsident Obama Unternehmensvorstände zu einem Treffen ins Gästehaus der Regierung ein und bedrängt sie, einen Teil ihrer anwachsenden finanziellen Reserven in wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze – bitte in den USA und nicht in China – zu investieren; eine Geste, die in beängstigender Weise an das Gefasel des in Panik geratenen Herbert Hoover erinnert.

Fortsetzung auf Seite 10 unten

Fortsetzung von Seite 9 oben

hat. Unser Ausgangspunkt war der Streit in der Bewegung um die Rolle der Organisierung. Das war eine ganz unmittelbare Erfahrung. Als die Leute gegen Zwangsräumungen kämpften, liefen die *Organizer* herum und verteilten Mitgliedsanträge. Ich erinnere mich noch daran, als es einen Wahlkampf um den Vorstand der *welfare-rights*-Organisation gab, ein Wettstreit unter Sozialhilfe-Müttern (*welfare-moms*). Die Vorsitzende der Gruppe in New York startete eine Kampagne zur Mitgliedergewinnung: Für einen Dollar Mitgliedsbeitrag könnt ihr bei uns Mitglied werden, dafür werdet ihr an einer Kampagne um Schulkleidung auf den Sozialämtern beteiligt. Im Endeffekt bekam sie für den Dollar viele Mitglieder und wurde Vorsitzende der bundesweiten Organisation – aber diese Kampagne für Schulkleidung gab es nie.

CA: *Du bist jetzt 76 Jahre alt. Trotz all der Rückschläge und Verschlechterungen glaubst du immer noch an die Macht der einfachen Leute ...*

FFP: Ich denke, das ist die einzige Möglichkeit. Ich glaube keineswegs, dass wir zwangsläufig einer glücklichen Zukunft entgegensehen. Wir könnten auch in Barbarei versinken, wenn das US-amerikanische Imperium zusammenbricht; der ganze Planet könnte sich in Rauch auflösen ... all das kann passieren. Aber zugleich glaube ich, wir sollten versuchen, die Barbarei zu verhindern. Zum jetzigen Zeitpunkt sollten wir uns für glaubwürdige Reformen einsetzen, die den Ärmsten der Armen helfen. Wir sollten versuchen, die ökologische Katastrophe zu verhindern. Was sonst sollten wir tun? Dazu gibt es keine Alternative. Und wie dem auch sei, das ist einfach die bessere Art zu leben.

CA: *Aber wie kommen Menschen in Bewegung, und auf welche Ressourcen kann sich die Macht der Subalternen stützen?*

FFP: Ich denke, die wichtigste Ressource von subalternen Gruppen besteht in ihren Fähigkeiten. Diese Gruppen spielen wichtige Rollen in all unseren institutionellen Systemen der Kooperation. Ihre wichtigste Ressource ist die Drohung, diese Kooperation zu verweigern und gegen die Regeln zu verstoßen, die auf ihre Kooperation angewiesen sind. Ihre Ressource ist also, anders gesagt, die Störung der institutionellen Ordnung unserer Gesellschaft. Auf diese Weise konnten untergeordnete Gruppen in der Geschichte hin und wieder Erfolge erzielen. Manchmal waren diese Erfolge nicht von Dauer, und sie mussten erneut ihre Verweigerung androhen. Aber so ist es halt. Ich denke, es ist schwer für die Menschen, das zu tun. Es fällt ihnen schwer, die Regeln zu verletzen, die Risiken einzugehen, dass ihre Lohnzahlungen ausgesetzt werden oder sie die Ausbildung verpassen oder ihre guten Beziehungen zu den Nachbarn gestört werden usw. Das fällt nicht leicht. Und es fällt auch nicht leicht, überhaupt zu sehen, dass du diese Macht hast. In den USA sind die Leute zum Beispiel seit 40 Jahren einem ungeheuren propagandistischen Angriff ausgesetzt, der ihnen ständig sagt, dass sie keinerlei Macht mehr haben, weil die Unternehmer woanders hingehen können, wo die Arbeitskräfte billiger sind.[13]

Das hat die Leute durchaus beeindruckt. Es macht ihnen Angst, sie klammern sich an das Bestehende, sie arbeiten härter. Ich kann mich daran erinnern, wie von den Medien in den 1970er-Jahren ständig gesagt wurde, es gehe den ArbeiterInnen in den USA dermaßen gut, dass sie keine Arbeitsdisziplin mehr hätten. Der Marktanteil der japanischen und deutschen Autos sei größer geworden, weil die amerikanischen Arbeiter so faul geworden wären und daher nur noch schlechte Autos bauen würden. Es wurden tatsächlich schlechte Autos gebaut, was aber nicht an den ArbeiterInnen, sondern an den großen Autokonzernen lag, die die Autos und das Produktionssystem konstruiert hatten. Heute wird in den USA sehr viel länger und härter gearbeitet als im übrigen Westen, in der reichen Welt. Und das liegt zum Teil an der Verunsicherung, die mit diesen Argumenten geschaffen wurde: Die ArbeiterInnen in den USA stünden ohne jeden Schutz in Konkurrenz zu allen anderen ArbeiterInnen auf der Welt, die härter und für weniger Lohn arbeiten. Die meisten sind heute nicht mehr gewerkschaftlich organisiert, und selbst die Organisierten sind ganz schön verprügelt und gedrückt worden, wie etwa die UAW-Mitglieder.

Ich denke, heute kommt es für die arbeitenden Menschen darauf an, dass sie anfangen abzuklopfen, welche neuen Möglichkeiten der Störung durch eben diesen Prozess der Auslagerungen von Produktionsketten und das komplizierte Transport- und Kommunikationssystem, das für die Globalisierung erforderlich ist, geschaffen werden. Das passiert heute viel zu wenig. Die Gewerkschaften versuchen nur, Einfluss auf Wahlen zu nehmen und die Unorganisierten zu organisieren – wobei ich nicht den Eindruck habe, dass sie wirklich sehr hart an dieser Organisierung arbeiten, aber sie sagen, dass sie es tun. Wirklich hart arbeiten sie daran, eine Rolle in den Wahlkampagnen zu spielen. Und das hat nichts damit zu tun, das mögliche Störpotential zu aktivieren, das sich aus den neuen Produktionssystemen ergibt.

Modellansicht des geplanten Regierungsviertels in Tripolis, Libyen

CA: *Diese Verunsicherung, von der du sprichst, interessiert mich. Wir gehen hier in Deutschland vor die Arbeitsämter, von denen die Leute vor allem diszipliniert werden, und versuchen, zusammen mit ihnen gegen diese Schikanen aktiv zu werden. Über welches Störpotential verfügen die Menschen dort? Welche Macht haben Menschen, die sich täglich mit diesen Behörden herumschlagen müssen und dabei aber individualisiert sind?*

FFP: Die Leute müssen natürlich versuchen, diese Individualisierung zu überwinden. Als wir Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre versuchten, die SozialhilfeempfängerInnen zu organisieren, standen wir vor demselben Problem. Der größte Teil unserer Mobilisierungsbemühungen fand auf den Sozialämtern statt, in denen die Leute in überfüllten Wartesälen saßen. Den Aktivisten war klar, dass es nicht zu spontanen Solidarisierungen kommen würde. Aber wenn die Leute zusammen in den Wartesälen sitzen, besteht immerhin die Möglichkeit, eine unmittelbare Solidarität herzustellen.

CA: *Aber wie?*

FFP: Du musst mit den Leuten sprechen, rauskriegen, was ihre Beschwerden sind. Du zettelst einen Sitzstreik im Wartesaal an: Niemand verlässt den Raum, bis sie auf die Forderungen von allen eingegangen sind – das haben wir immer wieder getan. Es kann gefährlich sein, wenn es ein sehr hartes Regime gibt, das auf die Unterstützung von ärmeren Bevölkerungsschichten nicht angewiesen ist. Das könnte ein Problem in den USA werden. Wir haben dort aber noch ein anderes Problem. Die Sozialbürokratie hat sich verändert. Die erste Veränderung bestand darin, dass sie die Leute zu verschiedenen Zeiten bestellt haben, statt dass alle um 8.30 Uhr kamen. Dann haben sie in letzter Zeit mehr Bullen eingestellt, und jetzt haben die Leute Angst, dass sie beim kleinsten Streit ihren Platz auf der Warteliste verlieren und wieder stundenlang anstehen müssen. Das sind Hemmungen, die du überwinden musst. Du musst Risiken eingehen. Die Art von Aktionen, von denen ich spreche, gibt es nicht umsonst. Auch Streiks gibt es nicht umsonst. Aber wo wäre die Arbeiterklasse, wenn sie nie gestreikt hätte?

CA: *Was denkst du, unter welchen Bedingungen sind Menschen bereit, solche Risiken einzugehen?*

FFP: Sie müssen die Möglichkeit sehen, dass sie gewinnen können.

CA: *Und was bringt sie dazu, in einer Bewegung zusammenzuarbeiten?*

FFP: Diese Möglichkeit zu gewinnen, bringt sie auch dazu zusammenzuarbeiten. Sie sehen, dass sich andere in derselben Lage wie sie selbst befinden.

CA: *Wir machen da andere Erfahrungen. Wir arbeiten jetzt drei Jahre in dieser Kampagne, aber es gelingt uns nicht, die Leute zu mobilisieren, ihnen klarzumachen, dass sie viel mehr sind als auf der anderen Seite des Schreibtischs ...*

FFP: Es ist nicht die Frage, dass sie mehr sind als die hinter dem Schreibtisch. Es geht darum, Situationen zu schaffen, in denen es für die hinter dem Schreibtisch zur besten Option wird, auf unsere Forderungen einzugehen.

CA: *Noch eine andere Frage: Wie siehst du die Beziehung zwischen deiner Arbeit als Sozialwissenschaftlerin und als Aktivistin? Wie können SozialwissenschaftlerInnen soziale Bewegungen oder die Menschen, die die Welt verändern wollen, unterstützen? Und umgekehrt: Was würdest du als Aktivistin den SozialwissenschaftlerInnen sagen?*

FFP: Nun, das hängt davon ab, welche Art von Sozialwissenschaft sie betreiben. SozialwissenschaftlerInnen müssen nicht zwangsläufig eine Hilfe für die Aktivisten sein. Für AkademikerInnen ist es nicht einfach, eng mit Gruppen von AktivistInnen zusammenzuarbeiten. Weil zumindest in den USA die Aktivisten-Gruppen den Sozialwissenschaftlern nicht den Respekt entgegenbringen, den sie meinen verdient zu haben; sie wollen nicht den Soziologen oder Politikwissenschaftlern zuhören, sie wollen ganz bestimmte Informationen oder Hilfestellungen, und sie wollen selber entscheiden, welche Informationen sie brauchen. Und wenn du nicht bereit bist, in dieser Weise mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn du der große Theoretiker der Aktivisten sein willst, dann gibt es ein Problem, dann bist du ihnen suspekt. Sie denken dann vielleicht, dass du sie benutzt, um einen Aufsatz oder ein Buch zu schreiben, ohne sie an den Autorenhonoraren zu beteiligen – viele haben die Vorstellung, von diesen Honoraren könnte man reich werden (lacht). Aber für mich ist diese Beziehung sehr wichtig. Ich habe aus meiner politischen Arbeit sehr viel gelernt. Es stimmt, dass ich manchmal einen Schritt zurücktrete und die Aktivisten an bestimmten Entscheidungspunkten kritisiere. Aber selbst die Aktivisten, die ich – z.B. in »Aufstand der Armen« – kritisiert habe, können meine Freunde bleiben, und ich kann mit ihnen zusammenarbeiten. Bis heute werde ich von solchen Gruppen eingeladen und ich spreche gerne bei ihnen oder schreibe etwas für sie. So weit ich kann, möchte ich ihnen helfen – und manchmal kritisiere ich sie.

Vielen Dank für das Gespräch.

Fortsetzung von Seite 9 unten

Massenproteste könnten die Haltung des Präsidenten verändern, wenn sie zu massivem Druck aus seiner Wählerschaft führen würden. In seiner bisherigen Amtszeit war er damit noch nicht konfrontiert. Aber die Mobilisierung der Arbeitslosen steht vor Hürden, die überwunden werden müssten.

Erstens sind die Menschen voneinander isoliert, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie haben kaum noch Kontakte zu ihren früheren KollegInnen oder ihren Gewerkschaften und kommen nicht so leicht mit Arbeitslosen aus anderen Betrieben zusammen. ArbeiterInnen und StudentInnen befinden sich dagegen in demselben institutionellen Gefüge, sind von denselben Problemen betroffen und stehen einem Boss oder Beamten gegenüber, die sie für ihre Probleme persönlich verantwortlich machen können. Trotz einiger bescheidener Initiativen – die vom Dachverband AFL-CIO ins Leben gerufenen Organisation »*Working America*«, die auch Arbeitslose aufnimmt, oder die Arbeitslosenorganisation »UCubed« der Gewerkschaft IAM (*International Association of Machinists and Aerospace Workers*)[1] – tun die meisten Gewerkschaften faktisch kaum etwas für ihre Arbeitslosen, die schließlich keine Beiträge mehr zahlen und sicher nur rumnörgeln werden.

Da es in allen Branchen und Gehaltsstufen zu Entlassungen kommt, sind die Arbeitslosen außerdem sehr heterogen. Menschen aus verschiedenen Ethnien, mit unterschiedlichen Hautfarben und Bildungsniveaus zusammenzubringen, ist das klassische Problem der Organisierung. Durch gute *Organizer* und geschickte Taktiken kann es manchmal gelöst werden, wie es bei Versuchen, die ArbeiterInnen in der Massenproduktion zu organisieren, immer wieder geschehen ist. Erst kürzlich haben Strafgefangene in mindestens sieben verschiedenen Gefängnissen im Bundesstaat Georgia auf bemerkenswerte Weise einen gemeinsamen Protest koordiniert, indem sie sich über Handys absprachen, die sie von den Wärtern gekauft hatten. Es bleibt daher abzuwarten, ob Webseiten wie *www.99ers.net* oder *www.layoff-list.org*, die in letzter Zeit von Arbeitslosen initiiert wurden, in derselben Weise zur Entwicklung von kollektiven Aktionen beitragen können wie das Internet im Fall der Antiglobalisierungsbewegung.

Manchmal können die staatlichen Ämter dazu beitragen, Menschen zusammenzubringen. In den 1960er-Jahren trafen sich die mittellosen Mütter in den überfüllten Sozialämtern, oder Arbeitslose versammelten sich auf den Arbeitsäm-

CONTRASTE
Die Monatszeitung für Selbstorganisation

Aktion von »Radio Blau« in der Leipziger Innenstadt am 20.11.2010

FREIE RADIOS Selbstbestimmt kollektiv senden · Überblick: Freies Radio hören / Freies Radio vor Ort / Aktionsberichterstattung & Repression / Rundfunkregulierung / Situation in den Bundesländern · Sachsen: Wie Alternativmedien finanziell ausgetrocknet werden · zip-fm: Nachrichtenmagazin zum Mitmachen · Das Freie Radio als Alternative – The End of Radio? ANTIMILITARISMUS Die Hochschulen im Kriegseinsatz SOLIDARISCHE ÖKONOMIE Rolle der Gewerkschaften: Betriebsfortführungen in Belegschaftshand PGP PGP in der Praxis: Verschlüsseln mit Stil HESS NATUR »Alternative im Blick« TAFEL-SYSTEM »Tafel präsentiert sich als Premium-Marke« GENO Fundus eG Köln: Geschäftsfelder nach Engagement und Fähigkeiten erschließen – Genossenschaft macht gesellschaftliche Teilhabe möglich DOKU-FILM »Water makes money«: Konzern mit Schluckauf FREIHÖFE Der Buschberghof – ein Hof der Zukunft u.v.m.

Archiv-CD mit »BUNTE SEITEN 2011«
siehe: www.contraste.org/archiv-cd.htm

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro
(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V. Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org

Anmerkungen:

1) *Frances Fox Piven und Richard A. Cloward: »Aufstand der Armen«, Frankfurt a.M. 1986. (Das Buch ist vergriffen und antiquarisch kaum zu bekommen – als PDF ist es im Internet erhältlich: www.who-owns-the-world.org abgerufen 1.1.2011.) Siehe die Besprechung von Christian Frings: »Geschichte wird gemacht – aber wie? ›Aufstand der Armen‹ – neu gelesen«, in: express, Nr. 7-8/2009. Zur Diskussion um das Buch siehe auch das »Symposium« in Perspectives on Politics, Vol. 1 (No. 4, Dezember 2003), in dem sich mehrere SozialwissenschaftlerInnen 25 Jahre nach der Erstveröffentlichung mit der Bedeutung des Buchs auseinandersetzen. In ihrem letzten Buch, »Challenging Authority. How Ordinary People Change America«, von 2006 diskutiert Piven im 5. Kapitel die Thesen aus »Aufstand der Armen« im Kontext anderer Erklärungsansätze. Auf Deutsch erschien von Piven und Cloward außerdem »Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt«, Frankfurt a.M. 1977 (engl. »Regulating the Poor«, 1971).*
2) *Das Programm der Tagung und ein Videomitschnitt des Vortrags von Frances Fox Piven finden sich auf der Webseite der Stiftung: www.rosalux.de/class-in-crisis.html*
3) *www.thenation.com/article/157292/mobilizing-jobless*
4) *www.thenation.com/article/157900/glenn-beck-targets-frances-fox-piven*
5) *www.guardian.co.uk/media/2011/jan/30/frances-fox-piven-glenn-beck*
6) *Frances Fox Piven: »Can Power from Below Change the World«, in: American Sociological Review, Vol. 73 (1, Februar 2008), S. 1-14. Eine deutsche Übersetzung erscheint demnächst in Michael Bruch, Wolfram Schaffar, Peter Scheiffele (Hg.): »Kritik und Organisation«, Münster 2011.*
7) *Zur Bedeutung der Regeln siehe Frances Fox Piven und Richard A. Cloward: »Rule Making, Rule Breaking, and Power«, in: Thomas Janoski u.a. (Hg.): »The Handbook of Political Sociology«, Cambridge University Press 2005, S. 33-53*
8) *Siehe James C. Scott: »Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance«, Yale University Press, 1985, und »Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts«, Yale University Press, 1990. Sein letztes Buch ist »The Art of Not Being Governed: An Anarchist History of Upland Southeast Asia«, Yale University Press, 2009*
9) *Richard A. Cloward und Frances Fox Piven: »Disruption and Organization. A Rejoinder«, in: Theory & Society, Vol. 13 (No. 4, 1984), S. 587-99*
10) *Texte, die aus dieser Beteiligung an Mieterkämpfen und der Sozialhilfebewegung entstanden sind, finden sich in Richard A. Cloward und Frances Fox Piven: »The Politics of Turmoil. Essays on Poverty, Race, and the Urban Crisis«, Pantheon Books, New York 1974. In diesem Band ist auch ihr Papier »A Strategy to End Poverty« abgedruckt, das diese »Krisentheorie« enthält und auf das sie sich in »Aufstand der Armen« (S. 301) beziehen.*
11) *»An Open Letter of Concern To Andy Stern About United Healthcare Workers-West« vom 1. Mai 2008, http://labornotes.org/files/pdfs/seiu/OpenLetter20080501.pdf (abgerufen am 1.1.2010). Zum Hintergrund und der Bedeutung dieses Konflikts siehe Peter Birke: »Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt«, Berlin: Assoziation A 2010, S. 102-115*
12) *Kim Moody: »US Labor in Trouble and Transition. The Failure of Reform from Above, the Promise of Revival from Below«, Verso, London/New York 2007; siehe die Besprechung von Christian Frings »Organizing oder Macht am Arbeitsplatz«, in: express, Nr. 6-7/2008; Dan Clawson: »The Next Upsurge. Labor and the New Social Movements«, Cornell University Press 2003*
13) *Siehe hierzu Frances Fox Piven und Richard A. Cloward: »Power Repertoires and Globalization«, in: Politics & Society, Vol. 28 (No. 3, September 2000), S. 413-430*

Zahltag als Alltag

Rezension von Wolfgang Völker*

Im Gespräch mit Christian Frings und Cecil Arndt entwickelt Frances Fox Piven in dieser Ausgabe des express ihre theoretischen Überlegungen zu den Entstehungsbedingungen und besonderen Formen von Erwerbslosenprotesten. Ob und inwiefern diese ihre, von Fox Piven zumindest als Möglichkeit beschriebene, »disruptive power«, also die Kraft und Mächtigkeit zur Störung eingeschliffener gesellschaftlicher Praxis entwickeln, lässt sich anhand zweier Publikationen nachvollziehen, in denen dem Alltag und den Kämpfen von Menschen nachgegangen wird, die auf die sogenannte Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, vulgo: Hartz IV, angewiesen sind. Beide Bücher verfolgen dabei explizit den Anspruch, den Umbau des Sozialstaats aus der Perspektive der Erwerbslosen selbst sowie engagierter AktivistInnen bzw. der Fachkräfte der in der Sozialen Arbeit Tätigen zu beleuchten. Wolfgang Völker stellt uns die beiden Bücher in dieser und der nächsten Ausgabe vor.

Peter Nowak will in seinem kleinen Buch Erwerbslosen als »handelnde[n] Subjekte[n]« (8) im politischen und gesellschaftlichen Raum gerecht werden. Die von ihm zusammengestellten Texte können gut als kleine Geschichte der Proteste gegen Hartz IV gelesen werden. Thematisiert wird der Protest auf der Straße, die Auseinandersetzung mit Werbekampagnen der Bundeswehr, der Widerstand in den modernisierten Ämtern und »gegen die Vertafelung der Gesellschaft« (9). Auch wenn die LeserInnen auf 73 Seiten keine detaillierte Analyse und Beschreibung des Verlaufs sozialer Konflikte erwarten können, wie sie etwa Piven und Cloward 1977 mit »Aufstand der Armen« geliefert haben, vermitteln die Texte klassische Erfahrungen von Protestbewegungen: politische Vereinnahmungsversuche von linken Parteien, zum Teil auch von neonazistischen Organisationen, Debatten um geteilte oder nicht geteilte Gerechtigkeitsvorstellungen der Bewegungen und Anfragen an die Mobilisierungsfähigkeit mehr oder weniger organisierter Akteure im Feld von Erwerbslosigkeit und Armut. Besonders wichtig ist dabei sicher die Frage nach Verletzungen von Normen sozialer Gerechtigkeit, die sich als Motiv für die sogenannten Montagsdemonstrationen und die damit aufbrechenden Proteste gegen Hartz IV beschreiben lassen. Diese Motive lassen sich als durchaus ambivalent beschreiben. Denn nun wird breiteren Schichten der Arbeitnehmermilieus das sozialpolitische Prinzip der Statussicherung, angelehnt an Sozialversicherungen mit dem SGB II, bestritten bzw. genommen, und sie werden mit Verfahren herrschaftlicher sozialer Sicherung nach Fürsorgeprinzipien überzogen, die bis dahin anderen Schichten der Gesellschaft vorbehalten waren, die – auch im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Milieu – als gesellschaftlicher Rand bezeichnet werden.

Peter Nowak (Hg): »Zahltag. Zwang und Widerstand. Erwerbslose in Hartz IV« unrast transparent, Münster 2009, 73 Seiten, 7,80 Euro ISBN 978-3-89771-103-7

Auf die Zwiespältigkeit, dass sich hier Protest mit Abgrenzungsbedürfnissen verbindet, wird in dem Buch zu Recht eingegangen. Denn mit dem Verweis auf die eigene lange und harte Lohnarbeit und damit verbundene Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung wurde und wird gerne begründet, dass man eine so niedrige, beschämende und kontrollierende soziale (Un-)Sicherheit wie Hartz IV nicht verdient habe. In der Partei »Die Linke«, die durch die Unzufriedenheit mit Hartz IV und die Proteste eine Ausweitung ihrer Basis erfuhr, sieht Nowak dieses Denken politisch mit verkörpert. Neben diesem Aspekt der Gerechtigkeitsnormen ist auch die Diskussion über den Ort des Protestes relevant. Sowohl die Aktivitäten, die unter dem Slogan »Agenturschluss« stattfanden, als auch die »Zahltage« haben sich als Ort und Konfliktraum jene Institution gewählt, die den Alltag der Menschen im SGB II wesentlich beherrscht und beeinflusst. Die Beschreibungen von Aktionen wie z.B. des ersten Zahltags in Köln zeigen, wie die »unmittelbare Durchsetzung berechtigter Forderungen« (19) im Rahmen kollektiver Aktivitäten gelingt, die alltäglichen Probleme der Leistungsgewährung aus der Individualisierung befreit werden und sich so etwas wie »Erwerbslosenpower« (19) entwickelt. Auf diese Weise entwickeln sich Situationen, in denen der Eindruck einer momentanen Umkehrung von Machtverhältnissen entstehen kann (20). In Köln etablierten sich z.B. die »solidarische Begleitung« und die »Anklagemauer« als neue Formen der Öffentlichkeit in der alltäglichen Auseinandersetzung der Menschen mit dem SGB II. Eine nicht zu vernachlässigende Wirkung dieser Aktivitäten – die am Beispiel Köln und Bonn nachgezeichnet wird – tritt bei manchen MitarbeiterInnen der ARGEn ein, die vorhandene Spielräume nutzen und sich eventuell auch mit ihrer eigenen Situation und Rolle kritisch auseinandersetzen (24/25). Als alltagstaugli-

Fortsetzung auf Seite 12 oben

Monument Vittorio Emanuele II, Rom

tern. Aber auch den Beamten ist klar, dass die Ämter Orte für kollektive Aktionen schaffen. Wenn sie merken, dass sich was zusammenbraut, bemühen sie sich, lange Schlangen und überfüllte Wartesäle zu vermeiden, oder sie verlagern die Antragstellung einfach ins Internet. Die *Organizer* können dann versuchen, ihre Beratung und Unterstützung vor den Ämtern anzubieten; auf diese Weise sind immerhin einige kleine Arbeitslosengruppen entstanden.

Zweitens müssen die Menschen, um zu kollektiven Aktionen zu kommen, zunächst eine stolze und wütende Identität entwickeln und damit verbundene Forderungen. Ihr Gefühl der Erniedrigung und Scham müssen sie in Wut und Empörung verwandeln. (In den 1960er-Jahren gelang das den Sozialhilfemütter, indem sie sich selber als »Mütter« und nicht als »Sozialhilfeempfängerinnen« bezeichneten, auch wenn sie sich dabei nicht wohlfühlten, weil das gesellschaftliche Ansehen der Mutterschaft damals im Schwinden begriffen war.) Auch wenn viele Menschen ohne Arbeit dastehen, ist es verletzend, seinen Job zu verlieren, denn die meisten arbeiten weiter. Es bedarf also einer Art psychologischer Transformation; die Menschen ohne Arbeit müssen aufhören, sich selber die Schuld an ihrer Misere zu geben, und ihren Zorn gegen die Bosse, die Bürokraten und die Politiker, also gegen die wahren Schuldigen richten.

Drittens benötigt der Protest Zielscheiben, am besten vor Ort mit direkten Zugangsmöglichkeiten. Die wütenden Forderungen müssen irgendeine Reaktion hervorrufen können. Das scheint mir das schwierigste der strategischen Probleme, die gelöst werden müssen, um zu einer Bewegung von Arbeitslosen zu kommen. Arbeitslosenproteste werden zwangsläufig auf örtlicher Ebene stattfinden, weil die Leute dort nun mal sind und weil sie dort Solidarität untereinander aufbauen. Aber die Stadtverwaltungen und Bundesstaaten sind knapp bei Kasse und entlassen selber Angestellte. Um auf die Bedürfnisse der Arbeitslosen einzugehen, wären Maßnahmen der Bundesregierung nötig. Die örtlichen Proteste müssen zunehmen und sich verbreiten – und in stärkerem Maße Störungen verursachen –, um wirksamen Druck auf die Bundespolitik ausüben zu können. Eine Bewegung der Arbeitslosen könnte nur etwas bewirken, wenn sie sich wie die Streiks und Riots in Griechenland entwickeln würde, die sich gegen das Sparpaket richteten, das der griechischen Regierung von der EU aufgezwungen wurde, oder wie die Studentenproteste gegen drastisch ansteigende Studiengebühren, die sich kürzlich mit Lichtgeschwindigkeit auf ganz England ausbreiteten.

Eine derartige lockere und spontane Bewegung könnte entstehen – zumal gerade unter den jungen ArbeiterInnen die Arbeitslosenquote sehr hoch ist. Arbeitslosenproteste, die von jungen ArbeiterInnen und StudentInnen angeführt werden, die einer Zukunft der Arbeitslosigkeit entgegensehen, könnten groß genug und störend genug werden, um Eindruck auf Washington zu machen. Es gibt keine Wissenschaft, die den Ausbruch von Protestbewegungen vorhersagen kann. Wer hätte die wütende Straßenrandale in Athen oder die Proteste der britischen StudentInnen vorausgesehen? Oder wer sah die Streikbewegung kommen, die sich ab 1934 in den USA entwickelte, oder die Bürgerrechtsbewegung, die sich in den 1960er Jahren in den Südstaaten der USA ausbreitete? Hoffen wir, dass es in den USA wieder zu einer sozialen Bewegung von unten kommt – und beteiligen wir uns an ihr.

Quelle: The Nation, 22. Dezember 2010, http://www.thenation.com/article/157292/mobilizing-jobless

Übersetzung: Christian Frings

Anmerkung:

1) *Anm. d. Ü.: Siehe www.workingamerica.org und www.goiam.org.*

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2010:
Zur Lage der Menschenrechte in Deutschland

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel./Fax: 0431/7 51 41
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Jetzt auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

DAS ARGUMENT
ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

290 Sport – ideologische Macht und kulturelle Praxis

K. WEBER: Klettern im Neoliberalismus
G. SPITALER: Sport in der Krise der Repräsentationsdemokratie
P. JEHLE: Zu Paul Dietschys Geschichte des Fußballs
R. HORAK: Überlegungen zum Fußballstadion
D. SCHAAF & J.-U. NIELAND: Sexualisierung des Frauenfußballs
K. WEBER: München, das »Wintersport-Mekka«
***
I. GALSTER: Zur Debatte um die Autobiographie Claude Lanzmanns
sowie viele Rezensionen zum Schwerpunkt

ARGUMENT-Versand und -Buchhandlung
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270
E-Mail: versand-argument@t-online.de
Redaktion DAS ARGUMENT · c/o Elske Bechthold
Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe
Tel: 0721-7501-438 · E-Mail: argument@inkrit.org

TA #41 // LOTTA #41 // LOTTA #41 // LOTTA #41

Fortsetzung von Seite 11 oben

che Praxis zur Verbesserung der Chancen der Rechtsdurchsetzung und einer würdigen Behandlung wird von Nowak die Praxis der Begleitung aufs Amt empfohlen. Diese Praxis (26-36) ist längst nicht mehr nur Produkt und Element von Alltagskämpfen, sondern wird auch von sozialen Beratungsstellen in der Regel in Kooperation mit Ehrenamtlichen als Reaktion auf abweisendes, rechts- und würdeverletzendes Behördenverhalten organisiert. Hintergrund ist das von Nowak als »Zugangsregime« (29) beschriebene Verfahren der systematischen Entmutigung von Erwerbslosen. Diese Verhältnisse auf den ARGEn oder bei den entsprechenden Ämtern von Optionskommunen – fehlerhafte oder gar keine Beratung, abweisendes Verhalten etc. – wurden von vielen Erwerbslosen, AktivistInnen und anderen sozialpolitischen Akteuren als Übergangs- oder Einführungsprobleme wahrgenommen. Inzwischen lässt sich feststellen, dass es sich wohl um systematische Fehlleistungen des SGB II handelt, die sowohl auf die rechtliche Konstruktion als auch auf die Organisationskultur der Umsetzung des Gesetzes zurückzuführen sind. Der Grundsatz des Forderns zielt auf den Abbau subjektiver Rechtsansprüche zugunsten (semi-) vertraglich geregelter Leistungs-/Gegenleistungs-Beziehungen. Einen Beleg dieser Interpretation, aber auch der Widerständigkeiten stellt die so genannte »Klageflut« im SGB II bei den Sozialgerichten dar (40).

Nowak beschreibt auch, wie im Rahmen der Auseinandersetzungen »militante Untersuchungen« über den Alltag von Erwerbslosen unter Hartz IV durchgeführt werden. Solche Untersuchungen wurden verbunden mit Aktionen, in denen Öffentlichkeit hergestellt werden sollte, wie etwa Ein-Euro-Job-Spaziergängen. Ziel war dabei sowohl eine direkte Intervention als auch der Transport der Konflikte in den politischen Raum – in Anlehnung an die »militanten Untersuchungen« operaistischer Strömungen unter italienischen ArbeiterInnen während der 70er-Jahre. Ein Ergebnis der z.B. von der Berliner Kampagne gegen Hartz IV durchgeführten Befragung zu Sanktionen im SGB II ist das inzwischen von ca. 18 000 Menschen, Institutionen und Organisationen unterschriebene Sanktionsmoratorium (www.sanktionsmoratorium.de).

In den politischen Raum gehören auch die Themen, die Peter Nowak auf den Seiten 42-47 beleuchtet: die zunehmende Aktivität der Bundeswehr in Jobcentern und die damit verbunde Normalisierung des Militärdienstes (und Kriegseinsatzes) als berufliche Perspektive, die eine (soziale) Sicherheit verspricht, die in anderen Branchen des Öffentlichen Dienstes prekär geworden ist. Ein Aspekt, der in dem Band nicht angesprochen wird, aber zur Thematisierung des Militärs passt, ist die Tatsache, dass die Agentur für Arbeit und die SGB II-Träger durchaus auch Anschlussperspektiven für ehemalige Berufssoldaten sind, was im Einzelfall sicher nicht ohne Auswirkungen auf das fachliche Selbstverständnis und den kommunikativen Umgang mit Erwerbslosen und KollegInnen bleibt.

Als weitere Dimensionen des sozialen Konfliktfelds Erwerbslosigkeit werden von Peter Nowak die Tafeln (48-54), die Umzugsaufforderungen (55-61) und die »Beschäftigungsindustrie« (62-67) thematisiert. Die Tafeln werden dabei als Praxis kritisiert, die der unzulänglichen Höhe der Regelsätze, der Tendenz zur Entrechtung (private Wohltätigkeit statt staatlich garantierter Rechtsanspruch) und zur Ungleichbehandlung (Sachleistungen statt Teilhabe am geldvermittelten gesellschaftlichen Tauschverkehr) in die Hände arbeitet. Aktivisten gegen die Vertafelung der Gesellschaft befinden sich letztlich in der gleichen Situation wie sozialpolitisch reflektierte christliche Verbände oder Gemeinden, die gespendete 'überflüssige' Lebensmittel verteilen: »Ihre Forderung (ist) nicht die Abschaffung der Tafeln unter den aktuellen sozialen Bedingungen. Es gehe vielmehr darum, die Diskussion über soziale Rechte anzuregen.« (49) Unterschiede zwischen den Akteuren werden aber deutlich, wenn es um die politisch praktizierten Folgen geht. Verbände und Kirchengemeinden gehen wohl eher in Richtung von Forderungen und Appellen an staatliche Politik, während Bewegungs-Aktive eher auf soziale Kämpfe derer setzen, deren Einkommen nicht zu einem guten Leben reicht. Wie nahe viele gut gemeinte Hilfen bei der Individualisierung gesellschaftlicher Probleme und bei einer Orientierung auf Verhaltensänderung sind, zeigt sich auch am Boom von Kochbüchern und Kochkursen für Menschen mit wenig Geld (50). Dass in dem Buch unmittelbar anschließend die Debatte über Sinn und Unsinn von Hungerstreiks gegen Hartz IV vorgestellt wird, mag eigenartig wirken, die dort zusammengetragenen Argumente gegen diese selbstinstrumentelle Aktionsform sind jedenfalls überzeugend.

Die Auseinandersetzung um Wohnen und Mieten spielt im Rahmen der alltäglichen Konflikte mit dem Regime des SGB II eine wichtige Rolle. Dieser Konflikt wird unter der Überschrift »kein Umzug unter dieser Nummer« (55-61) beschrieben. Einerseits wird drastisch und gut klar gemacht, was die Regelungen zur Angemessenheit der Mietkosten an permanenter Belästigung und Bedrohung bedeuten, wenn jemand vom SGB II-Träger etwa aufgefordert wird, sich eine billigere Wohnung zu suchen oder anderweitig die Mietkosten zu senken. Andererseits werden mit dem positiven Bezug auf die Berliner Kampagne gegen Zwangsumzüge etwas schiefe Bilder erzeugt, denn Zwangsräumungen sind es ja gerade nicht, die die SGB II-Träger veranstalten. Stattdessen wird mit den Aufforderungen Verunsicherung hervorgerufen und immenser Druck ausgeübt, und die Leute befinden sich im Dauerstress, nachweisen zu müssen, keine günstigere Wohnung zu finden. Im Extremfall sind sie mit der Situation konfrontiert, dass ihnen die SGB II-Träger nur noch die aus deren Sicht zulässigen Mietkosten zahlen. Peter Nowak geht es aber zu Recht darum, diese Dimension des Lebens unter Hartz IV in einen »breiten politischen Resonanzraum« zu stellen (61), nämlich den von sozialen Kämpfen gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen, zu denen die Aktivitäten im Feld von Mieterinitiativen, Wohnungspolitik und Anti-Gentrifizierungsprotesten eben gehören. Der Abschnitt zur »Beschäftigungsindustrie« von Holger Marcks zeigt, zu welchem Geschäftsfeld öffentlich geförderte Arbeit seit der Einführung des SGB II gemacht worden ist, und thematisiert vor allem die Situation widerständiger Erwerbsloser in solchen Maßnahmen wie z.B. Ein-Euro-Jobs, »eingekeilt zwischen Trägern und Behörden« (65) und »in einer Grauzone, in der Verantwortlicheiten verschwinden« (67). Auf die inzwischen weit verbreitete Erkenntnis, dass die sogenannte Wiedereingliederung von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt durch diese Maßnahmen selten gelingt,

Dringliches

»Frühschicht. Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren«

Buchvorstellung mit dem Autor Jan Ole Arps

»Ich wusste nicht, was auf mich zukam. Aber ohne die Arbeiterklasse hatten wir keine Chance, die Welt zu verändern, so viel war klar.« Das schrieb Harry Oberländer 1977, Jahre, nachdem er als revolutionärer Aktivist bei Opel in Rüsselsheim angeheuert hatte. Vom Studenten zum Arbeiter.

Was heute kaum vorstellbar klingt, war Anfang der 1970er-Jahre weit verbreitet. Einige tausend junge Linke tauschten den Seminarstuhl gegen die Werkbank, um sich mit den Arbeitern am Fließband zu vereinen. In seinem Buch »Frühschicht« geht Jan Ole Arps der Geschichte dieses vergessenen politischen Experiments nach. Er schildert die Kluft zwischen revolutionärer Hoffnung und betrieblichem Alltag und forscht nach den Strategien der Beteiligten, mit diesem Widerspruch umzugehen. Doch diese Geschichte erzählt nicht nur von Begeisterung und Ernüchterung über die Arbeiterklasse, sondern auch von der Krise der autoritären Disziplin, die zur Krise der Großfabrik und der an ihr orientierten politischen Ansätze beitrug. Dabei geht es um Fragen, die immer noch aktuell sind: Wie kann eine Verbindung von Radikalität und Alltag aussehen? Wo liegen die Grenzen des politischen Aktivismus? Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Protagonisten, die mal nur einige Monate, manchmal ein ganzes Leben in der Fabrik geblieben sind.

Zeit/Ort: *2. März, 19.30 Uhr, Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin*
Veranstalter/Kontakt: *Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin, Tel. (030) 61 12 89 67, Email: global@bildungswerk-boell.de, www.bildungswerk-boell.de*

Auf der Suche nach dem politischen Subjekt

Jahrestagung der Loccumer Initiative in Kooperation mit RLS Bremen

Vor wenigen Jahren dominierten Begriffe wie »Individualisierung« und »Politikverdrossenheit« die Zeitdiagnosen. Mittlerweile ist der Begriff »Wutbürger« Synonym für das Erstarken sozialer Bewegungen wie in Stuttgart oder im Wendland geworden, aber auch für regressive Tendenzen, wie sie sich in der Debatte um die Thesen Thilo Sarrazins gezeigt haben. Texte wie »Der kommende Aufstand« des »Unsichtbaren Komitees« oder »Empört Euch« von Stéphane Hessel finden auch in Deutschland Widerhall. Unübersehbar hat im dritten Jahr der Weltwirtschaftskrise die soziale Polarisierung einen politischen Charakter angenommen.

Die Konstituierung neuer kollektiver politischer Subjekte innerhalb und jenseits der etablierten Kräfte ist jedoch an individuelle wie soziale Voraussetzungen gebunden, über die es bisher keine zusammenhängenden Untersuchungen gibt. Welche dauerhaften Formen sozialer und politischer Organisierung sind unter den

Probeheft gratis! da-abo@fau.org

Kalte Zeiten, heiße Seiten

[Zündstoff gegen die soziale Kälte]

DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung

www.direkteaktion.org

wird ebenso hingewiesen wie auf die Rechnung, dass – würden die Mittel des Eingliederungstitels in Berlin auf die Berliner Langzeitarbeitslosen verteilt, alle 2 500 Euro mehr im Jahr zur Verfügung hätten (67). Worauf in diesem Abschnitt nicht eingegangen wird, ist die Erfahrung auch von KritikerInnen der Arbeitslosenbewegungsmaschinerie, dass es von vielen Erwerbslosen doch eine notgedrungene Akzeptanz dieser Maßnahmen gibt (etwas mehr Geld, etwas Erfahrung von sozialer Anerkennung und ›Nützlichkeit‹) – sicher bestimmt auch, weil ihnen gar keine anderen Angebote (regulärer existenzsichernder Arbeit) gemacht werden. In diesem Kapitel wird in dem Buch am wenigsten der Anspruch eingelöst, aktuelle Widerstandsstrategien darzustellen. Gegenüber der Tatsache, dass sich Erwerbslose auch oft dem fügen, was die Behörden ihnen zumuten, könnten die in dem Buch vorgestellten Inititiativen Mut machen, dass es auch anders geht. Zu dieser Aufgabe kommt aber das Abschlusskapitel zurück. Darin werden die Zahltag-Aktivitäten, die sich auf etliche Städte in Deutschland ausgeweitet haben, als noch nicht abgeschlossene Bewegung gesehen, in der AktivistInnen auch auf eine Organisierung von Erwerbslosen hoffen. Peter Nowak sieht die Notwendigkeit für mehr solidarische Beteiligung anderer gesellschaftlicher und politischer Gruppen an den Zahltag-Aktivitäten, da die bisher und aktuell Aktiven einer großen Belastung ausgesetzt sind, z.B. die solidarischen Begleitungen auf die Ämter zu organisieren und durchzuführen. So zeigt sich nochmals ein Dilemma der alltäglichen Kämpfe gegen die Erniedrigungen und Entrechtungen des SGB II: Unterhalb einer gänzlichen Überwindung und Abschaffung dieses prekären und disziplinierenden Sicherungssystems würden eine andere Politik, wie z.B. der Verzicht auf Sanktionen und Arbeitspflicht, die korrekte Umsetzung von Gerichtsurteilen in den Ämtern, eine andere Haltung von MitarbeiterInnen gegenüber den Erwerbslosen, der Verzicht auf Planvorgaben zu Einsparungen von ALG II und nicht zuletzt höhere Geldleistungen zur Entspannung des Alltags von Erwerbslosen, aber auch von AktivistInnen beitragen.

Wolfgang Völker

** Wolfgang Völker ist Mitglied der »Widersprüche«-Redaktion und Mitarbeiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt.*
Dieser Beitrag wurde zunächst für die Zeitschrift Widersprüche (Nr. 1/2011) verfasst – wir danken für die Genehmigung zur Vorabveröffentlichung.

Einzelhandel in Deutschland

Anton Kobel über Fakten, ImPressionen und DePressionen / Teil I

»Krise im Handel – Handeln in der Krise«, unter diesem Motto hatte der express in Kooperation mit ver.di Rhein-Neckar und ver.di Stuttgart im Oktober 2010 eine Tagung für Handelsbeschäftigte und Hauptamtliche veranstaltet. Obwohl mit rund drei Millionen Beschäftigten nicht weniger »systemrelevant« als andere, wird die Entwicklung dieser Branche kaum als öffentliche Angelegenheit wahrgenommen. Und dies, wie es in der Einladung hieß, »obwohl der Handel nicht nur für die unmittelbar Beschäftigten, sondern ... für die Gestaltung des Öffentlichen und des Privaten, d.h. für das gesellschaftliche Leben immense Bedeutung und Konsequenzen hat: vom ‚sozialen Charakter' unserer Städte über Siedlungs-, Verkehrs-, kommunale und regionale Infrastrukturpolitik, Qualität und Umfang unserer Versorgung mit Lebensmitteln, Lage und Länge der Arbeits- und Konsumzeiten, Einkommens- und damit zusammenhängende Familienmodelle bis hin zur Einkaufsmacht von Großkonzernen auf landwirtschaftliche Erzeuger, Vorproduzenten und Lieferanten weltweit«. Grund genug, sich diese Branche genauer anzuschauen. In drei Teilen werden wir in dieser und den nächsten Ausgaben des express einen Blick auf Unternehmensstrukturen, die Situation der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen und die Frage nach Handlungsmöglichkeiten in den »solidarischen und rebellischen Potentialen der Gesellschaft« werfen.[1]

I. Akteure im Einzelhandel

»Einzelhandel im Sinne des Gesetzes betreibt, wer gewerbsmäßig Waren anschafft und sie unverändert oder nach im Einzelhandel üblicher Be- oder Verarbeitung in einer oder mehreren offenen Verkaufsstellen zum Verkauf an jedermann feilhält ...«, oder: »Absatz von Waren an Letztverbraucher durch Einzelhandelsunternehmungen« – solche und ähnliche Erklärungen finden sich seit Jahrzehnten in den gängigen Lexika (z.B. Gabler Wirtschaftslexikon, 12. Auflage, 1988).

Händler und Kunden erscheinen demnach als *die* im Einzelhandel (EH) agierenden Subjekte. Ein allzu simples Bild! Zur Realität gehören zahlreiche weitere Akteure: weit über zwei Millionen ArbeitnehmerInnen im Verkauf, in den Lägern und Zentralen der Einzelhandels-Unternehmen, gut bezahlte Vorstände und interessierte Kapitalanleger, Immobilienbesitzer und Vermieter, Betriebsräte, Vertretungen für Jugendliche und Auszubildende sowie Schwerbehinderte, Gewerkschaft und Arbeitgeberverband, Träger der Sozialversicherungen wie Berufsgenossenschaft und Agentur für Arbeit, Industrie- und Handelskammern, PolitikerInnen in Stadt, Land und Bund, Finanzämter, Arbeitsgerichte und Staatsanwälte, Datenschutzbeauftragte und die diese oft mobilisierende Presse und Öffentlichkeit, Nichtregierungsorganisationen wegen Skandalen bei der Herstellung der Waren irgendwo in der Welt, Kirchen gegen Sonntagsverkäufe, Detektive, Diebe und RäuberInnen. Aufsehen erregen immer wieder und zunehmend Menschen aus den demokratischen, sozialen, solidarischen und rebellischen Potentialen der Gesellschaft. Deren – von den Unternehmen nicht geschätzte – Aktivitäten beeinflussen zunehmend und merklich die Geschäftspolitik.

In diesem Beitrag finden zahlreiche Akteure Beachtung. Sie gehören unbedingt zu einem realistischen Bild des Einzelhandels in Deutschland.

II. Hintergründe zu Einzelhandels-Unternehmen

II.1 Daten und Zahlen

Der gesamte *Umsatz* betrug 2009 im deutschen EH ca. 394 Mrd. Euro. Seit 1994 jammern die Unternehmen und ihre Verbände nach Jahrzehnten jährlichen Wachstums über weitgehend stagnierende reale Umsätze. »Konsumboykott« oder »Kaufunlust« sind einige ihrer neuen Modewörter. Gegen diese Propaganda ist festzuhalten: Die stagnierende bzw. abschüssige Entwicklung der Reallöhne und Renten sowie neuartige, durch die vorherrschende neoliberale Politik erzwungene, zusätzliche »Konsumausgaben« – wie Zuzahlungen bei Arzneimitteln, Praxisgebühren, Aufwendungen für private Altersvorsorge, steigende städtische bzw. öffentliche Gebühren, die Entwicklung der »Wohnnebenkosten« zu einer zweiten Miete – finden hier einen Niederschlag. Zu den Gründen für die o.g. Entwicklung zählen auch die Streichung bzw. Verrechnung von übertariflichen Zahlungen, mehr Teilzeit- und Minijobs zu Lasten von Vollzeitstellen und das auch dadurch sinkende Gesamtlohnniveau, die hohe Arbeitslosigkeit und Hartz IV, Kurzarbeit, der Abbau von bezahlten Überstunden, die steigenden Kreditkosten bei privater Verschuldung sowie die wachsende ungleiche

Fortsetzung auf Seite 14 oben

Regierungsgebäude, St. Gallen

veränderten Vergesellschaftungsformen vorstellbar? Welche Rolle spielt die Prägung durch (Klassen-)Milieus, inwieweit sind Formen und Inhalte abhängiger Arbeit dabei von Bedeutung? Welche Konfliktlinien lassen sich zwischen verschiedenen Klassenfraktionen entlang der internationalen Produktionsketten feststellen? Welche Durchsetzungschancen haben die Ideen von Autonomie und Selbstverwaltung unter den heutigen Bedingungen?
Diesen Fragen soll auf der dritten Jahrestagung über Subjektivität im Kapitalismus nachgegangen werden.

Aus dem Tagungsprogramm:

- Der politische Mensch, Oskar Negt (Prof. em. Universität Hannover) und Bozidar Gajo Sekulic (Prof. em. Universität Sarajevo)
- Die neuen Arbeitnehmer, Christel Teiwes-Kügler (Universität Duisburg-Essen)
- Interessenbewusstsein und Konfliktfähigkeit bei IT-Dienstleistern, Andreas Boes (Institut für soziologische Forschung ISF, München)
- Interessenbewusstsein und Konfliktfähigkeit bei personenbezogenen Dienstleistungen am Beispiel der Pflege, Iris Nowak (Technische Universität Hamburg-Harburg)
- Entwicklungstendenzen des Weltproletariats, Karl Heinz Roth (Institut für Sozialgeschichte, Bremen)
- Die Neuformierung des Klassensubjekts, Christoph Spehr (Linkspartei Bremen)
- Potenziale für Autonomie und ökonomische Selbstverwaltung in den neuen Formen der Vergesellschaftung; Diskussion mit Gabriele Herbert (Institut for International Selfmanagement), Gisela Notz (Expertin für alternative Produktions- und Lebensformen, Berlin), Dagmar Embshoff (attac-Bundes-AG »Solidarische Ökonomie«, Bewegungsakademie Verden), Thomas Kuczynski (Historiker, Ökonom und Publizist, Berlin), Clarita Müller-Plantenberg, (Universität Kassel), Moderation: Margareta Steinrücke, Arbeitnehmerkammer Bremen

Zeit/Ort: *1. bis 3. April, Jugendherberge Bremen, Kalkstraße 6*
Kontakt und Anmeldung: *Gregor Kritidis, Dieckbornstraße 10, 30449 Hannover, Email: loccumer.initiative@gmx.de, www.sopos.org/loccum/*

»Und wir haben noch lange nicht genug«

30 Jahre Autonome Politik in Nürnberg

Unter diesem Motto soll am 5. März eine Geburtstagsfeier mit Konzert stattfinden. Zur Geburtsstunde der Prolos muss man ins Jahr 1980 zurückblicken. Hausbesetzungen und militante Demonstrationen, Kampf um selbstbestimmtes Leben und Arbeiten, Kollektivität, Kampf um Freiräume und in Nürnberg natürlich das »Komm«, das sind die Dinge, die einem spontan einfallen, wenn mensch an die Anfänge der Autonomen denkt. In Nürnberg entstand wie andernorts eine neue Jugendprotestbewegung. Inspiration kam aus Frankfurt, Hamburg und vor allem Berlin – und diese Faszination hieß Hausbesetzung. Ein neuer Begriff tauchte auf: autonom. Aus der militanten Linken der norditalienischen Vorstädte kam der Ansatz, unabhängig von Parteien und etablierten Organisationen, selbstorganisiert, revolutionäre Politik zu machen. Dies waren die Ansätze der »Autonomen Gruppen«, welche bis heute politische Kämpfe begleiten und anschieben.
Auf der Veranstaltung wird eine spannende Zeitreise durch die Kämpfe der letzten 30 Jahre geboten: Die Hausbesetzungen, die Nürnberger Massenverhaftung, Reagan/Haig-Demo, Startbahn, Anti-AKW-Kämpfe, Hafenstraße, Stadtpiraten, das KOMM, die Entstehung des revolutionären 1. Mai und, und, und. Geschichte und Geschichten der letzten 30 Jahre sollen Lust machen auf mehr. Auf der Veranstaltung soll demonstriert und erlebt werden, dass der Kampf um ein freies, selbst bestimmtes Leben jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung Spaß macht.

Zeit/Ort: *5. März, ab 21 Uhr, Stadtteilzentrum DESI, Brückenstraße 23, Nürnberg*
Kontakt: *Organisierte Autonomie/Prolos, c/o Archiv & Bibliothek Metroproletan, Eberhardshofstraße 11, 90443 Nürnberg, organisierte-autonomie@riseup.net, www.redside.tk*

Fortsetzung von Seite 13 oben

Einkommens- und Vermögensverteilung. Die ›alternde‹ Gesellschaft bringt sparsamere und überlegter einkaufende Kunden mit sich. Dazu, dass der Gesamtumsatz nur geringfügig wächst, trägt ein geändertes Verbraucherverhalten – Öko-/Bioläden, Internethandel – ebenso bei wie die Bereitschaft, mehr Geld für Freizeit, Urlaub und Dienstleistungen auszugeben und sich dafür beim täglichen Einkauf zurückzuhalten.

Diese Stagnation verschärfte die *Konkurrenz der Unternehmen und der Teilbranchen*. So sind seit 2007 reale Umsatzzuwächse nur noch bei einigen Drogeriemärkten und Discountern zu sehen. Verlierer bei der Aufteilung des stagnierenden Umsatzes sind die Kauf- und Warenhäuser, der örtliche Fachhandel und Tante-Emma-Läden, der Versandhandel sowie inzwischen auch Selbstbedienungswarenhäuser (SBW). Die Schließung von 311 Woolworth-Filialen und 72 Hertie-Häusern, die Insolvenz von Karstadt und Quelle sind sichtbarer Ausdruck dieser Vernichtungskonkurrenz incl. Kapitalvernichtung. Selbst die SBW – jahrzehntelang »Gewinner« in der Konkurrenz mit ihren Einkaufszentren auf der ehemals »grünen Wiese« an den Stadträndern und Autobahnausfahrten – erreichen Umsatzzuwächse nur noch durch Neueröffnungen, d.h. weitere Ausweitung der Verkaufsflächen.

In der Konkurrenz ist die Ausweitung der *Verkaufsflächen* neben aggressiver Preisgestaltung und Personalabbau – letzteres auch ermöglicht durch Selbstbedienung der Kunden – ein entscheidendes Mittel der Großunternehmen und Konzerne, um ihre Umsätze zu Lasten der Konkurrenten zu steigern. In Mitleidenschaft gezogen werden die Innenstädte und Stadtteile, in denen leer stehende Läden sichtbare Zeichen sind, ebenso wie die VerbraucherInnen, deren fußläufige Einkaufsmöglichkeiten in Stadtteilen, Dörfern und Kleinstädten verschwinden. Von Letzterem betroffen sind insbesondere Ältere, (Geh-) Behinderte, Menschen mit kleineren Kindern, Menschen ohne eigenen PKW und mit dürftigem ÖPNV.

Während es 1996 in Deutschland noch 75.667 Verkaufsstellen gab, waren es 2005 noch 61.460. (Kalkowski 2008, S.11)

Verkaufsflächen des EH in Deutschland (BRD und DDR):

1970	39 Mio. qm
1990	77 Mio. qm
2010	122 Mio. qm (Prognose)

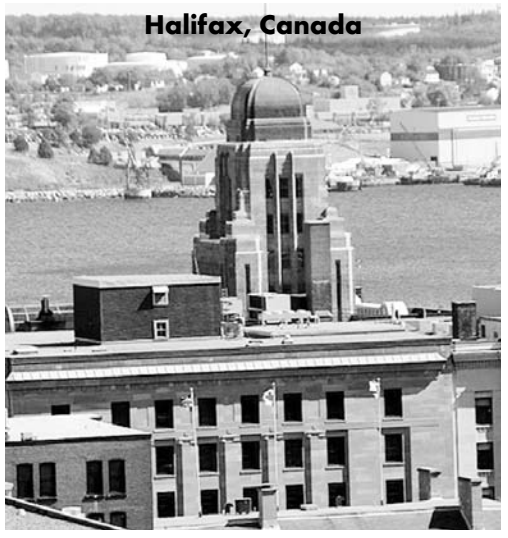
Parallel dazu erfolgte in den Betrieben/Verkaufsstellen aller Vertriebslinien/Teilbranchen während der letzten 20 Jahre ein rasanter *Personalabbau* bei gleichzeitig erweiterten Betriebsgrößen. Auf den ersten Blick scheint die Beschäftigung im Einzelhandel ziemlich stabil. 2009 waren ca. 2,83 Mio. Personen beschäftigt, gegenüber ca. 2,87 Mio. in 2005; ein Rückgang um nur 1,4 Prozent. Ein Blick auf die Anteile der Vollzeit- und Teilzeit-Jobs korrigiert diesen ersten Eindruck.

So ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten (VZ) von 1,487 Mio. in 2005 auf 1,417 Mio. in 2009 zurück; das sind 70.000, also 4,7 Prozent weniger. Die Zahl der Teilzeitkräfte (TZ) stieg von 1,4 Mio. auf 1,413 Mio., also um 0,9 Prozent. Die entscheidende Veränderung wurde bei den TZ bewirkt. In 2009 arbeiteten 705.200 TZ als MinijobberInnen und 229.600 als NebenjobberInnen. Der Anteil der sog. »geschützten TZ«, d.h. der voll sozialversicherten TZ, geht regelmäßig zurück.

Insgesamt nahm das Arbeitszeitvolumen, d.h. die Summe aller bezahlten Arbeitsstunden im EH, auch bedingt durch einen Personalabbau von 3,7 Prozent in den Betrieben, in diesen sechs Jahren um 11,8 Prozent ab, während gleichzeitig die Verkaufsfläche um 11,7 Prozent zunahm. Zur täglichen Praxis gehört: Scheidet eine VZ-Kraft aus, wird sie durch eine TZ oder eine MinijobberIn ersetzt, wenn überhaupt. Vor allem im Lebensmitteleinzelhandel wird zusätzlich die Form der individuellen Stundenreduzierung praktiziert. So finden sich im EH einige Formen von individueller und gesellschaftlicher Verkürzung der Arbeitszeit ohne jeglichen gewerkschaftlichen Einfluss, überwiegend zu Lasten der beschäftigten Frauen, die dies jetzt und im späteren Rentenalter (Altersarmut) betrifft.

Konzentrationsprozesse, Konkurrenzen, Kapitalvernichtung, Insolvenzen, Betriebs- und Unternehmensübernahmen mit all ihren Folgen für Kommunen und Stadtentwicklung, Beschäftigte, Lieferanten und Kunden lassen sich im EH fast täglich verfolgen. Wer kennt noch die untergegangenen Kaufhaus-Giganten Horten und Hertie, die kleineren Kaufhäuser Kaufhalle und Bilka, die stationären Kaufhäuser der Versandhändler Neckermann, Quelle, Schöpflin, die gewerkschaftseigene EH-Gruppe coop/Plaza, die Tante-Emma-Läden hie und da? Wer wird in zehn Jahren noch Woolworth, die Lebensmittelfilialbetriebe HL, Plus und Tengelmann kennen? Statt dieser untergegangenen Kapitalien machen jetzt andere die Geschäfte. Dieser Strukturwandel in der Branche wurde ergänzt durch einen Struktur- und Formatwandel auch in den verbliebenen und neu entstandenen Betrieben. (S. Kap. II.2)

Bei stagnierendem Gesamtumsatz wird der Kampf um dessen Anteile immer härter. Entscheidend für das Überleben in der Konkurrenz ist nicht so sehr die Größe, wie die Beispiele Quelle, Karstadt oder Hertie zeigen. Aggressive Preise, Schnäppchen und Werbung, Unterlaufen tariflicher und gesetzlicher Standards hier, Ausbeutung der die Schnäppchen und Waren produzierenden ArbeiterInnen überall in der Welt sind Teil dieser gnadenlosen Konkurrenz und bringen in ihr Konkurrenzvorteile. Seit 2007 wird die Situation verschärft durch die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten bis spät in die Nacht. Die Konkurrenz findet vorwiegend *innerhalb* der Öffnungszeiten statt, und da haben die Großen mit ihrer Kapitalmacht und unter diesen Großen die mit den niedrigsten Einkaufspreisen und Personalkosten relevante Vorteile. Gewinner sind seitdem eindeutig Discounter im Lebensmittel- und Drogeriehandel sowie wenige SB-Warenhäuser. Der innerstädtische Einzelhandel wie Kauf- und Warenhäuser, große Textilkaufhäuser und Facheinzelhändler hatten erwartet, dass sie Konkurrenznachteile durch eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wettmachen könnten. Seit Mitte der 1980er-Jahre kämpften sie daher vehement gegen ihre Belegschaften und deren Gewerkschaft für die Beseitigung des Ladenschlussgesetzes. Ein klassisches Eigentor! Das Ladenschlussgesetz hatte auch einen Schutzcharakter für die »schwächeren« kapitalistischen Konkurrenten: Es begrenzte neben den Arbeitszeiten auch die Zeiten für das Konkurrieren.


Halifax, Canada

Zahlreiche *Out- und Insourcingprozesse* sind ebenfalls Bestandteil der Konkurrenzstrategien. Praktisch alle Betriebsformen des stationären Einzelhandels nutzen diese Prozesse: Bisher selbst betriebene Abteilungen/Sortimentsteile werden rechtlich verselbstständigt in Form einer Konzern-/Unternehmenstochter, oder die freigewordene Verkaufsfläche wird (unter-)vermietet. So in den 1980ern geschehen mit Lebensmittelabteilungen, Restaurants, Back-, Reparatur- und Bestellshops, Reinigungsdienst, Empfang und Überwachung in den Kauf- und SB-Warenhäusern. Mit diesen Out- und Insourcingprozessen wurden Personalkosten abgewälzt, oft die Attraktivität der Sortimente erhöht und sichere Mieteinnahmen vereinbart. Für die dort Beschäftigten verloren die Tarifverträge des Einzelhandels ihre Gültigkeit. Stattdessen fanden niedrigere Tarifverträge anderer Branchen Anwendung. Oft entstanden mangels gültiger Tarifverträge tarifvertragsfreie Zonen. Zusätzlich verloren diese Beschäftigten auch den Schutz ihrer bisherigen Betriebsräte. Die in einem Laden Beschäftigten *erscheinen* zwar als eine Belegschaft, doch tatsächlich finden sich unter einem Dach bis zu 20 (Klein-)Belegschaften. Selbst in den Supermarkt- und Discounterfilialen ist diese Entwicklung inzwischen Realität geworden: Neben der kleinen Stammbelegschaft arbeiten Beschäftigte einer Reinigungsfirma, eines Backshops und/oder einer Metzgerei, einer Inkassofirma, eines Sicherheitsdienstes, von Firmen, die die Inventuren machen, die Regale »pflegen« usw.

»Waschmaschine«, Berlin

Als Konkurrenten zu den großen Kaufhäusern und SBW entstanden verstärkt seit den 1980ern *Fachmärkte und Ketten von Kleinfilialen*. Erstere vor allem für Elektro, weiße und braune Waren (Kühlschränke, Hifi-Geräte), Unterhaltung, Möbel und (Garten-/)Bauutensilien, die Ketten mit Kleinfilialen insbesondere für Textilien, Schmuck, Bücher, Schuhe und Kommunikati-

Leserliches

Aufbruch der zweiten Generation

Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China

Eine Streikwelle rollte Mitte 2010 durch die Fabriken Chinas. Die WanderarbeiterInnen erkämpften sich höhere Löhne und lösten eine weltweite Debatte über das Ende des Niedriglohnmodells aus, das hinter Chinas Aufstieg zur »Fabrik der Welt« steht und auch Europa billige Konsumgüter beschert. Aber wer sind diese jungen WanderarbeiterInnen, und warum rebellieren sie jetzt?

Die erste Generation der ländlichen MigrantInnen, die in den 1990er-Jahren in die Städte zog, hatte noch wenige offensive Antworten auf Ausbeutung und Unterdrückung. Nach Jahren harter Arbeit sollte sie wieder in die Dörfer zurückkehren. Die zweite Generation in den 2000er-Jahren lässt sich immer weniger gefallen. Sie will in der Stadt bleiben und verlangt eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Schon seit 2003 nehmen die Kämpfe der WanderarbeiterInnen zu. Die zweite Generation ist im Aufbruch.

Mit Beiträgen von: Pun Ngai, Ching Kwan Lee, Yan Hairong, Chris King-Chi Chan, Lu Huilin, Xue Hong, Zhang Xia, Zheng Tiantian und Zhang Lu.

Pun Ngai und Ching Kwan Lee: »Aufbruch der zweiten Generation. Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China«, Berlin 2010, ISBN 978-3-935936-93-4, 296 Seiten, 18 Euro

Bestellungen über: *Assoziation A, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, Tel. (030) 695 82 971, berlin@assoziation-a.de, www.assoziation-a.de*

Armut und Ausgrenzung – Betroffene zeigen ihre Sicht

Broschüre des Landesverbandes der Inneren Mission e.V. Hamburg

Viel ist dieser Tage von Armut die Rede, aber wie in der Vergangenheit auch ist die öffentliche Armutsdiskussion vor allen Dingen ein Diskurs über die von Armut und Ausgrenzung betroffenen Menschen. Selten ist es eine Diskussion mit ihnen, auf gleicher Augenhöhe. Diese Perspektive von außen, von oben hat Konsequenzen: Die Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung bewegt sich zwischen Schönreden, Distanziertheit, Diskriminierung oder Skandalisierung der Lebenssituation einzelner Menschen. Besonders deutlich tritt diese Distanz zu Tage in den immer wiederkehrenden Diskussionen über den sogenannten Missbrauch von Sozialleistungen oder in moralisch abwertenden Äußerungen über Menschen, die zu den unteren Einkommensschichten der Bevölkerung gehören. Armut und soziale Ausgrenzung gelten inzwischen immer weniger als gesellschaftliche Strukturprobleme, sondern werden den Betroffenen selbst angelastet: Soziale Ungleichheit gilt als Folge individuellen Versagens und Unvermögens. Ein Perspektivenwechsel ist bitter nötig, und das Projekt »Armut und Ausgrenzung – Betroffene zeigen ihre Sicht« wechselt die Perspektive. Diesmal stehen die Betroffenen selbst, ihre Erfahrungen, ihr alltägliches Leben und ihre Erzählungen darüber im Mittelpunkt. Das Projekt macht deutlich, welche Erfahrungen in der Diakonie vor Ort in den verschiedenen Feldern der sozialen Arbeit und in der kirchengemeindlichen Praxis gemacht werden. Und es sind nicht zuletzt diese Erfahrungen und Perspektiven, aus denen Maßstäbe für die Entwicklung diakonischer Forderungen und für eine Praxis gegen Armut und soziale Ausgrenzung gewonnen werden.

Wesentlicher Baustein des Projektes waren die Werkstattgespräche, in denen die Beteiligten ihre Sicht darstellen konnten. Die Ergebnisse der Gespräche wurden dokumentiert, in zwei Nachfolgetreffen wurden Forderungen formuliert und eine öffentliche Diskussionsveranstaltung mit VertreterInnen der Bürgerschaftsfraktionen, der Stadt, der Arbeitsverwaltung, von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Erwerbsloseninitiativen vorbereitet.

Die TeilnehmerInnen stellten u.a. folgende Forderungen auf:

- Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro

onsartikel. So unterhält der Metro-Konzern bewusst die Media- und Saturn-Fachmärkte in Konkurrenz zu vergleichbaren Abteilungen und Sortimentsteilen in den ebenfalls zum Konzern gehörenden Kaufhof, real- und extra-Filialen. Diese preis- und werbeaggressiven Fachmärkte vernichten seit Jahren qualifizierte Arbeitsplätze in den vor Ort konkurrierenden Konzerntöchtern sowie im örtlichen, meist mittelständischen Facheinzelhandel. Die Großaktionäre des Metro-Konzerns – die Familien Haniel, Schmidt-Ruthenbeck, Otto Beisheim – vergüten diese Praktiken der Konzern-Manager fürstlich. Für sie ist es Nebensache, in welchem Profitcenter bzw. welcher Vertriebslinie ihr Profit entsteht. Hauptsache, die Höhe stimmt.

Die Ergebnisse der Konkurrenzen und Konzentrationsprozesse und ihre Auswirkungen auf die Vertriebsformen bzw. deren Marktanteile spiegeln sich in der Statistik deutlich wider: Von 1996 bis 2008 gingen die Marktanteile der Kauf-/Warenhäuser von 5,2 auf 3,3 Prozent, des nicht-filialisierten Fachhandels von 29,8 auf 15,6 Prozent zurück, während die der Discounter von 8,8 auf 14,9 Prozent, der Fachmärkte von 7,4 auf 15,7 Prozent sowie die der SB-Warenhäuser/Verbrauchermärkte von 10,5 auf 13,2 Prozent stiegen. (Vgl. für die Jahre 1996 und 2008: HDE Zahlenspiegel; Glaubitz 2010)

Entsprechend entwickelten sich die Umsätze: die der Edeka-/AVA-Gruppe von 18,8 Mrd. Euro in 1994 auf 36,7 Mrd. in 2008, der Rewe AG von 21,3 Mrd. auf 29,6 Mrd., der Lidl & Schwarz-Gruppe von 7,4 Mrd. auf 26,5 Mrd., der Aldi-Gruppe (Nord und Süd) von 15,2 Mrd. auf 24,5 Mrd., der Drogeriekette Schlecker von 2,4 Mrd. auf 5,1 Mrd. Euro. (Vgl. für das Jahr 1994: Gewerkschaft HBV; für 2008: Lebensmittelzeitung 2009; Glaubitz 2010)

II.2 Zur Geschichte des Struktur-/Formatwandels im EH

Bis Mitte der 1960er war der Einzelhandel geprägt von großen Kauf-, Waren- und Textilhäusern, ergänzt durch Versandhandel und mittelständischen, lokalen bzw. regionalen Fach- und Lebensmitteleinzelhandel sowie Tante-Emma-Läden. 1962 öffneten die Albrecht-Brüder in Dortmund ihren ersten Aldi-Markt. Aldi steht für Albrecht Discount und prägte von da an eine wachsende Teilbranche des EH. Mit der Umstellung auf Selbstbedienung, ein begrenztes Sortiment (anfangs bei Aldi ca. 400, heute ca. 700 Artikel), banale Ausstattung, Kisten und Kartons statt Dekoration, niedrige Personalkosten und Niedrigpreise wurde ein bis heute wirksamer Preis- und Konkurrenzkampf eröffnet. Aldi (Nord und Süd) machte 2008 ca. 24,5 Mrd. Euro Umsatz. 1970 waren es gerade mal 0,77 Mrd. Euro. Der Aldi-Erfolg fand bald Nachahmer. Die Tengelmann-Gruppe kreierte 1972 Plus, Rewe konterte 1973 mit Penny; die Lidl-/Schwarzgruppe expandiert seit 1978 mit den Discountläden Lidl und den Verbrauchermärkten Handelshof sowie ab 1984 mit den SB-Warenhäusern Kaufland. Zusätzlich beleben heute die Discounter Netto (Edeka-Gruppe) sowie Norma die Konkurrenz.

Zeitgleich mit dem Aufkommen der Discounter entstanden auf der damals noch »grünen Wiese« die ersten *SB-Warenhäuser*. Viele von ihnen hatten eine Verkaufsfläche von ca. 10 000 qm (Beispiel: Wertkauf/Mann-Gruppe), vergleichbar auch von den Sortimenten her mit den Kauf-und Warenhäusern der Innenstädte. Selbst die Kleineren mit 5 000 qm und mehr (Beispiel: real) verschärften die Konkurrenz. Die den SB-Warenhäusern vergleichbaren, nur in der Verkaufsfläche kleineren Verbrauchermärkte (VM) hatten eine Verkaufsfläche zwischen 1 000 und 5 000 qm. Sie alle warben mit niedrigen Preisen – ermöglicht durch die Selbstbedienung der Kunden –, kostenlosen und ausreichenden Parkplätzen, regelmäßigen Sonderangeboten. Aus den SB-Warenhäusern entwickelten sich in wenigen Jahren *Einkaufszentren*. Diese bestanden neben dem Haupt-Einzelhändler aus Betrieben des Kleingewerbes (Reinigung, Schuhreparatur, Kiosk, Bank, Apotheke, Cafe/Speisen/Fastfood usw.) und gewannen dadurch zusätzliche Attraktivität.

Für die Konkurrenzen im EH bedeutsam ist die *Höhe der Personalkosten*. Die Discounter, Verbrauchermärkte und SBW haben deren Anteile am Netto-Umsatz (Gesamtumsatz abzüglich Mehrwertsteuer) auch in den anderen, konkurrierenden Vertriebslinien über die Jahre hinweg beeinflusst bzw. gedrückt.

Infolge dieser Entwicklung gilt in den Rest-Belegschaften nach mehreren Wellen des Personalabbaus das Motto: *Stammkunden beraten die Laufkunden*, d.h. die Kunden helfen sich gegenseitig. Statt *mehr* qualifizierter Bedienung und Beratung sowie Service boten die Kauf- und Warenhäuser immer weniger davon. Das Personal wurde zum reinen Kostenfaktor, der minimiert werden muss. Verkaufspersonal und Kunden werden dadurch vielerorts beim Einkauf zu Gegnern. Die einen wollen Beratung, die anderen stehen unter Zeit- und Arbeitsdruck, weil sie die sogenannten Nebentätigkeiten wie Präsentation der Waren, Überprüfen der Preisauszeichnungen, Preisänderungen, Kurzinventuren usw. erledigen müssen.

II.3 Eine Goldgrube für Eigentümer, Vorstände und Vermieter

Die fetten Gewinne für Aktionäre und Eigentümer, die Millionengehälter der Vorstände und die horrenden Mieteinnahmen der Immobilienbesitzer werden verdeckt durch das (ver-)öffentlichte Bild vom EH mit den seit Jahren insgesamt stagnierenden Umsätzen, schwindender Kaufkraft/-lust und Insolvenzen. Auch hier zeigt die Konkurrenz ihre Auswirkungen: Den Verlusten der Einen stehen die Gewinne der Anderen gegenüber. Generell gilt, dass die in der Konkurrenz Obsiegenden enorme Gewinne machen. Dies wird durch die Vermögensstatistiken unterstrichen. (S. Kap. IV.1)

Nach Berechnungen von ver.di stiegen die Gewinne der EH-Unternehmen von 2000 bis 2008 kontinuierlich: von 11,8 Mrd. Euro (vor Steuern) in 2000 auf 20,6 Mrd. Euro in 2008; das sind 74,7 Prozent mehr. Die Gewinne nach Steuern stiegen in diesem Zeitraum von 9,8 Mrd. auf 17,3 Mrd. Euro (76,5 Prozent mehr).

Der monatliche Gewinn pro Beschäftigten – unabhängig davon, ob sie/er in Voll- oder Teilzeit oder im Minijob arbeitet – stieg von 385 Euro in 2000 kontinuierlich auf 601 Euro in 2008. Der pro Jahr und pro Beschäftigtem erarbeitete Gewinn stieg somit von 4 620 auf 7 212 Euro. Eine Berechnung der Gewinne auf Vollzeitbeschäftigte bzw. je bezahlter Arbeitsstunde ergäbe angesichts der Struktur der Beschäftigten (s.o.) mehr als eine Verdoppelung der Zahlen. Nur so können die enormen Vergütungen für Aktionäre und Vorstände sowie die Finanzierung der nationalen und globalen Expansionen erklärt werden. Enormen Profit aus den EH-Immobilien ziehen auch deren Eigentümer und Vermieter. Dieser Teil des Profits geht allerdings in die Kostenrechnung ein und hat deshalb keine Auswirkung auf die o.g. Gewinnzahlen.

Teil II erscheint im nächsten express

Anmerkung:

1) Der Beitrag soll auch in einer Dokumentation des Kampfs um »den Fall ›Emmely‹« erscheinen, die voraussichtlich bei Assoziation A herausgegeben wird.

Palast der Republik, Berlin

www.Sozialismus.de

U. Cremer/W. Achelpöhler: Abzug nach Gutsherren-Art. Deutschland im Afghanistankrieg | J. Bischoff/C. Lieber/B. Radke: Kommunismus-Sehnsucht | Michael Wendl: Elend des Traditionssozialismus | Guido Speckmann: Neue »rohe Bürgerlichkeit« | R. Detje/H. Martens/H. Schmitthenner: Neue Wirtschaftsdemokratie | Jürgen Klute: Das Streikrecht – Der Kirche ein Dorn im Auge!

Probeabo (3 Hefte): € 10,-; Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg, Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

- Kosten für Sport, Technikausstattung und Internetanschluss in den Regelsatz zusätzlich aufnehmen
- Keine Anrechnung von Geld-Geschenken
- Auszahlung des vollen Regelsatzes an von Migration und Armut betroffene Asylbewerber (Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes)
- Übernahme der Kosten für Zahnersatz, Hörgeräte und Brille
- Abschaffung der Praxisgebühren
- Erhöhung des Regelsatzes für Kinder
- Keine Anrechung des Kindergelds oder des Verdienstes von Kindern auf den Regelsatz
- Ermöglichung von Sportaktivitäten
- Keine Verteilung von Gutscheinen
- Mehr Förderung für Kinder aus sozial und finanziell schwachen Familien, z.B. durch speziell ausgebildetes Personal an Schulen in sozialen Brennpunktstadtteilen
- Bessere öffentliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten

Bestellungen und Kontakt: *Diakonisches Werk Hamburg, Referat Arbeitslosigkeit und Existenzsicherung, Wolfgang Völker, Königstraße 54, 22767 Hamburg, Tel. (040) 306 20 325, Email: voelker@diakonie-hamburg.de, www.diakonie-hamburg.de*

Der große Krach

Neues Buch von Elmar Altvater zur »Jahrhundertkrise«

»Von der Subprime-Krise zum Finanz-Tsunami – Banken in Not – Die Gier, die Angst und die Zeit – Die Hypothekenzocker sind zurück – HRE sendet wieder SOS – Unglaubliche Bedrohung für die Gesellschaft...« Das sind einige Schlagzeilen zur »Finanz- und Wirtschaftskrise«, die noch bis vor Kurzem die Medien weitgehend beherrschten. Inzwischen wird verbreitet, das Schlimmste sei überstanden, es gehe wieder aufwärts.

Doch trotz der Rettungspakete für Banken und Unternehmen, trotz der Konjunkturprogramme und endlosen Nachbesserungen wird die Weltwirtschaftskrise in diesem Jahr Millionen von Menschen Arbeitsplatz und Einkommen kosten. Diese »Jahrhundertkrise« ist nicht beendet, auch wenn sie aus den Schlagzeilen weitgehend verschwunden ist. Elmar Altvater analysiert in seinem neuen Buch diese »Finanzmarktkrise« und den politischen Umgang mit ihr, aber er gibt sich nicht mit dem Augenschein zufrieden. In Kenntnis der bisherigen Literatur, die sich allzu häufig mit der reinen Abschilderung von Phänomenen begnügte, entschlüsselt er in bekannt souveräner Weise die Ursachen dieser Krise. Diese umfasst sehr viel mehr als nur den Finanzsektor oder die Finanzspekulationen, sie betrifft in ihren Auswirkungen Arbeit und Geld, Energie, Klima und Ernährung und kommt letztlich aus dem Zentrum heutiger Gesellschaften.

Elmar Altvater: »Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur«, Münster 2010, ISBN: 978-3-89691-785-0, 263 Seiten, 19,90 Euro,

Bestellungen über: *Verlag Westfälisches Dampfboot, Hafenweg 26a, 48155 Münster, Tel. (0251) 39 00 48 0, Email: scheer@dampfboot-verlag.de, www.dampfboot-verlag.de*

Geschichte eines Überlebens

Wladyslaw Kostrzenski überstand Arbeitserziehungslager und KZ

Schon die allgemeine Forschungsliteratur zum Thema Arbeitserziehungslager ist im Vergleich zur sonstigen Literatur über das NS-System eher überschaubar. Eine Besonderheit stellt das jüngst erschienene Buch Wladyslaw Kostrzenskis dar, das diese Arbeitserziehungslager aus Sicht eines Überlebenden beschreibt und dabei auch von Verhältnissen deutscher »Normalität« zur Zeit der letzten Kriegsweihnachten handelt. Grundlage der Publikation ist Kostrzenskis 1989/1990 verfasster Fluchtbericht, den der inzwischen Verstorbene seinerzeit für die KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen über die Geschichte seines Überlebens verfasst hatte.

Kostrzenski wurde 1922 in Posen geboren und 1939 mit seiner Familie ins damalige Generalgouvernement deportiert. Während des Warschauer Aufstandes gegen die deutsche Besatzung wurde er 1944 ins KZ Dachau deportiert, danach ins KZ Mannheim-Sandhofen. Nach drei Monaten gelang ihm zunächst die Flucht durch Süddeutschland, über Heidelberg und das Neckartal Richtung Würzburg. Doch schon nahe Bayreuth wurde er Ende 1944 von einer einheimischen Familie, bei der er um Essen gebeten hatte, an die Polizei ausgeliefert. Er wurde ins Gefängnis Bayreuth und von dort aus ins Gestapolager Langenzenn gebracht.

Dort befand sich seit 1943 ein Ausländerstraflager der Gestapo, das auch als sogenanntes Arbeitserziehungslager (AEL) gedient haben dürfte.

Arbeitserziehungslager, auch als KZ der Gestapo bezeichnet, beschreibt Gabriele Lotfi als brutales Straf- und Disziplinierungsmittel gegenüber Zwangsarbeitern im NS-»Arbeitseinsatz«. Demnach bedeutete die staatspolizeiliche »Arbeitserziehung« in den AEL für »disziplinlose« ausländische und deutsche Beschäftigte »kurzfristigen, aber dafür umso brutaleren Arbeitsterror« für bis zu acht Wochen, »mit dem die Häftlinge gebrochen und in diesem Zustand unverzüglich wieder an ihre früheren Arbeitsplätze zurückgeführt werden sollten.«

Das Gestapolager Langenzenn befand sich in der Nähe von Nürnberg und Fürth. Das Lager mit seinen Baracken für 200 sowjetische Kriegsgefangene – eine »traurige Gruppe menschlicher Schatten« – und mindestens ebenso viele Zivilgefangene verschiedener Nationalitäten wurde in der Mulde einer früheren Lehmgrube eingerichtet, die teils unter Wasser stand. Kostrzenski berichtet von sadistischen Aufnahmeritualen und Praktiken bei den Appellen, unvorhersehbaren Arbeitsbedingungen, mangelhaftem Essen, das in einem Schöpflöffel Kaffee und einem fingerdicken Stück Kommissbrot morgens, dann einer Kohl-Rübensuppe, und schließlich abends in Kräutertee und manchmal einem Becher Suppe und Brot bestand, katastrophalen allgemeinen und hygienischen Bedingungen; so ersetzte der Betonfußboden in den Stuben für die Häftlinge die Pritschen. Wladyslaw Kostrzenski hatte insoweit Glück, weil das gegen ihn verhängte Todesurteil eines Berliner Gerichts nicht mehr vollstreckt wurde.

Schließlich wurde er ins KZ Flossenbürg gebracht und dort von den Amerikanern, schwer typhuskrank, befreit. Zurück in seiner Heimat nahm Kostrzenski an der Warschauer Universität ein Studium auf und wurde zu einem erfolgreichen Bakteriologen, den die gesundheitlichen Konsequenzen der Verfolgung jedoch lange belasten sollten. Der Bericht seines Überlebens wurde übersetzt und lag rund 20 Jahre lang unveröffentlicht in Mannheim und der Stadt Langenzenn.

Regierungsgebäude, Wien

Der dortige Gymnasialdirektor Joachim Mensdorf bemühte sich nun in Zusammenarbeit mit der Mannheimer Gedenkstätte, weitere Unterstützer für die Publikation zu finden und fand sie u.a. in der bayerischen Landeszentrale für politische Bildung. Zum 20. Jahrestag der Gründung der KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen wurde sie 2010 nun veröffentlicht.

Eine vergleichbare Schilderung der erschreckenden Realität und des Geschehens in einem Arbeitserziehungslager aus der Perspektive eines Häftlings ist bisher nicht bekannt.

Mit Gabriele Lotfis »KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich« liegt allerdings ein wissenschaftliches Standardwerk zur Thematik vor.

Im November 2010 stand nun eine mehrtägige Konferenz der Stiftung »Topographie des Terrors« in Berlin unter der Überschrift »Die polizeiliche Überwachung und Verfolgung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern – das Beispiel des AEL Ohrbeck«, deren Schwerpunkt Arbeitserziehungslager waren. Die Vorträge behandelten dabei allgemein das Thema des Verhältnisses der Deutschen zu den Zwangsarbeitern, der Kontrolle von Zwangsarbeitern im NS-»Arbeitseinsatz« und die Frage, wie heute die Geschichte des NS-Zwangsarbeitseinsatzes zu vermitteln ist. Andere Beiträge hatten speziell das System der AEL und seine Auswirkungen auf die Zwangsarbeit, die Stellung der AEL im NS-Haftsystem zwischen Polizeihaft- und Konzentrationslagern, die Häftlinge in AEL im Allgemeinen und speziell deren Situation im KZ Buchenwald, die NS-Zwangsarbeit von Niederländern und das Arbeitserziehungslager Ohrbeck, das AEL Breitenau und das ehemalige Polizeigefängnis »Klapperfeld« in Frankfurt/Main zum Gegenstand. Auf das Erscheinen eines Tagungsbandes darf man gespannt sein.

Frank-Uwe Betz

Wladyslaw Kostrzenski: »Meine Flucht«, Übersetzung: Dr. Peter Koppenhöfer, Renate Legler, Wellhöfer Verlag, Mannheim 2010

Gabriele Lotfis: »KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich«, Stuttgart/München 2000

Nächster Redaktionsschluss: 20. März 2011
Zustellinformation: Der express Nr. 2 sollte spätestens bis zum 3. März zugestellt sein. Falls dies nicht der Fall sein sollte, meldet Euch bitte bei uns.

In den nächsten Ausgaben: Über die rätselhafte Stabilität der DDR • Einzelhandel: Fakten, ImPressionen, DePressionen, Teil II • Selbstorganisation: Begriff, Erfahrungen, Konzepte – ein chinesisch-deutscher Austausch • Verfassungsfreund trifft Verfassungsfeind • Korruption in Kambodscha u.v.m.

Neue Prämien für neue Abos

Für jedes neu geworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

☐ *Flying Pickets (Hg.):* »... auf den Geschmack gekommen. Sechs Monate Streik bei Gate Gourmet«, Hamburg 2007

☐ *Wolfgang Schaumberg:* »Eine andere Welt ist vorstellbar? Schritte zur konkreten Vision ...«, Ränkeschmiede 16, Offenbach 2006

☐ *Andrea Gabler:* »Antizipierte Autonomie. Zur Theorie und Praxis der Gruppe ›Socialisme ou Barbarie‹«, Hannover 2008

☐ *Kirsten Huckenbeck, Anton Kobel, Uli Wohland:* »Kampagnen. Eine Kampfform der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen«, Frankfurt 2007

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.
Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

☐ zur Probe 4 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse in Form von Briefmarken, V-Scheck oder bar);

☐ für 1 Jahr zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle ☐ mein Jahresabonnement (35 Euro)
☐ meine Fördermitgliedschaft (60 Euro)
☐ mein ermäßigtes Abo (18 Euro) – Beleg beifügen
☐ mein Hartz IV-Abo (12 Euro) – Beleg beifügen

☐ gegen Rechnung
☐ bar oder mit Scheck

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84, *email:* express-afp@online.de, www.express-afp.info, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 3,50 Euro; Jahresabonnement 35 Euro, erm. 18 Euro (Studierende, Auszubildende) und 12 Euro (Hartz IV Spezial-Abo) – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung: AFP, Sparda-Bank Hessen eG, Kto.-Nr. 3 95 00 37 (BLZ 500 905 00); Zusatz Ausland: iban: DE28 5009 0500 0003 9500 37, swift: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISSN: 0343-5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt